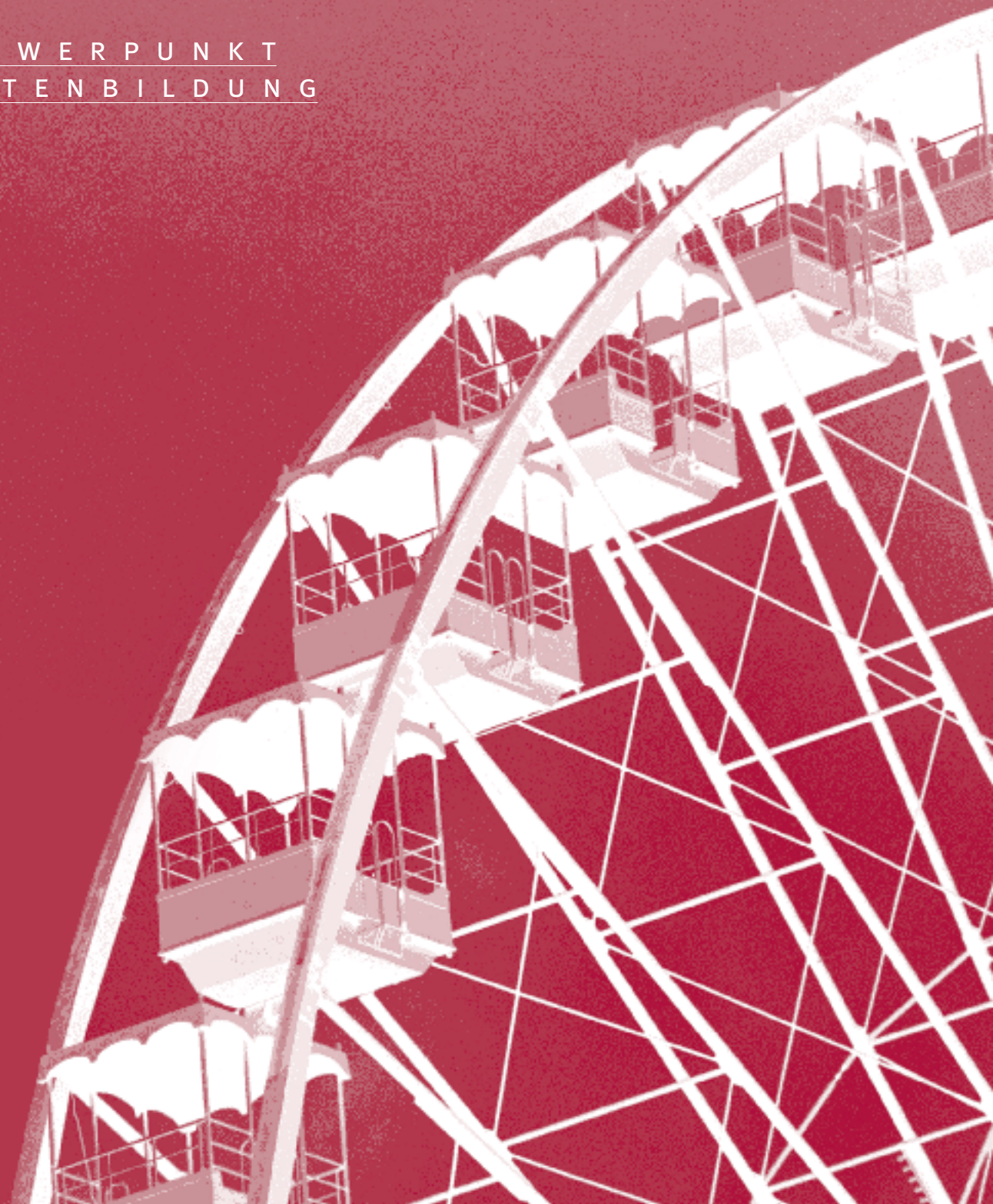


OUT OF

NR. 5 ■ SOMMER 2006

# DAHLEM

SCHWERPUNKT  
ELITENBILDUNG



### Beratung für behinderte und chronisch kranke Studierende

Telefon: 838 56 203  
Fax: 838 56 354  
Do 14<sup>00</sup>-19<sup>00</sup>

Raum JK 29/202 (Rostlaube), Habelschwerdter Allee 45  
E-Mail: [behindertenberatung@astafu.de](mailto:behindertenberatung@astafu.de)

### AusländerInnenberatung

Telefon: 839 091-17  
Mo 13<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>  
Do 13<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>  
E-Mail: [arefberatung@astafu.de](mailto:arefberatung@astafu.de)

### Sozialberatung

Telefon: 839 091-12  
Do 10<sup>00</sup>-15<sup>00</sup>  
E-Mail: [sozialberatung@astafu.de](mailto:sozialberatung@astafu.de)

### BAföG-Beratung

Telefon: 839 091-12  
Mo 13<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>  
Mi 13<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>

### Lesbisch-feministische Information und Service (LIS)

Telefon: 839 091-22  
Mo 14<sup>00</sup>-16<sup>00</sup>

### Semesterticketbüro

Telefon: 839 091-40  
Di 10<sup>00</sup>-14<sup>00</sup>  
Mi 14<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>  
Do 14<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>

Thielallee 36 (im Keller des Kapital-Kinos)  
E-Mail: [semstixbuero@astafu.de](mailto:semstixbuero@astafu.de)

### Hochschulberatung

Telefon: 839 091-13  
Di 11<sup>00</sup>-16<sup>00</sup>

E-Mail: [hochschulberatung@astafu.de](mailto:hochschulberatung@astafu.de)

ES EMPFIEHLT SICH, IM ASTA-BÜRO (TEL.: 839 091-0, MO-FR 10<sup>00</sup>-18<sup>00</sup> UHR) ANZURUFEN UND DIE AKTUELLEN TERMINE ZU ERFRAGEN.

# ASTA-BERATUNGEN

### Frauenberatung

Telefon: 839 091-23  
Mo 12<sup>00</sup>-14<sup>00</sup>

### Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Telefon: 839 091-10  
Di 10<sup>30</sup>-13<sup>00</sup>  
Fr 10<sup>00</sup>-12<sup>30</sup>  
E-Mail: [arbeitsrecht@astafu.de](mailto:arbeitsrecht@astafu.de)

### Schwulen-, Bisexuellen- und Transgenderberatung

Telefon: 839 091-18 (Anrufbeantworter vorhanden)

Fr 13<sup>00</sup>-17<sup>00</sup>

Online: <http://www.gaycampus.de/beratung.html>

E-Mail: [schwulenberatung@gaycampus.de](mailto:schwulenberatung@gaycampus.de)

### Rechtsberatung

Telefon: 839 091-0  
Fr 16<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>

Keine telefonische Beratung, keine MieterInnenberatung. Vorherige telefonische oder persönliche Anmeldung im ASiA erforderlich.

Soweit nicht anders angegeben, finden alle Beratungen in der ASiA-Villa, Otto-von-Simson-Str. 23 (gegenüber Mensa II in der Silberlaube) statt.

## E D I T O R I A L

### Liebe Leserinnen und Leser!

Frühjahrsputz: Die Freie Universität zeigt sich in ihrem schönsten Rock! Passend zur baldigen Begehung im Zuge der Exzellenz-Initiative werden Freiräume für eben diese geschaffen: Räume werden geleert, Studierende werden rausgeschmissen und Studiengänge werden komplett geschlossen.

Also eine komplette Umwälzung der Universitätslandschaft.

Und obwohl Berlin noch keine Studiengebühren eingeführt hat, wurden jahrelang überhöhte und daher verfassungswidrige Rückmeldegebühren eingefordert. Dadurch hat auch die FU eine Art verdeckter Studiengebühren verlangt.

Nehmt euch ein Beispiel an den Studierendenprotesten in anderen Ländern und lasst das alles nicht so einfach mit euch machen!

Viel Spaß beim Lesen!

**Eure Redaktion.**

## [OUT OF DAHLEM] impressum

**Redaktion:** Dani, Einar, Nadine, Melanie, Stefan

**Layout & Fotos:** Dani, Einar, Stefan

**Belichtung:** Medienraum RefRat HU

**Druck:** AStA-Druck

**Auflage:** 5 000

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der Redaktion oder einzelner Mitglieder selbiger wider.

Herausgegeben vom

**AStA FU (Öffentlichkeitsreferat)**

Otto-von-Simson-Str. 23

14195 Berlin-Dahlem

Tel. (030) 839091-0

Fax: +49 30 8314536

E-Mail: [oeffref@astafu.de](mailto:oeffref@astafu.de)

# C O N T E N T S

## D A H L E M

- 6 »Immarede«  
AStA-Rede zur Immatrikulationsfeier im Wintersemester 2005/2006
- 9 Der Fachschaftsrat  
Ein demokratietheoretisches Planspiel
- 12 Paul Noltes »Generation Reform«  
Einblicke in die Gedankenwelt eines reaktionären Ideologen
- 16 Der Bachelor mit Lehramtsoption  
Ein gescheitertes Projekt



## S C H W E R P U N K T E L I T E N B I L D U N G

- 20 Hochschulen im Elitenrausch  
Die Exzellenzinitiative und der neoliberale Umbau an den Universitäten
- 26 Private Hochschulen in Deutschland  
»Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen«
- 30 Das große Vorbild  
Bachelor, Master und die Universitätslandschaft in den USA
- 37 »Die Strukturen an der FU sehen nicht gut aus«  
Ein Interview mit Prof. Wehland-Rauschenbach über Frauen und Elite
- 40 Rechte Bildungsarbeit  
Ein Bericht über die Veranstaltungen der Deutschen Burschenschaft
- 44 Elite, Wettbewerb und das Rütli-Syndrom  
Was läuft falsch an deutschen (Hoch-) Schulen?



## A S T A

- Die Unterdrückung der Kritik 48  
Zur unendlichen Geschichte des Politischen Mandats
- Letzte Station Karlsruhe? 56  
Der ReferentInnenrat der HU zieht vor das Bundesverfassungsgericht

## A N D E R S W O



- Das Berliner Studentenwerk 58  
Sozialer Auftrag oder kommerzieller Erfolg?
- Generation Praktikum 61  
Selbstbewusst zum Nulltarif? Hauptsache fair!
- Summer of Resistance reloaded 64  
Ein Bericht über die aktuellen Studierendenproteste

## K R E M P E L

- AStA-Beratungen/Impressum 2
- Short News: Dahlem 19
- Short News: Schwerpunkt Elitenbildung 47
- Short News: Anderswo 66

Rede zur Immatrikulationsfeier im Wintersemester 2005/2006

# »Lasst euch nicht einschüchtern«

von hayuta

**L**iebe Kommilitoninnen und Kommilitonen, ich begrüße euch herzlich im Namen des AStA, des Allgemeinen Studierenden Ausschusses, hier an dieser Universität. Diese Aufgabe fällt mir zum dritten Mal innerhalb der letzten Jahre zu und ich muss leider sagen, dass sich die Umstände an dieser Universität nicht gerade verbessert haben. Ich möchte einige drastische Maßnahmen benennen, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden. So die Einführung des flächendeckenden NC vor wenigen Semestern, dann die beinahe vollständige Umstellung von Diplom- und Magisterstudiengängen auf Bachelor und Master. Hier sei nur kurz angemerkt, dass im Studiengang »Bachelor Lehramt« ca. 40-50 Prozent der Studierenden bereits nach dem 1. Semester abgesprungen sind. Und nun die Einführung des 2 Millionen Euro teuren SAP Campus Management. Von dieser Einführung wurde die Studierendenvertretung weder in Kenntnis gesetzt, geschweige denn an ihr beteiligt, sie

wurde völlig intransparent und ohne schriftliche Dokumente durchgeführt. Dies geschah aller Wahrscheinlichkeit nach in dem Wissen, dass es unter den Studierenden eine starke Gegenwehr ausgelöst hätte, da die Möglichkeiten einer massiven Kontrolle und Überwachung die Gestaltbarkeit eines Studiums entlang individueller Lebensumstände und Interessen sehr stark einschränkt. Als höchst problematisch sehen wir auch das Erfassen so vieler persönlicher Daten. Es kann nachverfolgt werden, welche Seminare die Studierenden besuchen, mit welchen Zensuren abgeschlossen wurde usw. Diese Maßnahme ist eine wei-

tere Bevormundung der Studierenden und auch der Hochschullehrenden, die ich hiermit auffordere sich auch verstärkt gegen dieses Projekt einzusetzen.

Erwähnt sei auch die miserable Umsetzung des noch in keiner Weise ausgereiften Systems, indem ihr Versuchskaninchen für das FU-Elite-Projekt spielen dürft! Wundert euch nicht, wenn eure Studiengänge noch nicht erfasst sind oder ihr Probleme mit der Benutzeroberfläche des Programms habt. Die Verantwortung für die Einführung des Campus Management liegt auf Seiten der Universitätsleitung, sie wurden von niemanden, auch nicht durch den Bologna Prozess, dazu gezwungen!

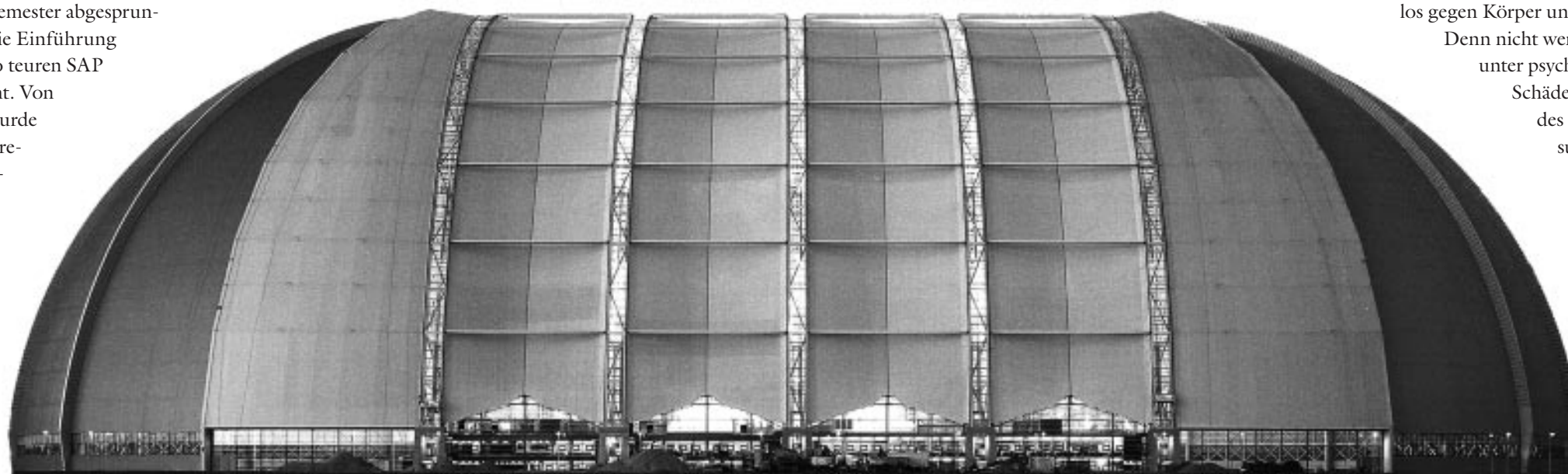
Wehrt euch, wenn ihr in Seminare nicht mehr reingelassen werdet! Wir unterstützen euch gerne bei Protesten gegen das Campus Management, jedoch ersetzt dies nicht eine Organisation von eurer Seite, indem ihr euch an den verschiedenen Fachbereichen zusammenschließt und gemeinsam vorgeht! Lasst euch nicht einschüchtern! Hier möchte ich auf eine vom AStA herausgegebene Broschüre zum Campus Management verweisen, die ihr auch an unserem Infostand erhaltet.

Eine weitere Verschärfung stellt die bereits vom Akademischen Senat abgesegnete neue Satzung für Studienangelegenheiten dar: In ihr wird geregelt, dass von nun an eine scharfe 85 Prozent Regelung gilt: zwei Mal Fehlen ist erlaubt, darüber hinaus gibt es selbst bei Entschuldigungen kaum einen Spielraum, außer ihr einigt euch mit eurem/eurer Dozenten/in auf Ersatzleistungen.

Diese gesamten Maßnahmen sind jedoch nicht als einzelne Maßnahmen, sondern nur in einem größeren gesellschaftlichen Kontext zu verstehen. Die Funktion der Hochschule, wie des gesamten Bildungssystems einer Nation ist die Vorauslese für die spätere Berufs- und Einkommenshierarchie. Das Prinzip dieser Gesellschaft basiert auf Gewinnmaximierung und damit einhergehend auf Kostensenkung, davon ist auch die Hochschule nicht ausgeschlossen, denn sie ist nicht wie immer gesagt wird von der Gesellschaft getrennt zu betrachten. Dies betrifft höchstens das in der Hochschule produzierte Wissen, dass nicht an eine Kontrolle durch die Gesellschaft gebunden ist, wie sinnvoll dies auch sein mag.

In diesem Kontext sind auch die Maßnahmen zu verstehen: Die Durchlaufgeschwindigkeit erhöht sich, die akademische Arbeitskraft steht dem Arbeitsmarkt früher, länger und vor allem billiger zur Verfügung. In die Köpfe wird nur noch reingelassen was sich später für Staat und Kapital auch lohnt. Dieses Programm wird rücksichtslos gegen Körper und Psyche durchgesetzt.

Denn nicht wenige Studierende leiden unter psychischen wie physischen Schäden. Bei der Erfüllung des vorgeschriebenen Pensums bleibt für die Studierenden kaum mehr Zeit sich für andere Dinge zu interes-



sieren oder sich gar ausgiebig mit einem Thema zu beschäftigen.

Da ich bereits über die angebliche Trennung von Hochschule beziehungsweise Wissenschaft und Gesellschaft sprach, möchte ich noch auf einen weiteren Aspekt dieses Themas eingehen: Auf das Verbot gegenüber der Studierendenschaft sich zu (allgemein-) politischen Themen zu äußern. Dem AStA ist ein Maulkorb angelegt, denn würde er sich zu allgemeinpolitischen Themen äußern, drohen ihm hohe Ordnungsstrafen. Die Absurdität dieser Trennung soll an einem Beispiel fest gemacht werden: Ein Großteil von uns Studierenden muss sich während des Studiums als Ware zurecht machen um sich nach Abschluss des selbigen auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen oder im anderen Falle auf der Reservebank zu landen, das heißt in der Arbeitslosigkeit. Also auch wir werden von Lohnarbeit betroffen sein und von dem Gutdünken irgendeines Arbeitsgebers abhängen, ob er gerade Verwendung für uns findet. Inwieweit sind wir dann von der Gesellschaft getrennt? Und inwieweit ist es dann nicht sinnvoll, sich auch zu Sozial- und Arbeitsmarktreformen und anderen Dingen politisch äußern zu können? Unproblematisch hingegen scheint es zu sein wenn Prof. Dr. Lenzen sich in seiner Funktion als Universitätspräsident für den Förderverein eines Arbeitgeber- Think Tanks, der Initiative »Neue Soziale Marktwirtschaft« engagiert, dessen ausgesprochenes Ziel es ist, die Bevölkerung von den Arbeitsmarktreformen zu überzeugen, Lohnnebenkosten zu senken und andere Schweinereien. Er tut dies zwar unter dem Deckmäntelchen der Bildungspolitik, hat aber scheinbar mit den Zielen der Initiative keinerlei Probleme, sondern unterstützt den Ruf nach mehr Eigenverantwortung, was im Klartext den Abbau der bisher bestehenden Sozialsysteme bedeutet.

Zurück zu den genannten Verschärfungen: Ich verurteile sie als unmenschlich und sehe nicht ein, warum wir wie Maschinen, permanent funk-

tionieren sollen, und selbst die tun es nicht, so hat zum Beispiel mein Computer die tolle Angewohnheit immer kurz vor einer Hausarbeitsabgabe zu streiken. Eigentlich habe ich noch gar keine Lust aufzuhören, denn es gibt noch so viele wichtige Dinge über die man reden müsste, auf jeden Fall muss ich euch sagen, dass es mir sehr wichtig war heute zu sprechen, und ich hoffe sehr, dass ihr darüber nachdenkt. Und lasst euch nicht von dem einwickeln was der mir nachfolgende Redner euch präsentiert, denn er hat kein Interesse daran, die gesellschaftlichen Umstände zu verändern, da ihm seine gesellschaftliche Position viel Macht und ein gutes Gehalt zugesteht und er zusehen wird, dass diess so bleibt. Er hat scheinbar kein Problem mit einer Gesellschaft die auf Ausgrenzung und Ausbeutung basiert.

Nun noch ein Literaturtipp – egal welches Studienfach: Trotz aller angeblichen Verstaubtheit und durch anti-kommunistischen Propaganda diskreditiert, lege ich euch ans Herz »Das Kapital« von Karl Marx zu lesen, um so die gesellschaftlichen Umstände besser verstehen zu lernen und damit vielleicht auch einen Grundstein für ihre Veränderung zu legen.

Hinterfragt die an euch gestellten Anforderungen und lasst uns gemeinsam für ein glückliches Leben jenseits der Verwertungslogik kämpfen!

Zum Abschluss möchte ich euch einladen sich mit uns zu engagieren. Der AStA ist offen und wir freuen uns immer über Menschen, die uns in der politischen Arbeit unterstützen. Außerdem bieten wir ein umfangreiches Beratungsangebot an! Über beides könnt ihr euch im Foyer an unserem Infotisch informieren.

Nichtsdestotrotz wünsche ich euch einen guten Start in euer Studium! Danke, dass ihr mit zugehört habt.

# Der Fachschaftsrat

- ein demokratietheoretisches Planspiel

von stephan depping

Nur an wenigen Instituten der FU haben sich Fachschaftsräte (FSRs) als studentisches Gremium formiert. Häufig wird dieses formaldemokratische Gremium jedoch von seinen gewählten Mitgliedern gar nicht erst einberufen. Diese Praxis hat weniger etwas mit geringerer Motivation der jeweiligen Menschen zu tun, als mit der Überzeugung, dass Studierende sich besser selber organisieren als von »FunktionärInnen« vertreten zu werden.

Dabei gibt es den Paragraphen zur Wahl der Fachschaftsräte schon seit knapp zehn Jahren. Die Struktur der Fachschaftsräte wurde auf besonderen Wunsch des Präsidiums Ende der 90er Jahre eingeführt, mit dem Ziel durch »serviceorientierte« Fachschaftsräte die studentische Selbstverwaltung zu schwächen und die Studierendenschaft zu entpolitisieren. Studenti-

sche Aktivitäten sollen in einen verwaltungsrechtlichen Rahmen gepresst werden, welcher die Möglichkeiten für Bewegung und Widerstand massiv einschränkt. Der Fachschaftsrat ist also eine von oben oktroyierte Organisationsform, um die

Studierendenschaft zu disziplinieren. Oder, um es mit Foucault zu sagen: »Ein schwachsinniger Despot kann Sklaven mit eisernen Ketten zwingen; ein wahrer Politiker jedoch bindet sie viel fester durch die Kette ihrer eigenen Ideen [...]. Dieses Band ist umso stärker, als wir seine Zusammensetzung nicht kennen und es für unser eigenes Werk halten.« Wenn die studentische Selbstverwaltung mehr sein will als die »Kette der Disziplinarmacht« muss sie die Organisationsform frei wählen können.



(Etwaige Ähnlichkeiten mit einem Berliner Müllentsorgungsunternehmen sind rein zufällig)

Neue Entwicklungen am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften:

### Fachschaftsinitiativen gegen den Fachschaftsrat

Bei den Wahlen zum Fachschaftsrat am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften im Januar ergab sich eine knappe Mehrheit einer Koalition aus Liberaler Hochschulgruppe (LHG, Hochschulgruppe der FDP), Jusos, Grünen und UL (Unabhängige Linke). Diese Koalition bestand auf die Einberufung des Fachschaftsrats am 30. Mai 2006. Die Fachschaftsinitiativen (FSIs) lehnen den Fachschaftsrat hingegen aus grundlegenden Erwägungen ab.

Zur konstituierenden Sitzung des Fachschaftsrates haben die Fachschaftsinitiativen dementsprechend einen Antrag auf Auflösung desselbigen gestellt. Der Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften sieht sich also im laufenden Semester womöglich einer grundlegenden Debatte über studentische Anteile an der sogenannten »Selbstverwaltung« gegenüber. Diese soll im Voraus mit ein paar Argumenten gegen die vermeintliche Organisation der Studierendenschaft in Fachschaftsräten angereichert werden:

### Basisdemokratie vs. parlamentarische Repräsentation

Der Fachschaftsrat ist ein Gremium das nach dem Prinzip der parlamentarischen Repräsentation funktioniert. Die gewählten Mitglieder des Fachschaftsrates sollen die Interessen der gesamten Studierendenschaft am Fachbereich vertreten. Sie verfügen über ein freies Mandat, so dass die Studierenden faktisch keinen Einfluss auf die Entscheidungen des Fachschaftsrates nehmen können. Ferner existieren keine Kontrollmechanismen; die Rechenschaftspflicht des Fachschaftsrats gegenüber den Studierenden erschöpft sich so in bloßer Rhetorik.

Die Fachschaftsinitiativen favorisieren ein davon abweichendes Demokratiekonzept: Sie sind der Auffassung, dass Studierende ihre Interessen am besten selbst vertreten können und sollten.

Da dies nur in den seltensten Fällen individuell realisierbar ist, organisieren sich Studierende in basisdemokratischen Initiativen. Als solche verstehen sich die Fachschaftsinitiativen am Fachbereich.

Im Bereich der studentischen Selbstverwaltung erscheint aus dieser Perspektive das Konzept der Repräsentation gänzlich ungeeignet, da mit dem Fachschaftsrat ein Gremium ohne jegliche Entscheidungsbefugnisse implementiert wurde. Der Fachschaftsrat wird auch deshalb abgelehnt, da er nicht einmal seinen eigenen formal-demokratischen Ansprüchen genügt. Wenn sich »Interessenvertretung« im Formulieren von Empfehlungsschreiben und Petitionen erschöpft, verkommt das ohnehin problematische Konzept der parlamentarischen Repräsentation vollends zur Farce. Die Fachschaftsinitiativen vertreten die Auffassung, dass sich Veränderungen nicht durch die Vorlagen eines »Marionettengremiums« realisieren lassen, sondern nur durch das Engagement möglichst vieler Studierender an den Instituten zu erreichen sind.

### Demokratie spielen – die Illusion der studentischen Mitbestimmung

Der Fachschaftsrat erweckt den Eindruck der studentischen Mitbestimmung auf Fachbereichsebene. Nachdem schon in der akademischen Selbstverwaltung, im Instituts- und Fachbereichsrat, die studentischen Mitbestimmungsmöglichkeiten durch die professorale Mehrheit marginal sind, soll nun ein weiteres Gremium geschaffen werden, das der autokratischen Realität am Fachbereich das Deckmäntelchen demokratischer Partizipation umhängen soll. Aufgrund seiner satzungsgemäßen Befugnisse ist es dem Fachschaftsrat unmöglich, Einfluss auf Entscheidungen am Fachbereich zu nehmen. Im Fachschaftsrat dürfen ausgewählte ParteivertreterInnen Demokratie spielen und nebenbei in ihrem Lebenslauf ein weiteres Amt hinzufügen. Unter Missachtung der Interessen der Studierenden des Fachbereichs wird hier ein demokratietheoretisches Planspiel durchexerziert, ohne konkrete Veränderungen durchsetzen zu können.

Darüber hinaus wird selbstorganisierten Studierenden die Legitimation entzogen, eigenverantwortlich aktiv zu werden. Der Fachschaftsrat ist deswegen ein Schlag ins Gesicht aller demokratisch empfindenden Studierenden.

### Der Maulkorb als Megaphon?

Mit der Organisationsform des Fachschaftsrates ist eine weitere Schwierigkeit verbunden: er verfügt über kein politisches Mandat. Das heißt, dass es dem Fachschaftsrat untersagt ist (wie auch dem AstA), sich zu allgemeinpolitischen Themen zu äußern bzw. dazu Stellung zu nehmen.

So wurde beispielsweise die Geschichtsfachschaft an der Universität Münster wegen Durchführung eines Interviews mit Emil Carlebach, Widerstandskämpfer und ehemaligem KZ-Häftling, im Rahmen ihrer Reihe ZeitzeugInnengespräche, belangt. Das Oberverwaltungsgericht Münster stellte fest, die Auseinandersetzung mit zeitgeschichtlichen Ereignissen durch Organe der StudentInnenschaft stelle sich »angesichts ihres [...] allgemeinpolitischen Inhalts nicht als zulässige Wahrnehmung der fachlichen Belange der Studierenden [...] dar«. Das Gericht wusste auch Hinweise auf zulässige Aktivitäten zu geben: »Die Wahrnehmung fachspezifischer Interessen der Studierenden

kann zum Beispiel in Anregungen zum Lehrangebot der Hochschule oder Stellungnahmen zu Studien- oder Prüfungsordnungen bestehen. Eine inhaltlich-wertende Auseinandersetzung mit Gegenständen des Studienfaches zu welcher der einzelne Studierende im Rahmen seines Studiums natürlich

berufen ist, ist jedoch von der Aufgabenzuweisung [...] nicht erfasst.«

Notwendigerweise erscheinen aus der Perspektive basisdemokratischer Fachschaftsinitiativen mit allgemeinpolitischem Anspruch die Anerkennung des Fachschaftsrats und die damit verbundene Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung durch die Zensur der herrschenden Rechtssprechung als ein Schritt in die selbstverschuldete Unmündigkeit.

Anstatt die Interessen »der Studierenden« wirkungsvoll artikulieren zu können, unterwirft sich der FSR nicht nur als Organisationsform, sondern auch als »Sprachrohr« studentischer Interessen strukturellen Sachzwängen. Die ApologetInnen des Fachschaftsrats verwechseln den Maulkorb mit dem Megaphon.

Aus den aufgeführten Gründen lehnen die Fachschaftsinitiativen des Fachbereiches Politik- und Sozialwissenschaften den Fachschaftsrat ab und stellten den Antrag auf dessen sofortige Selbstaflösung. Das Fazit der Fachschaftsinitiativen: Jenseits der Optimierung der eigenen Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt gibt es – auch für die VerfechterInnen der repräsentativen Demokratie – keine rational nachvollziehbaren Gründe, eine scheindemokratische Institution wie den Fachschaftsrat zu unterstützen.



Paul Noltes

# »Generation Reform«

Einblicke in die Gedankenwelt eines reaktionären Ideologen

von sven scheuer

*Paul Nolte ist seit dem 1. Juli 2005 ordentlicher Professor für Geschichte an der FU Berlin. Mit »Generation Reform – Jenseits der blockierten Republik« hat er unlängst ein viel beachtetes Buch geschrieben, das nicht zuletzt in die Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung aufgenommen wurde. Er wird allgemein als innovativer Theoretiker gefeiert, dem es gelingt, entscheidende gesellschaftspolitische Fragen neu zu erdenken. Nicht wenige, auch Verantwortliche aus der Politik, würden die Vorschläge Noltes nur zu gerne in die Realität umgesetzt sehen. Gute Gründe also sich einmal mit dem Buch des Historikers näher zu befassen.*

## Deutschland in der Krise

Schon zu Beginn stellt der Autor ganz unverhohlen fest: »Deutschland steckt in einer schweren Krise«. Diese Krise ist besorgniserregend und habe sich in den letzten Jahren rasant zugespitzt. Nolte selbst will dieser Entwicklung gegensteuern, er versteht sich als Sprachrohr der »Generation Reform« und verspricht einen »radikalen Wandel« der bestehenden Verhältnisse. In seinem Buch unternimmt er deshalb nicht weniger als den Versuch die Umrisse einer neuen Gesellschaft und einen möglichen Weg dort hin darzustellen. Was jedoch eigentlich mit »Krise« gemeint ist, darüber schweigt sich Nolte zunächst aus. Zu selbstverständlich scheint ihm diese Diagnose zu sein, als dass sie einer näheren Erläuterung bedarf. Und tatsächlich, nimmt man das Versprechen der bürgerlichen Gesellschaft, ein gutes und menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen, beim Wort und gleicht diesen Anspruch mit der Realität ab, scheint tatsächlich eine »Krise« vorzuliegen. Die Produktivität der bundesdeutschen Gesellschaft ist so hoch wie nie zuvor. Alljährlich werden unglaubliche Mengen mehr an Gütern produziert. Längst ist es so, dass die Arbeitskraft von Millionen nicht mehr benötigt wird, was ja eigentlich nicht schlimm wäre, zeigt das doch nur, dass der immense Wohlstand auch ohne zutun entstehen kann. Das Problem ist nur, dass den Menschen ohne Erwerbsarbeit, der Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen weitest gehend verwehrt bleibt. Getreu dem alten Credo der kapitalistischen Moderne: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Doch auch für Viele, die in Lohn und Brot stehen, sieht die Situation nicht wesentlich besser aus. Viele machen gleich zwei Jobs, um über die Runden zu kommen, die Wochenarbeitszeit erhöht sich ständig und unbezahlte Überstunden sind an der Tagesordnung – die Rente dagegen ist erst ab 67 in Sicht. Erschöpfung, Krankheit und Frustration sind die Folge obwohl ein sorgenfreies Leben für alle Menschen durchaus im Bereich des möglichen wäre. Daraus scheint sich tatsächlich nur eine Diagnose ableiten zu lassen: Die bürgerliche Gesellschaft hat sich überlebt und Nol-

tes Forderung »Was wir brauchen, ist ein Systemwechsel«, scheint nur zu logisch. Doch halt, was der Historiker in »Generation Reform« vorstellt geht in eine ganz andere Richtung. Schnell entpuppt sich Noltes groß angekündigter »radikaler Aufbruch« als abgeschmackte Ideologie aus der reaktionären Mottenkiste.

## Die neue bürgerliche Gesellschaft

Noltes Projekt ist die Errichtung einer »neuen bürgerlichen Zivilgesellschaft«. Doch was unterscheidet Paul Noltes »neue Gesellschaft« von der althergebrachten bürgerlichen Gesellschaft? Nichts grundlegendes, wie sich zeigt: Die Bundesrepublik, so der Historiker, sei von je her eine Klassengesellschaft. Bildung und materielle Ressourcen seien unterschiedlich verteilt. Die BRD sei fundamental geprägt von diesen Klassenunterschieden.

Das Ziel des »radikalen Aufbruchs« den Nolte vorschlägt, ist jedoch keineswegs diese Klassenverhältnisse aufzulösen. Von der »Illusion die Armut abzuschaffen« müsse man sich verabschieden. Soziale Ungleichheit überhaupt aufheben zu wollen, sei nicht nur unmöglich, sondern auch gar nicht wünschenswert. Die Tatsache, dass es Reiche auf der einen und Arme auf der anderen Seite gäbe, sei daher auch eine »unabdingbare Voraussetzung« für die neue bürgerliche Zivilgesellschaft die ihm vorschwebt. Die Verschiedenheit der Lebensverhältnisse müsse endlich akzeptiert werden, da nur dadurch »ein gesundes Konkurrenzverhältnis erzeugt werden kann«. Nicht die unterschiedliche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sei zu kritisieren, sondern vielmehr diejenigen, die diese angebliche Notwendigkeit nicht einsehen wollen. Um deren Widerstand zu brechen entwirft der Historiker ein zweigleisiges Politikkonzept.

## Radikaler Wandel und konservativer Fundierung

Die Ideologie, der Paul Nolte anhängt und der sein Politikkonzept entspringt, ist eine zweigeteilte. Sie umfasst eine »Vorstellung von radikalem Wandel und konservativer Fundierung zu-

gleich«. Es handelt sich dabei um eine krude Mischung aus marktradikalem Gedankengut und wertkonservativ, christlichen Moralvorstellungen. »Pol 1«, der »radikale Wandel meint dabei nichts anderes als die gängigen neoliberalen Forderungen: Privatisieren wo möglich, mehr Eigenverantwortung, weniger Staat wo er nicht gebraucht wird, weniger Steuern usw. »Pol 2«, die konservative Fundierung umfasst angebliche Werte wie: Verantwortung, Pünktlichkeit, gute Sitten, Zivilisiertheit und Gemeinschaftsgefühl. Realisiert sehen will Nolte diese Ideologie in einem »neuen Gesellschaftsvertrag«. Dieser umfasst beide Seiten der Nolteschen Gedankenwelt. Die Vorstellung vom radikalen Wandel durch eine größere Freiheit der Märkte und eine Stärkung der Verbraucherrechte auf der einen, sowie die wertkonservativen Fundierung, durchgesetzt durch einen starken Leviathan und eine Politik der »zero tolerance« auf der anderen Seite. Was Nolte verwirklicht sehen will, ist deshalb nicht weniger als »mehr Markt und mehr Staat zugleich«. Um diese Pläne umzusetzen und den Weg zur neuen bürgerlichen Gesellschaft erfolgreich zu gehen, sei es selbstverständlich erforderlich, Opfer zu bringen. An dieser Stelle ist sich der FU-Professor natürlich nicht zu schade, die »nationale Karte« zu spielen. Die Liebe zum deutschen Vaterland, könne über so manche der notwendigen Entbehrungen hinweg helfen. Denn, so Nolte, »wir brauchen, so scheint mir, eine Vorstellung davon, wofür wir die Mühen und Lasten [...] auf uns nehmen [...]. Für was also wenn nicht »für unser Land?«.

#### Politik der Unterschichten oder: Der Pöbel will regiert werden

Wie sieht der Weg zur neuen bürgerlichen Gesellschaft aus und wer muss welche Entbehrungen dafür in Kauf nehmen? In erster Linie natürlich, wer wäre sonderlich überrascht, die Unterschichten. Für sie speziell hat sich Nolte das Theorem von der »Unterschichtenpolitik« ausgedacht, an dem mehr als deutlich wird, wo-

rauf seine »Utopie der neuen bürgerlichen Gesellschaft« hinaus läuft. Nolte macht deutlich, dass die Unterschichten sich nicht selbst überlassen werden können, sondern dass sie durch bestimmte Maßnahmen, die beide Aspekte seines Politikkonzeptes umfassen, regiert werden müssen. Das dies jedoch »ohne spürbare Zumutungen für die Klienten dieser Politik nicht zu haben« sei, scheint folgerichtig. Warum eine solche »Unterschichtenpolitik« nötig ist, versucht Nolte am »Beispiel der Ernährung« deutlich zu machen. Was er kritisiert, ist die angebliche »Fehl-Ernährung« der Unterschichten. Diese, so Nolte, würden sich in der Regel unausgewogen und fettreich ernähren. Was dazu führe, dass Menschen aus der Unterschicht häufiger erkranken als andere und mit einer geringeren Lebenserwartung zu rechnen hätten. Der Historiker macht sich dabei aber in keiner Weise Sorgen um die Betroffenen selbst. Der Skandal liegt für ihn nicht im Leiden und dem früheren Tod ganzer Bevölkerungsgruppen. Was er beklagt ist etwas völlig anderes: Mit ihrem angeblichen Fehlverhalten, so der FU-Professor, liefen die Unterschichten nicht nur den »bürgerliche[n] Ideale [n] der Leistung, der Schlankheit, der Selbstkultivierung« zu wider, sondern, was noch viel schlimmer wiege, es entstünden dadurch Kosten für die Allgemeinheit, durch erhöhte Ausgaben für die medizinische Versorgung etc. Ernährung könne folglich nicht Sache jedes Einzelnen sein. Die Tatsache, dass der von Nolte gescholtenen Unterschicht häufig schlicht die finanziellen Mittel fehlen, um eine ausgewogene Ernährung für sich und ihre Familien zu ermöglichen, wird von ihm gänzlich in Abrede gestellt. Nicht der Mangel an Geldressourcen sei schuld, so die zynische Einschätzung, sondern dass sich die Menschen statt Vollkornbrot und Gemüse zu kaufen, lieber dauerhaft bei teuren Imbissbuden und Schnellimbissen ernähren würden. Um diesen angeblichen status quo aufzubrechen, seien beide Pole seiner »Politikvision« gefordert, so Nolte. »Pol 1«, die Politik des

Der Beweis, Reiche essen immer gesund! ▶

radikalen Wandels müsse auf folgendes abzielen: Die »Zumutung von mehr Eigenverantwortung« (nicht nur) für die eigene Gesundheit. Nicht zuletzt durch eine radikale Privatisierung der Krankenversicherungen. Dadurch solle der Einzelne stärker in die Pflicht genommen werden zum Beispiel auf seine Ernährung zu achten, oder die Konsequenzen zu tragen. Zu Ende gedacht heißt das: Der reiche Dicke bekommt die Medikamente gegen Bluthochdruck von der Privatkasse, der arme Dicke ist selber schuld, wenn er krank wird. »Pol 2«, das Gebot der konservativen Fundierung, setzt dagegen auf einer anderen Ebene an: Der »Entbürgerlichung« der Unterschichten müsse entgegen gewirkt werden und das »neuproletarische laissez faire«, gerade in Ostdeutschland, sei zu bekämpfen. Oberstes Ziel sollte es deshalb sein, eine bürgerliche Leitkultur zu etablieren, die auf christlichen Werten und Tugenden beruht. In anderen Worten: Den Unterschichten müsse wieder Anstand, Ordnung und Fleiß beigebracht werden, was ihnen selbst und darüber hinaus der ganzen Nation zu gute käme.

#### »Generation Reform«? Nein Danke!

Was Paul Nolte in »Generation Reform« vorstellt ist keine »radikale Politik«, die mit den Voraussetzungen der bestehenden Gesellschaft bricht. Das, was er großspurig als »politische Vision« verkauft, ist nichts anderes als eine abgeschmackte elitäre Ideologie, die er aus verschiedenen altbekannten Versatzstücken zusammenklaut. Eine nähere Beschäftigung mit den Thesen des Historikers lohnt deshalb eigentlich nicht und wenn sein Gedankengut den Elfenbeinturm Friedrich-Meinecke-Instituts nicht verlassen würde, könnte es auch getrost ignoriert werden. Doch spätestens seit der Geschichts-Professor von Bundeskanzlerin Angela Merkel in das neu gegründeten Gruselkabinett »Rat für Innovation und Wachstum« berufen wurde, ist leider damit zu rechnen, dass schon bald Teile sei-



ner reaktionären Ideen im Bundestag in Gesetze gegossen werden. Diese Ideologie in die Realität umgesetzt (was mit der Hartz-Gesetzgebung ja inzwischen teilweise geschehen ist), bedeutet de facto eine weitere drastische Verschlechterung der Lebensqualität vor allem der Menschen, die von Nolte als Unterschichten bezeichnet werden. Es bleibt deshalb zu hoffen, das irgendwann nur noch den besonders Einfältigen der populistische Hinweis einleuchten wird: Euer Leiden und eure Entbehrungen, sind schließlich nötig fürs deutsche Vaterland. Für alle anderen gilt dann hoffentlich: »Generation Reform«? Nein Danke! Schuftens fürs Vaterland? Nein Danke! Endlich her mit dem schönen Leben? Ja bitte!

#### ■ Literatur:

Nolte, Paul: *Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik*, Beck 2004.

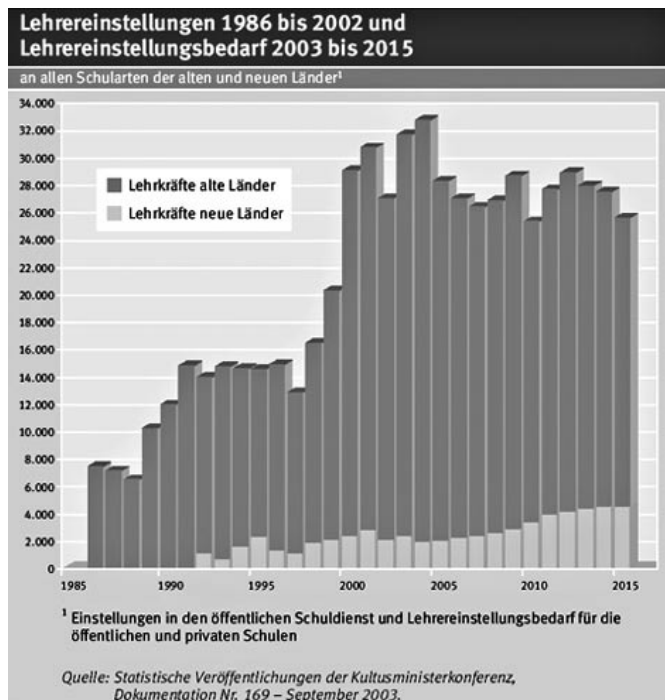
Außerdem wurde das Buch inzwischen in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung (Band 466) aufgelegt und kann dort für nur 2 Euro erworben werden.



# Der Bachelor mit Lehramtsoption

von stefan  
günther

...ein gescheitertes Projekt



**A**m 10. Mai 2006 waren Mitglieder der Initiative Lehramt, ein Zusammenschluss von Studierenden im Lehramt an der FU, vor den Wissenschaftsausschuss des Abgeordnetenhauses geladen. Das Thema war der Stand der neuen LehrerInnenausbildung an den Universitäten. Den üblichen Reden der geladenen VizepräsidentInnen der vier Unis: »Klappt alles schon irgendwie«, konnte dadurch eine studentische Position entgegengesetzt werden. Die Initiative Lehramt hat zu diesem Anlass alle Lehramtstudierenden auf ihrem Verteiler (über 500) gebeten, ihre Position zu senden. Eine exemplarische Mail ist hier veröffentlicht. An diesem Tag wurden alle eingegangenen Mails den Mitgliedern des Ausschusses sowie den UniversitätsvizepräsidentInnen anonymisiert vorgelegt. In dieser Mail werden vor allem die Alltagsprobleme im Studium angesprochen. Die politischen Dimensionen der Umstellung auf BA/MA im Lehramt – von BilliglehrerInnen bis Türöffner für alle anderen Studienrichtungen – wären noch einmal ein Kapitel für sich.

Die anderen Mails und ein Wortprotokoll der Sitzung können unter [lehramt-fu@gmx.de](mailto:lehramt-fu@gmx.de) angefordert werden.

Liebe Lehramtsini,

hier meine Stellung zum aktuellen Bachelorstudiengang:

1. Eines der Hauptprobleme sehe ich in dem nur winzigen, völlig oberflächlichen Anteil der Erziehungswissenschaften, bzw. der pädagogischen Anteile in diesem Studiengang überhaupt.  
Wie soll der/die Studierende da zu einem qualifizierten, in Konfliktsituationen richtig handelnden LehrerInnen werden? Er/Sie hat schließlich kaum eine Basis, auf der er/sie arbeiten kann und wird folglich total überfordert sein.
2. Des Weiteren sind die Überschneidungen der Module, Vorlesungen, Tutorien etc. sowohl fachübergreifend, als auch innerhalb eines Faches haarsträubend und vor allem zwingend studiumsverlängernd.
3. Semesterwochenstunden von bis zu 48 Stunden reiner Anwesenheitspflicht machen das Studieren unmöglich.  
Der/Die Studierende müsste dann einen Gesamtarbeitsaufwand von ungefähr 100 Stunden pro Woche aufbringen, um den Stoff wenigstens zum Teil verinnerlichen zu können. Dies dürfte wohl schwer möglich sein, da eine gewisse Zeit noch zum Schlafen, Essen, ... benötigt werden dürfte.  
Somit mutiert das Studium zu einem Lern- und Stressmarathon, der nicht den geringsten Spaß, dafür aber krank macht.
4. Das, was die Fachwissenschaften sein sollten, ist leider gerade mal ein oberflächliches Ankratzen der wirklichen Wissenschaft, das nach den Prüfungen sofort wieder vergessen wird, da es nur aus Altklausuren auswendig gelernt wurde.  
Diese Lehrstoffvermittlung und Abfragung ist völlig spaßfrei und gibt nicht die geringste Motivation, sich selbst weiter, oder tief greifender damit zu beschäftigen, mal abgesehen davon, dass dies schon aus zeitlichen Gründen gar nicht möglich ist.
5. A propos Lehrstoffvermittlung: die Dinge, die den Studierendenden in der Uni vermittelt werden, sind für den Lehrer sicherlich zu mindestens 90 Prozent Unterrichtsuntauglich und unbrauchbar. Schade um die vergeudete Zeit.
6. Was der spätere Lehrer hingegen sicherlich gebrauchen könnte, wäre praktische Erfahrung, die ähnlich wie die Pädagogik im Studium allerdings nur minimal ist.
7. Auch würden die Studierende es begrüßen, wenn Interessengebiete intensiviert werden könnten. Das heißt, sie Module frei wählen könnten und nicht nur wann sie diese belegen.
8. Irgendwie ist es auch nicht richtig die späteren LehrerInnen einfach so in den Wissenschaftsstudiengängen nebenher laufen zu lassen und ihre doch andere Position nicht zu berücksichtigen.
9. Das I-Tüpfelchen ist dann noch das »Campus Management«, das nur zufällig Prüfungsbestätigungen ausgibt, Studierende doppelt oder auch gar nicht zu Kursen zuteilt (trotz regulärer Anmeldung), bei einzelnen Studierenden Modulteile auf den gleichen Tag und die gleiche Uhrzeit legt ... und auch für die ProfessorInnen allerlei Überraschungen bereit hält, so dass diese zum Beispiel keinerlei Einfluss mehr darauf haben, wer sich zu ihren Kursen anmeldet, oder wer vielleicht noch nachrutschen könnte.  
Das sind die Dinge, die mir auf Anhieb zur aktuellen Studiensituation einfallen und es sind insgesamt bestimmt noch viel, viel mehr.  
Ich finde das Alles äußerst schade, denn die jetzigen Studierenden werden in einigen Jahren die Kinder unserer Gesellschaft unterrichten und somit auch die Zukunft formen.  
Aber wie sollen sie diese verantwortungsvolle Aufgabe bewältigen, wenn ihre Ausbildung zu LehrerInnen so nebensächlich behandelt wird, so chaotisch verläuft und so demotivierend ist.

Ganz liebe Grüße, XXX

## H O P O R E I H E

Band 13 zum Thema Eliten  
erscheint im Sommer 2006

In der Hochschulpolitischen Reihe des AStA FU erscheinen Beiträge zur Geschichte, Theorie, Politik und Zukunft der Universität, der Wissenschaft, der Studierendenschaft und des Studierens. Die Hochschulpolitische Reihe erhält ihr im AStA, weitere Informationen findet ihr auf: [www.astafu.de](http://www.astafu.de)

Band 13  
Thema: Eliten  
Herausgegeben vom AStA FU  
(Hochschulreferat)

Dokumentation einer  
Veranstaltung an der  
Freien Universität  
Berlin am 17. Juli 2003

ZUR AKTUALITÄT  
DER PHILOSOPHIE  
HERBERT MARCUSES

Mit Beiträgen von:  
Detlev Claussen  
Angela Davis  
Thomas Fliert  
Gunter Gebauer  
Hartmut Häußermann  
Axel Honneth  
Peter-Brwin Jansen  
Eberhard Lämmert  
Wolfgang Iefevre  
Harold Marcuse  
Peter Marcuse  
Frieder Otto Wolf

Band 12  
»Zur Aktualität der Philosophie  
Herbert Marcuses«  
Herausgegeben vom AStA FU  
(Hochschulreferat)

#### ■ FU plant umfassende Einführung von RFID-Technologie zur Zugangskontrolle

Während die Mittel für Lehre zusammengestrichen und Studienplätze abgebaut werden, steckt die FU große Summen in unnötige technische Anschaffungen. So gibt es offenbar Planungen für den umfangreichen Einsatz von Chipkarten mit RFID-Technologie zur Zutrittskontrolle für Gebäude und Räume. Es wird davon gesprochen, im ersten Realisierungsschritt mehr als 1500 Türen mit der Technik auszustatten. Die beim Einsatz der Technik zwangsläufig entstehenden Datenspuren von Studierenden und MitarbeiterInnen ermöglichen eine umfangreiche Überwachung und Kontrolle – bis hin zur elektronischen Anwesenheitsüberprüfung und Erstellung von Bewegungsprofilen.

Ob diesbezügliche, von der Datenschutzbeauftragten der FU und der Personalvertretung vorgetragene Bedenken Beachtung finden, ist angesichts des wiederum intransparenten Ablaufs des Projektes fraglich. So hat das Präsidium auf der Sitzung des Akademischen Senats am 24. Mai jedwede mündliche Antwort auf Fragen von Studierenden zum Thema abgelehnt. Dies zeigt wieder einmal, dass es von Demokratie an der Universität offensichtlich nicht allzuviel hält.

Zudem steht zu befürchten, dass der Einsatz von Chipkarten zukünftig dazu genutzt werden könnte, bestimmte Angebote nur noch einem Teil der Studierenden zur Verfügung zu stellen – der so entstehende Ausschluß breiter Teile der Gesellschaft von Wissenschaft und Bildung läßt den oft zitierten »Elfenbeinturm der Wissenschaft« endgültig zur Realität werden.

#### ■ Erneuter Eklat um rechte Studierendenvertreter

Nachdem sie schon letzte Legislaturperiode durch sexistische und homophobe Bemerkungen negativ aufgefallen waren, sorgte die Gruppe rechter Studenten um Oliver Rohn und Peter Vida erneut für einen Eklat im StuPa. Letzterer hatte im Vorfeld der 2. Sitzung des aktuellen Studierendenparlaments über die Sitzungsleitung eine Bekanntmachung an alle Mitglieder verschicken lassen. Darin verkündete Vida, dass er und ein weiterer Vertreter seiner Liste »Gegen Studiengebühren!«, sowie Oliver Rohn von der RCDS-Tarnliste »Semticki behalten!« und Elmar Busse vom »offiziellen« RCDS-FU in Zukunft im StuPa eine Fraktionsgemeinschaft mit dem Namen *BürgerBlock* bilden würden. Ein weiteres Mitglied dieser Fraktion, so Vida, sei Karin Kristina Köppen von der Liste »Studieren mit Kind!«, er selbst der Fraktionsvorsitzende.

Doch schon am Anfang der StuPa-Sitzung platzte der Traum vom *BürgerBlock*. Karin Kristina Köppen verteilte einen offenen Brief, in dem sie sich ausdrücklich von Vida und seinen Kumpanen distanzierte. Sie habe nie Ihre Einwilligung zu einer gemeinsamen Fraktion gegeben, Peter Vida habe sich einfach über ihren Kopf hinweg zum Fraktionschef emporgeschwungen. Sie habe erst kürzlich von den zweifelhaften Ansichten der Gruppe um Rohn und Vida erfahren und könne sich selbst mit solchem Gedankengut nicht identifizieren, so Köppen sinngemäß. Der Vorfall legt nahe, dass in diesem Klüngel aus dem Umfeld der CDU-Steglitz und Studentenverbindungen ein merkwürdiges Demokratieverständnis vorzuherrschen scheint. Auch die Wahl Alt-Deutscher Lettern im Logo des *BürgerBlocks* unterstreicht den Eindruck, dass es sich bei diesen Studenten um Ewiggestrige handelt, die über demokratische Grundregeln erst noch aufgeklärt werden müssen. Die selbsternannte »Bewegung für eine saubere Uni gegen linksradikale Umtriebe« hat wieder einmal gezeigt wessen Geistes Kind sie ist.

# Hochschulen im Elitenrausch

Wie die Exzellenzinitiative den neoliberalen Umbau der Universitäten vorantreibt  
von david hachfeld

**A**m 6. Januar 2004 sorgte Olaf Scholz für Wirbel. Als der Generalsekretär der SPD vor die Mikrofone trat, um die Ergebnisse der Klausurtagung des Parteivorstands zu verkünden, dürfte ihm klar gewesen sein, dass lediglich ein Stichwort den Nerv der wartenden Journalisten treffen würde: Die Erklärung, die SPD wolle deutsche Eliteuniversitäten fördern, die mit Harvard, Stanford oder der ETH konkurrieren könnten, wurde in den Medien als Sensationsmeldung verbreitet.

## Elite und Gesellschaft

Der Ruf nach Eliten ist nicht neu: Die Vorstellung einer Gesellschaft, die sich in

Leistungsträger, Experten, Führer oder »Promis« auf der einen und dumpfe Masse auf der anderen Seite teilt, ist eine grundlegende Konstante konservativer und wirtschaftsliberaler Gesellschaftsbilder. In dieser Vorstellung wird die Dichotomie von herrschender Elite und beherrschter Masse zum Naturgesetz erklärt. Dies bildete und bildet immer noch eine zentrale Säule der Legitimation antiegalitärer Herrschaftssysteme. Dass dieses Gesellschaftsbild Teil der ideologischen Grundlage der nationalsozialistischen Herrschaft war, hat auch in der deutschen Nachkriegsgesellschaft nicht zur grundsätzlichen Infragestellung dieses Motivs geführt. Zwar war der Begriff der Elite zu Recht diskreditiert, doch die Idee einer in Führungsschicht und Masse geteilten Gesellschaft lebte in beiden deutschen Staaten fort. In der DDR bildete sie die Basis für eine bürokratische Parteienherrschaft. In der BRD ist sie wiederzufinden in der in weiten Teilen der Gesellschaft akzeptierten These, die Existenz von Führungsschichten sei notwendiger Bestandteil von Demokratie.

Dieses antiegalitäre Gesellschaftsbild wurde zwar von KritikerInnen immer wieder in Frage gestellt und angegriffen, es ist jedoch auch heute noch dominant. Es begegnet uns gleichermaßen im Promi-Hype von Bunte, Bild & Co., in unhinterfragten »Expertenrunden« im Kanzleramt und bei Sabine Christiansen und in mehr oder weniger offen vorgetragenen Forderungen aus neoliberalen Kreisen nach mehr angeblich wettbewerbsfördernder Einkommensungleichheit.

Auch in der bildungspolitischen Debatte sind elitäre Vorstellungen keine Neuigkeit. Das Festhalten am Konzept der Ordinarienuniversitäten bei der Gestaltung der Hochschullandschaft der BRD und die massiven Widerstände gegen die Öffnung und Demokratisierung der Universitäten infolge der 68er Proteste stehen ebenso dafür wie die verbissene Verteidigung des dreigliedrigen Schulsystems und der Abschiebung angeblich lernschwacher Kinder in Sonderschulen. Das hohe Maß an sozialer Selektivität, das mit diesen Systemen einhergeht, ist dabei für viele Verfechter kein unerwünschter Nebeneffekt, sondern ein Ziel.

## Elite und Universität

Die Forderung nach Eliteuniversitäten kam also nicht überraschend. Dennoch wunderten sich einige ZeitungskommentatorInnen, dass sich nun ausgerechnet die SPD mit diesem Projekt hervortun wollte. Die SozialdemokratInnen galten für sie gemeinhin eher als VerfechterInnen von Chancengleichheit, sozialer Durchlässigkeit und Bildungsexpansion. Sie vermuteten, dass die Parteibasis sich nur schwer mit der neuen Elitenliebe ihrer Parteispitze anfreunden würde und erwarteten eine innerparteiliche Auseinandersetzung. Abgesehen von einigen kritischen Stimmen in den ersten Tagen und einem kurzen und folglosen Murren der Jusos, blieb diese Auseinandersetzung jedoch aus.

Wer einen etwas weniger oberflächlichen Blick auf die Partei warf, dürfte weniger überrascht gewesen sein. Tatsächlich ist der nun öffentlich zelebrierte Schrei nach Eliteuniversitäten nur ein zu erwartendes Symptom für die aktuelle sozialdemokratische Politik. Bereits in seiner Antrittsrede als Bundeskanzler betonte Gerhard Schröder die Notwendigkeit von Eliten. Wesentliche Projekte seiner Regierung wurden vorbei an öffentlichen oder parlamentarischen Debatten in Riester-, Rürup- oder Hartz-Kommissionen von angeblichen Experten entwickelt, und im Dialog mit Wirtschaftsvertretern beschränkte sich die Regierung in der Regel auf Appelle, die Ma-

nager mögen doch bitte ihre Vorbildrolle als gesellschaftliche Führungseliten etwas »sozialverantwortlicher« oder »patriotischer« ausgestalten. Bildung und Wissenschaft werden funktionalistisch einer auf Wettbewerb und expansives Wachstum getrimmten Wirtschaftspolitik untergeordnet. Die Rot-Grüne Koalition setzt in diesem Punkt die Politik ihrer Schwarz-Gelben Vorgänger nahtlos fort: Der Wert von Wissen wird an seiner wirtschaftlichen Verwertbarkeit gemessen. Im Sinne der Lissabonner Strategie der Europäischen Union werden Wissenschaft und Bildung primär als strategische Elemente zur Herstellung einer möglichst wettbewerbsfähigen europäischen Wirtschaft gesehen. Die Forderungen nach Chancengleichheit, sozialer Durchlässigkeit und Bildungsexpansion nehmen zwar im Parteiprogramm nach wie vor eine zentrale Rolle ein, die bildungspolitische Praxis ist jedoch stark von funktionalistischer Verwertungslogik geprägt. Sozialdemokratische Hochschulpolitik ist heute im wesentlichen von Unterfinanzierung, Wettbewerbsdruck, Kommerzialisierung (unter anderem durch die Einführung von Studiengebühren), Einführung neuer Selektionsmechanismen im Zuge der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge, Leistungsorientierung und Demokratieabbau geprägt. Der Ruf nach Eliteuniversitäten fügt sich problemlos in diese Logik ein.

## Das Unheil...

Nach dem Anstoß durch die SPD gewann die Eliten-Debatte schnell an Fahrt. Nach kurzer anfänglicher Kritik, die wohl vor allem dadurch erklärt werden kann, dass die eigene Programmatik plötzlich vom politischen Gegner übernommen wurde, erkannten konservativ-neoliberale Kreise die Chance und stimmten in den Ruf nach Eliteuniversitäten ein. Wirtschaftsverbände und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, der Wissenschaftsrat und die Hochschulrektorenkonferenz reiten sich in den Chor mit ein. Von nun an ging es nicht mehr um das *Ob*, sondern nur noch um das *Wie*. Nach einigen

Verzögerungen, die im wesentlichen auf die parallele Föderalismusdebatte zurückzuführen sind, einigten sich Bund, Länder und Wissenschaftsverbände am 23. Juni 2005 schließlich auf ein gemeinsames Eliteuni-Programm. Die Ursprungsidee ist erhalten geblieben, das Projekt wurde jedoch in unterschiedliche Förderlinien ausdifferenziert und bekam zur Imagepolitik einen neuen Namen: Der Begriff Elite wird seit dem peinlich vermieden, Exzellenzinitiative lautet das neue Schlagwort.

Proklamiertes Ziel des Programms ist die Stärkung des Wissenschaftsstandorts Deutschland, die Verbesserung seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie die Hervorhebung von Spitzen im Universitäts- und Wissenschaftsbereich. Das Projekt ist als Wettbewerb aufgezo-gen, in dem die Universitäten in drei Bereichen gegeneinander antreten. In der ersten Förderlinie werden etwa 40 Graduiertenschulen mit jährlich 1 Millionen Euro pro Jahr ausgestattet. Diese sollen dann im »Wettbewerb um die besten Köpfe« die angeblich herausragendsten DoktorandInnen anziehen und ihnen optimale Promotionsbedingungen bieten. In der zweiten Förderlinie sollen etwa 30 sogenannte Exzellenzcluster mit 6,5 Millionen pro Jahr gefördert werden. Unter Exzellenzclustern versteht man zu Zentren zusammengefasste Forschungsschwerpunkte, und zwar in Bereichen, in denen die Hochschulen bereits angebliche Stärken wie große Publikationsdichte, viele Patentanmeldungen, überdurchschnittliche Drittmittel oder ähnliches vorweisen können. Ziel ist auch hier die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die internationale Sichtbarkeit.

Schwergewicht des Exzellenzwettbewerbs ist die dritte Förderlinie zur Förderung von »Zukunftskonzepten zu universitärer Spitzenforschung«. Bis zu zehn Universitäten sollen durchschnittlich 21 Millionen Euro jährlich bekommen. Mit diesen Mitteln soll eine auf den existierenden »Stärken« einer Hochschule aufbauende Profilbildung mit dem Ziel vorangetrieben werden, die Universitäten in die vielbeschworene internationale Spitzengruppe zu

befördern. Bedingung für die Teilnahme an diesem Teil des Wettbewerbs ist die Förderung mindestens einer Graduiertenschule und eines Exzellenzclusters aus der ersten und zweiten Förderlinie. Über die Förderung entscheiden die Deutsche Forschungsgemeinschaft, der Wissenschaftsrat und die für Forschung zuständigen Minister der Länder und des Bundes. Das Verfahren ist in zwei Runden gegliedert, in denen jeweils etwa die Hälfte der Mittel vergeben werden sollen. Entscheidungen erfolgen jeweils im Oktober 2006 und 2007, die Förderdauer beträgt fünf Jahre.

In der ersten Runde haben sich 74 Universitäten beworben. Insgesamt wurden 135 Anträge für Graduiertenschulen, 157 Anträge für Exzellenzcluster und 27 für die dritte Förderlinie gestellt. Nach einer ersten Vorauswahl sind nun noch 39 Graduiertenschulen, 41 Cluster und zehn Anträge für Zukunftsprojekte im Rennen.

### ...Nimmt seinen Lauf

Unabhängig von der Frage, wer nun als vermeintlicher Sieger aus den beiden Runden hervorgehen wird, verändert der Wettbewerb die Praxis und das Verständnis von Wissenschaft und universitärer Bildung. Dafür ist allerdings nicht der Wettbewerb allein verantwortlich, er ist nur der offensichtlichste Ausdruck für einen generellen Umbau der Hochschullandschaft. Gelegentlich wird dieser Umbau als Übergang bezeichnet von einer Zeit, in der Wissen und Bildung als öffentliche Güter verstanden wurden, in eine durchkapitalisierte Gesellschaft, in der Wissen und Bildung der wirtschaftlichen Wertbarkeit untergeordnet werden. Dies kann zur Verklärung und Idealisierung der bisherigen Rolle von Bildung und Wissenschaft führen. Unter den Tisch fällt dabei, dass die wirtschaftliche Wertbarkeit von Wissen in kapitalistischen Gesellschaften immer eine zentrale Rolle spielt, der wohlfahrtstaatliche westdeutsche Nachkriegskapitalismus bildet da keine Ausnahme. Was sich jedoch verändert und rechtfertigt, dennoch von einem Umbruch zu sprechen, ist die Durchschlagskraft und die Unmittelbarkeit, mit

der diese Verwertungslogik in den letzten Jahren durchgesetzt wird. Das Verschwinden von Nischen und Mechanismen, die bisher den direkten Verwertungsdruck abgefedert haben, ist heute ein wesentliches Element der Wissenschafts- und Bildungspolitik. Im Folgenden soll der Exzellenzwettbewerb und die Debatte um ihn genutzt werden, um einige Facetten dieses Umbruchs deutlich zu machen.

### Unterfinanziert...

Interessant ist zuerst einmal, was bei der Debatte um Eliteuniversitäten unter den Tisch fällt. Die chronische Unterfinanzierung des gesamten Bildungsbereichs wird zwar gelegentlich zur Kenntnis genommen, praktische Konsequenzen folgen jedoch nicht. Im Gegenteil: Insbesondere in den Bundesländern, die den größten Teil der Finanzierung tragen, stehen Einsparungen in Bildungsbereich fast immer im Programm, wenn es um die Verabschiedung eines neuen Haushalts geht. Im Hochschulbereich ist der wichtigen Entscheidung zur Öffnung der Universitäten in den 70er Jahren für breite Teile der Bevölkerung nie die notwendige Finanzierung gefolgt. Seit 1975 ist der Anteil am Bruttoinlandsprodukt, den die öffentlichen Haushalte für Hochschulen ausgeben, kontinuierlich von 1,05 Prozent auf 0,84 Prozent im Jahr 2004 gesunken.

Logische Konsequenz ist die Überauslastung der Universitäten, die wiederum einigen als Grundlage dient, um gegen Massenuniversitäten zu wettern und eine Konzentration der ohnehin unzureichenden Mittel auf bestimmte als leistungsfähig bezeichnete Bereiche zu fordern. Auch die Umstellung des Studiensystems auf Bachelor- und Masterabschlüssen muss vor diesem Hintergrund bewertet werden: Das nach wie vor von sämtlichen politischen Parteien propagierte Ziel, die Zahl der Studienanfänger von derzeit 36 Prozent eines Jahrgangs deutlich zu steigern, um dem Durchschnitt der OECD-Länder von derzeit knapp 50 Prozent näher zu kommen, soll dadurch erreicht werden, dass der Großteil der Studierenden mit Bachelorabschlüssen zu AkademikerInnen zweiter Klasse ausgebildet wird,

während Masterstudiengänge nur noch einer Minderheit offen stehen. Dass sich die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen auch auf die universitäre Forschung auswirkt, ist offensichtlich. Stellenkürzungen, Abbestellung von Zeitschriften, mangelnde Ausstattung von Laboren und Überlastung in der Lehre sind heute fast überall an der Tagesordnung. Die im Rahmen der Exzellenzinitiative zugesagten 1,9 Milliarden Euro, die nun verteilt auf fünf Jahre ausgeschüttet werden sollen, sind zwar ein ordentlicher Batzen Geld, angesichts des tatsächlichen Bedarfs jedoch ein Witz. Das zeigt exemplarisch die Situation in Berlin: Allein in der letzten Sparrunde, die trotz massiver Studierendenproteste 2003 verabschiedet wurde, wurden die Universitäten zu Einsparungen in Höhe von 75 Millionen Euro pro Jahr verpflichtet. Allein an der Freien Universität bedeuten das einen Abbau von 82 Professuren und insgesamt 411 Stellen. Selbst wenn die Universität in der am höchsten dotierten dritten Förderlinie Erfolg haben sollte, kann diese Lücke nicht geschlossen werden.

Ebenfalls ausgeblendet bleiben die prekären sozialen Bedingungen für Studierende und junge AkademikerInnen. Die Mehrzahl der Studierenden arbeitet neben dem Studium nicht zum Spaß, sondern um sich den Lebensunterhalt zu verdienen. Das Bafög ist seit fünf Jahren von der Preisentwicklung abgekoppelt und reicht selbst im Höchstsatz nicht zum Leben aus. Das Kindergeld, das für viele eine Haupteinnahmequelle ist, wird künftig nur noch bis zum 25. Lebensjahr bezahlt, und die Mehrzahl der Bundesländer führt Studiengebühren ein. Nach dem Studium sieht es nicht besser aus: Wissenschaftliche MitarbeiterInnenstellen gibt es generell nur noch befristet und in vielen Fächern ist es üblich, nur eine halbe Stelle zu bezahlen, obwohl volle Arbeit geleistet wird. Angesichts dieser Verhältnisse mag es traumhaft klingen, wenn in den neu einzurichtenden Graduiertenschulen optimale Promotionsbedingungen angeboten werden sollen. Was jedoch gebraucht wird, sind keine Inseln der Glückseligen, sondern angemessene Arbeitsbedingungen für alle.



### ...Leistungsorientiert

Ein im Wettbewerb immer wieder auftauchender Begriff ist »Leistung«. Insgesamt geht es um die Verbesserung der »Leistungsfähigkeit« der deutschen Universitäten, es gilt »Leistungsträger« zu identifizieren und besonders zu fördern, wozu es »Leistungsorientierung statt Proporzdenken« brauche. Doch was wird eigentlich unter wissenschaftlicher Leistung verstanden? Theoretisch könnte man sich da eine Menge vorstellen: Eine Leistung könnte zum Beispiel eine wissenschaftliche Entdeckung sein, die das Zusammenleben von Menschen verbessert. Oder das Verfassen eines Buches, das bei seinen LeserInnen besonders intensive Denkprozesse auslöst. Oder eine besonders gute Betreuung eines Promovierenden, die diesem hilft, eine verfahrenre Arbeit dennoch zu einem guten Abschluss zu bringen. Es dürfte kaum jemand widersprechen, dass es sich bei all diesen Beispielen um Leistungen handelt. Das Problem ist jedoch, dass sie nicht messbar sind. Die Messbarkeit von Leistungen ist jedoch die Grundlage des funktionalistischen Leistungsverständnisses, wie es dem Exzellenzwettbewerb zugrunde liegt. Die Leistungsfähigkeit einer Universität misst sich an ihrer Platzierung in zweifelhaften Rankings, die Leistung von Forschern an der Anzahl ihrer Publikationen, an der Menge angemeldeter Patente und an der Höhe der daraus hervorgehenden Einnahmen. Ein besonders beliebtes Kriterium für die Messung von Leistung ist die Einwerbung von Drittmitteln. Mit diesem Kriterium ist die Aufteilung einer Universität in leistungsstarke und -schwache Bereiche besonders einfach. Analog zu einem Konzern können dann die Abteilungen, Filialen oder eben Fachbereiche, die die gesetzten »Benchmarks« nicht erreichen und zu wenig Profit abwerfen, dicht gemacht werden.

Dieser einseitig reduzierte Leistungsbegriff ist auch durch eine bestimmte Vorstellung vom Zweck universitärer Wissenschaft bedingt. Wirtschaftliche Verwertbarkeit ist die Maxime, an der sich Forschung messen lassen muss, gesellschaftspolitische Verantwortung von Universitäten wird zur hohlen Floskel. Die Universität wird zunehmend als Zulieferbetrieb der Wirtschaft verstanden, sie soll mit ausreichend Humankapital ausgestattete ArbeiterInnen und verwertbares Wissen als Rohstoff liefern. Ein Ausdruck dieses Trends ist die Abwertung der als schlechter verwertbar angesehenen Geisteswissenschaften und Teilen der Sozialwissenschaften zugunsten technischer und anwendungsorientierter Naturwissenschaften. Es ist kein Zufall, dass 37 der 41 Exzellenzcluster, die in die engere Auswahl gekommen sind, entweder den medizinischen und lebenswissenschaftlichen oder den Natur- und Ingenieurwissenschaften zuzuordnen sind. Ein Paradebeispiel für die Umstrukturierung der Wissenschaft gemäß den Interessen der Wirtschaft ist die Freie Universität Berlin, deren Präsident Dieter Lenzen sich auch gerne als Botschafter des neoliberalen Think Tanks »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« präsentiert. Um die Felder zu identifizieren, in denen die Universität in Zukunft Schwerpunkte in Forschung, Nachwuchsausbildung und Entwicklung setzen soll, braucht es nach Meinung der Universitätsleitung vor allem einen regen Dialog mit der Wirtschaft. Partnerschaftliche Verbindungen mit diesem Zweck führt die FU deshalb unter anderem mit dem Bundesverband Deutscher Industrie (BDI), dem Metallarbeitgeberverband Gesamtmetall und der Stiftung Industrieforschung. Einen Dialog mit gesellschaftlichen Akteuren, die nicht der Industrie zuzuordnen sind, hält das Präsidium der FU für die Schwerpunktsetzung

für ebenso überflüssig, wie offene und demokratische Meinungsbildungsprozesse in der Universität. Die strategische Ausrichtung der Universität liegt im Verständnis der Universitätsleitung alleine in ihrer Kompetenz. Da passt es ganz gut, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft »klare Governance-Strukturen« zu einem Erfolgsfaktor im Exzellenzwettbewerb erklärt hat.

### Die Berliner Universitäten...

Die Exzellenzinitiative verändert jedoch nicht nur die Verhältnisse in, sondern auch zwischen den Hochschulen. Der Wettbewerb fördert zwar die Kooperation der Hochschulen mit außeruniversitären Partnern, insbesondere in der Wirtschaft, die Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen ist jedoch nur in Ausnahmefällen möglich. Für die lukrative dritte Förderlinie ist sie sogar explizit ausgeschlossen. Statt offenem Austausch und Kooperation fördert die Initiative Abgrenzung und Alleingänge. Erste Ergebnisse dieser Politik lassen sich in Berlin beobachten, wo sich Humboldt und Freie Universität wie zwei Kampfhähne gegenüberstehen und auf Gelegenheiten warten, eine Schwäche des Gegners zum eigenen Vorteil nutzen zu können. Der Elitenwettbewerb zielt darauf ab, neue Hierarchien zwischen den Hochschulen zu etablieren. Mit aller Kraft wird versucht, vermeintliche Spitzen hervorzuheben. Sie sollen aus der trüben Ebene der deutschen Wissenschaftslandschaft herausragen und sich an der internationalen Konkurrenz orientieren. Durch den Wettbewerb mit materieller und symbolischer Macht ausgestattet, sollen sie wie Leuchttürme Signale der Leistungsfähigkeit in die Welt senden und die Blicke von der trüben Realität ablenken. In der Ebene, im Schatten der Leuchttürme, wird es jedoch noch

dunkler werden: Die im internationalen Vergleich noch sehr große Streuung von öffentlicher Forschungsförderung ermöglicht es derzeit auch ForscherInnen an kleineren regionalen Hochschulen noch, aktiv zu wissenschaftlichen Diskursen beizutragen. Die anhaltende Unterfinanzierung in der Breite und die mit dem Wettbewerb einhergehenden Konzentrationsprozesse könnten schon bald dafür sorgen, dass sich in einigen Jahren universitäre Forschung auf wenige Standorte rund um die vermeintlichen Spitzen konzentriert, während die Masse der Hochschulen sich langsam zu Ausbildungsstätten ohne eigenständige Forschungsbeteiligung in nennenswertem Umfang entwickeln.

### ...Leuchttürme der Wissenschaft?

Die Exzellenzinitiative ist eines der wirkungsvollsten Projekte zur Umstrukturierung der Bildungs- und Wissenschaftslandschaft nach neoliberalen Muster. Dabei geht es nicht darum, gut zu sein, sondern darum, andere zu überragen. Es geht nicht um eine bessere Bildung und Wissenschaft für alle, sondern für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Es geht nicht um eine Förderung von Vielfalt, sondern um Förderung von dem, was im funktionalistischen Sinne leistungsfähig ist. Es geht nicht um Kooperation zwischen Universitäten, sondern um Konkurrenz zwischen ihnen. Und es geht nicht um demokratische Strukturen in den Hochschulen, sondern um Forschung mit klaren hierarchischen Führungsstrukturen. Wer für eine egalitäre und demokratische Bildung und Forschung eintreten möchte, sollte sich dem Elitenwettbewerb mit aller Kraft entgegenstellen.

# Private Hochschulen in Deutschland

von *harry tuddle*

*»Eine Investition in Wissen bringt  
immer noch die besten Zinsen!«*

*Benjamin Franklin*

**D**arstellungen zu Studiengebühren sind seit einiger Zeit in allen öffentlichen Plattformen zu finden. PolitikerInnen streiten sich mit »Bildungsexperten« im Grunde nur noch über die Höhe und die Verteilung der neuen Einnahmen. Daneben vollzieht sich noch eine weitere Entwicklung, an der sich ablesen ließe zu welcher Art Hochschule Studiengebühren führen. Private Hochschulen entwickeln und gründen sich derzeit in steigendem Tempo und geben einen Vorgeschmack auf eine mögliche »Hochschule der Zukunft«.

In Deutschland gibt es über 106 private Hochschulen, die staatlich anerkannt sind<sup>1</sup>, über 50 davon sind private Hochschulen im engeren Sinne, die anderen sind hauptsächlich kirchliche Hochschulen. Damit sind etwa 15 Prozent der

mehr als 300 Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland private Hochschulen, wovon der größte Teil von privaten Fachhochschulen gebildet wird.

Zwischen 1990 und 2003 wurden 50 private und kirchliche Hochschulen gegründet. In den 45 Jahren zwischen 1945 und 1990 waren es 45.<sup>2</sup> Neugründungen von Hochschulen sind derzeit außerdem fast ausschließlich private. Insgesamt studieren an staatlich anerkannten privaten Hochschulen etwa 62.000 Studierende.

Die Studiengebühren reichen dabei von 3.000 Euro bis 10.000 Euro pro Jahr an privaten Fachhochschulen und von 10.000 Euro bis 20.000 Euro pro Jahr an privaten Universitäten. Angebotene Studiengänge liegen vor allem im wirtschaftswissenschaftlichen Bereich. Das weitere Angebot privater Hochschulen umfasst darüber hinaus fast nur noch Studiengänge in den Bereichen Ingenieurwissenschaft und Pflege.

Fast die Hälfte dieser Hochschulen ist dabei als Kapitalgesellschaft (GmbH und AG) organisiert, oder wird von eingetragenen Vereinen oder allein von Stiftungen getragen. Kirchliche Hochschulen sind zum Großteil Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Zusätzlich gibt es noch mehr als 80 »Corporate Universities« in Deutschland. Das sind direkt an Unternehmen angeschlossene Aus- und

Weiterbildungseinrichtungen, die ihre eigene Lehre als solche mit universitärem Anspruch bezeichnen, wie zum Beispiel die Hertie School of Governance in Berlin. Corporate Universities existieren häufig nur virtuell, wie das Siemens Management Center und sind meist firmeninterne Weiterbildungseinrichtungen, teilweise exklusiv für die höheren Führungskräfte der Unternehmen, während andere auch Weiterbildungen für unternehmensfremde Personen anbieten.<sup>3</sup>

Zur Zeit sind private Hochschulen in Deutschland hauptsächlich Rekrutierungsgrundlage für Managementnachwuchs von Unternehmen oder Unternehmensbranchen. Während jedoch ein Blick auf die Verhältnisse in den USA auch für Europa eine Entwicklung von tatsächlich profitorientierten Hochschulen nahe legt, die damit beginnen, sich am »Bildungsmarkt« zu positionieren, indem sie den Studierenden Bildung verkaufen und gleichzeitig großen Unternehmen qualifizierte Arbeitskräfte vermitteln.

Geäußerte Kritik an privaten Hochschulen richtet sich in erster Linie auf eine befürchtete Elitenbildung durch den Zusammenhang mit führenden Wirtschaftsunternehmen. Die Website des Verbands Privater Hochschulen (VPH) antwortet auf die Bedenken, ob private Hochschulen nicht nur was für »Kinder reicher Eltern« seien mit dem Verweis auf Stipendien und Darlehen. Mensch sei nur an »Qualifikation und Potenzial der Studienplatzbewerber«<sup>4</sup> interessiert. Der sogar von Mainstream-Medien immer wieder angesprochene Zusammenhang zwischen Bildungschancen und dem Einkommen der Eltern wird dabei konsequent ignoriert. Auch die Behauptung, private Hochschulen seien elitär, sei nicht wahr, während einen Klick weiter die Vorteile der Netzwerkbildung, zum Beispiel mit Vertretern führender Unternehmen, beschrieben werden.

Private Hochschulen würden staatliche Finanzierung zudem ablehnen, um unabhängig zu sein und suchten sich deshalb anderweitige Finanzierungen, obwohl zum Beispiel die International University Bremen staatliche Zuwendun-

gen von 215 Millionen Euro erhielt und auch die nicht staatliche anerkannte European School of Management and Technology (ESMT) in Berlin eine indirekte Zuwendung in Form eines ehemaligen staatlichen Gebäudes mit zentraler Lage in Berlin Mitte vom Berliner Senat bekam. Typische Trägerinnen der privaten Hochschulen sind zudem »wirtschaftsnahe Organisationen«<sup>5</sup>. Die Frage, ob dadurch nicht vielleicht neue Abhängigkeiten entstehen könnten wird nicht gestellt. Vielleicht, weil die Antwort so klar ist...

Um Gegenargumente privater Hochschulen muss mensch sich also keine Gedanken machen. Das Problem ist viel mehr die generelle Sicht der Gesellschaft auf Bildung und die mediale Kraft derer, die ein Interesse an privaten Hochschulen haben.

## Private Hochschulen in Berlin

In Berlin gibt es derzeit vier private Universitäten, die staatlich anerkannt sind, an denen fast 1.500 Studierende eingeschrieben sind.<sup>6</sup> Dies sind die Steinbeis-Hochschule Berlin (SHB), die Europäische Wirtschaftshochschule Berlin (ESCP-EAP), die Mediadesign Hochschule für Design und Informatik Berlin (MDH) und die OTA Hochschule Berlin. Diese Berliner Hochschulen passen hervorragend in das Muster privater Hochschulen mit nur begrenzter Fächerauswahl, die fast ausschließlich die Bereiche der Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften und der Pflege umfassen.

Dabei wird sogar von den privaten Hochschulen selbst dargestellt, wie eng diese mit der Wirtschaft zusammenarbeiten. Eigene Aussagen wie: »Die Steinbeis Hochschule ist eine staatlich anerkannte Hochschule, die den Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft forciert«<sup>7</sup> und »Schon vor Ende des Studiums hatten mehrere Studierende ihren Job sicher in der Tasche und andere wertvolle Kontakte geknüpft«<sup>8</sup> zeigen die enge personelle und strukturelle Verflechtung mit der Wirtschaft, die natürlich nicht von den Hochschulen selbst problematisiert wird. Offen wird dabei sogar von einem personalen »Netzwerk-Aufbau« während des Studiums gespro-

chen, der einer der »wesentliche[n] Vorteile für den Studierenden und gegebenenfalls das Unternehmen« sei.<sup>9</sup> In diesen Zusammenhang gehören auch die sogenannten »exklusiven Recruiting-Days«<sup>10</sup> der ESCP-EAP.

Deutlich wird hier also die Bildung von Eliten thematisiert, ja sogar damit geworben. Ansonsten wird sich zwar demokratisch gegeben, zumindest wird eine nicht weiter ausgeführte Mitbestimmungsmöglichkeit der Studierenden hervorgehoben. Geworben wird gleichzeitig jedoch auch mit einem »straff organisierten Zeitplan« und damit, dass Studierende keine Zeit mehr für>s Arbeiten nebenbei haben. Außerdem entziehen sich private Hochschulen den auch in staatlichen Hochschulen absterbenden Resten demokratischer Regulierbarkeit durch Gremien wie Hochschulräte, an dessen Stelle nicht zufällig aus der Wirtschaft bekannte Gremien wie Vorstand und Aufsichtsrat treten sollen.<sup>11</sup> Und auch wenn die alten Gremien seit jeher von einer kleinen Zahl ProfessorInnen beherrscht werden und daher auch hier nicht von Mitbestimmung die Rede sein kann, ist diese Entwicklung mindestens bedenklich.

Die MDH tut sich daneben mit dem geschützten didaktischen Konzept *evolarning*<sup>®</sup> hervor, wobei unklar bleibt, was mehr als der Einsatz von Computern als Lehrmittel durch *evolarning*<sup>®</sup> bezeichnet wird.<sup>12</sup> Die Idee ist wohl auch nichts anderes als der nächste konsequente Schritt der Übertragung von Konzepten der »freien« Wirtschaft auf die Bildung: Die Erschaffung von Marken im Bildungsbereich. »Drink Coca-Cola! Learn Evo!«

Das Verständnis von Bildung als Dienstleistung führt zusätzlich dazu, dass diese in den Geltungsbereich des General Agreement on Trade in Services (GATS) fällt und so die weitere Öffnung und eine Verminderung des demokratischen Zugriffs auf Bildungspolitik im Kontext der Globalisierung erwirkt wird. Bildung soll nach diesem Verständnis wie jede andere Dienstleistung den Strukturen des Wettbewerbs unterworfen werden, mit allen daraus folgenden Nachteilen.

### Gefahren der Privatisierung

Die erste offensichtliche Gefahr privater Bildung ist die Monopolisierung von Wissen als Machtmittel. Bei gleichbleibender Entwicklung wird der Zugang zu Bildung durch finanzielle Barrieren weiter so erschwert, dass ausschließlich Eliten Zugang zu (höherer) Bildung erhalten, oder solche, die bereit sind, sich per Darlehen dem dann gesetzlichen Zwang zu unterwerfen, Kapital aus ihrer Bildung zu schlagen: Selbst zur Elite zu werden.

Ganz offen wird dann auch als Kriterium für die Zulassung die Frage gestellt: »Welche Ziele verfolgt [der Student] mit dem Studium?«<sup>13</sup> Ein harmlos daherkommender Gesinnungstest, der die Auswirkungen privatisierter Bildung noch einmal ganz deutlich darstellt. Der Zugang zu Wissen und zur damit verbundenen Autorität und Herrschaft wird auf diese Weise weiter der Allgemeinheit entzogen und nach dem Willen der Elite neu verteilt. Zu Beobachten ist also ein Prozess der »Rearkanisierung« von Wissen.

Die zweite subtilere Gefahr ist die fortschreitende Veränderung der eigenen Perspektive auf Bildung. Finanzielle Verwertbarkeit wird zum einzigen Kriterium der Qualität von Bildung. »Welches Kriterium könnte besser zur Beurteilung der Qualität einer privaten Hochschule geeignet sein, als der berufliche Erfolg ihrer Absolventen?«<sup>14</sup> fragt sich die FAZ leider nur rhetorisch in einem »neuen« Bewertungskonzept von privaten Hochschulen. Die wirkliche Frage nach dem Sinn eines Studiums wird an privaten Hochschulen und in der Öffentlichkeit nicht gestellt. Ganz selbstverständlich ist das Ziel auf der einen Seite die Profitmaximierung der finanzierenden Unternehmen, auf der anderen Seite aber auch die Profitmaximierung der Lebenszeit von Studierenden.

Vor allem anhand der Werbung der privaten Hochschulen, die bereits 25 Prozent ihres Budgets für Marketing, Akquise und Vertrieb verwenden,<sup>15</sup> kann abgelesen werden wie Bildung in Zukunft verstanden werden könnte: Arbeitsplatzgarantie, »success-stories« ehemaliger Studierender und finanzielle Hochrechnung über mögliche Langzeitgewinne durch ein Studium sind die Qualitätskategorien, die auch in »Rankings« erscheinen.

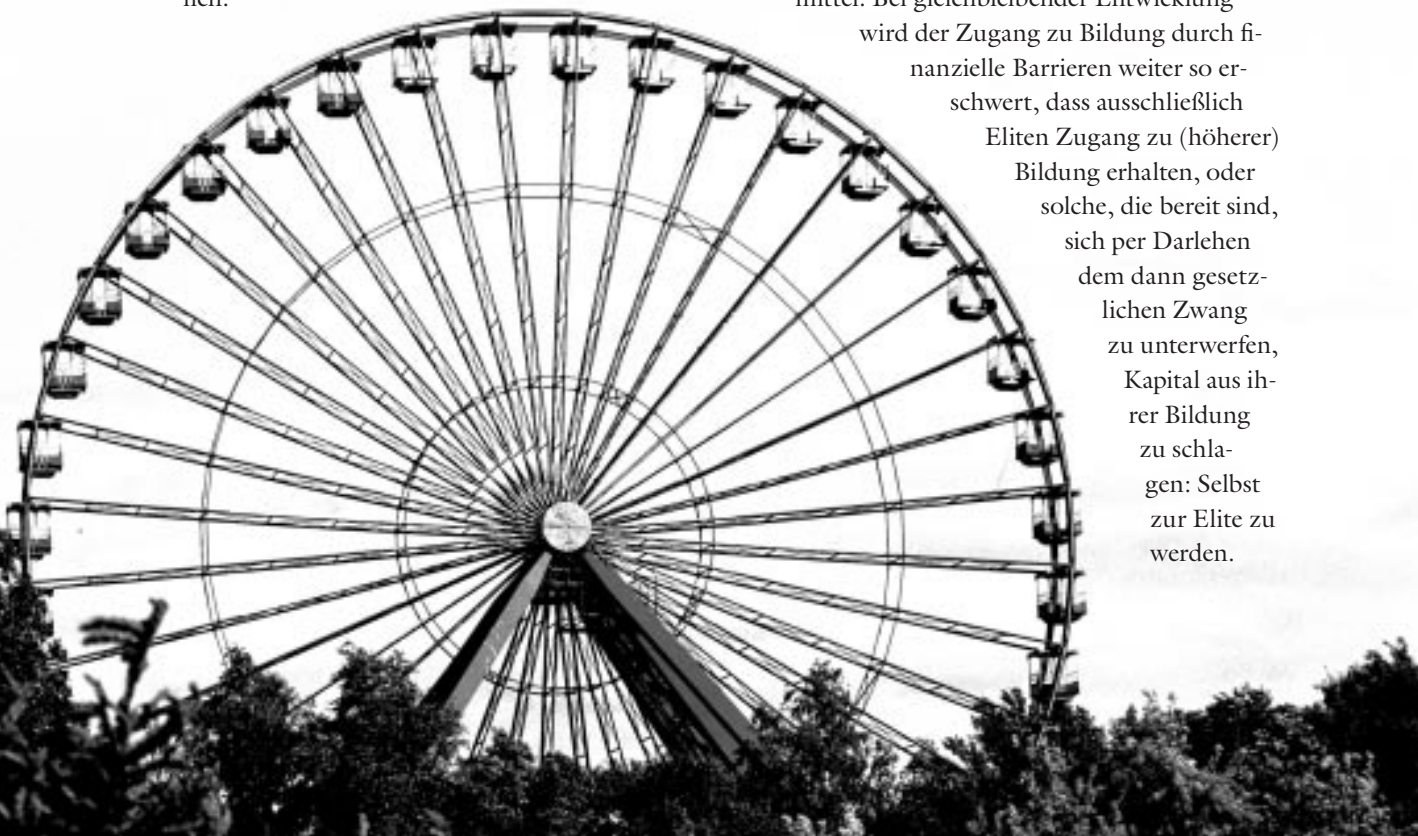
Der Frage, ob ein Studium dort nicht zu teuer sei, wird damit begegnet, dass durch das schnellere Studium und die großen Aussichten bei einem erfolgreichem Unternehmen angestellt zu werden soviel Profit zu erwarten sei, dass ein Studium an einer öffentlichen Universität teurer sei. Bildung ist hier nie etwas anderes als reine

Kapitalanlage und das vollkommen selbstverständlich. Die öffentliche Debatte hat sich darauf eingelassen und verläuft fast ausschließlich anhand von ökonomischen Begriffen wie Wettbewerb, Staatsentlastung, Markt und Jobs. Mit diesem Verständnis vom eigenen Wissen werden wir einmal mehr dazu genötigt uns selbst und unsere eigenen Interessen im Rahmen kapitalistischer Verwertbarkeit zu denken und unser eigenes Leben der Marktlogik zu unterwerfen. Eine emanzipatorische, kritische Bildung ist mit Privatisierungstendenzen nicht vereinbar.

Eine notwendige Bedingung für eine demokratische Gesellschaft hingegen ist eine freie Bildung. Und frei meint an dieser Stelle nicht nur frei von Gebühren, sondern auch frei von inhaltlichen Zurichtungen durch Obrigkeiten.

### ■ Endnoten

- 1 <http://www.hochschulkompass.de>
- 2 [http://www.wiso-gruppe.de/download/wiso\\_private\\_hochschulen\\_in\\_deutschland.pdf](http://www.wiso-gruppe.de/download/wiso_private_hochschulen_in_deutschland.pdf)
- 3 [http://www.bmbf.de/pub/corporate\\_universities\\_in\\_deutschland.pdf](http://www.bmbf.de/pub/corporate_universities_in_deutschland.pdf)
- 4 [http://www.private-hochschulen.net/privat\\_studieren\\_warum/studiengebuehren\\_stipendien\\_mehrwert/studiengebuehren\\_stipendien\\_mehrwerte.html](http://www.private-hochschulen.net/privat_studieren_warum/studiengebuehren_stipendien_mehrwert/studiengebuehren_stipendien_mehrwerte.html)
- 5 [http://www.wiso-gruppe.de/download/wiso\\_private\\_hochschulen\\_in\\_deutschland.pdf](http://www.wiso-gruppe.de/download/wiso_private_hochschulen_in_deutschland.pdf)
- 6 <http://www.hrk.de>
- 7 <http://www.steinbeis-academy.de/bewerbung/faq.php>
- 8 [http://www.otahochschule.de/front\\_content.php?idcat=90](http://www.otahochschule.de/front_content.php?idcat=90)
- 9 <http://www.steinbeis-academy.de/bewerbung/faq.php#01>
- 10 <http://www.escp-eap.de/unternehmenskontakte/?id=50>
- 11 <http://www.meinepolitik.de/privuni.htm>
- 12 [http://www.mediadesign.de/fileadmin/downloads/infomaterial/Didaktik\\_evolarning.pdf](http://www.mediadesign.de/fileadmin/downloads/infomaterial/Didaktik_evolarning.pdf)
- 13 <http://www.steinbeis-academy.de/download/Leitfadensba.pdf>
- 14 <http://www.faz.net/s/Rub244D2E60F0294C4D8AAC6CoC7FC9677B/Doc~E6A56FA2889304662836E85F2E6F349A1~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
- 15 [http://www.wiso-gruppe.de/download/wiso\\_private\\_hochschulen\\_in\\_deutschland.pdf](http://www.wiso-gruppe.de/download/wiso_private_hochschulen_in_deutschland.pdf)



# Das große Vorbild: Bachelor, Master und die Universitätslandschaft der USA

von ralf hoffrogge

In der Debatte um die Einführung der neuen Bachelor und Master Abschlüsse werden vor allem die großen US-Universitäten gerne als Vorbilder präsentiert. Wie das Studium in den USA tatsächlich aussieht, ist allerdings GegnerInnen wie BefürworterInnen weitgehend unbekannt. Gestützt durch die Erfahrungen aus einem Semester Geschichtsstudium an der Washington University in St Louis soll dieser Bericht eine Innenansicht des US-Hochschulsystems geben und den oft vagen Vergleichen, mit denen hierzulande nicht unbedeutende Reformen begründet werden, ein wenig kritisches Hintergrundwissen entgegenstellen.

## Unübersichtliche Vielfalt

Ein hervorstechendes Merkmal der Universitäten ist ihre Vielfalt. Es gibt nicht ein, sondern über 50 verschiedene öffentliche Universitätssysteme, eines für jeden US-Staat. Zusätzlich existiert eine Fülle von privaten Universitäten, die jeweils nach ganz eigenen Regeln spielen. Das Resultat sind über 4.000 verschiedene Bildungsinstitutionen, vom christlichen Bible-College über die Community-Colleges, die etwa auch FriseurInnen ausbilden, bis hin zu den Top-Ten Research-Universities mit Weltruhm. Sicherlich die wenigsten Studierenden haben Zugang zu letzte-

ren, aber sie sind es, die die Wahrnehmung prägen und Modell stehen für hiesige Debatten um akademische »Leuchttürme« und akademischen Wettbewerb.

Trotz aller Vielfalt gibt es in den USA allerdings ein gemeinsames System von universitären Normen und Standards, die allerdings nicht durch staatliche Aufsicht, sondern durch gegenseitige Anerkennung aufrechterhalten werden. Hervorstechend ist hier die Trennung in ein vierjähriges Undergraduate Studium, das mit dem Bachelor of Arts oder dem Bachelor of Science endet, und ein weiterführendes Graduate Studium das mit dem Master oder dem Doktorgrad abgeschlossen wird.

## Bewerbung und Undergraduate Studium

Das Studium beginnt in den USA nach dem High-School Abschluss, den die meisten im Alter von siebzehn oder achtzehn Jahren erreichen. Die Universitäten suchen sich ihre Studierenden selbst aus, neben dem Notendurchschnitt sind standardisierte Wissens- und Intelligenztests wie den SAT, für die Schüler oder Schule bezahlen müssen, eine gute Verdienstquelle für private und universitäre Test-DesignerInnen. Bewerbungen sind ebenfalls kostenpflichtig: zwischen 50 Dollar und 100 Dollar »application fee« nehmen

die Universitäten, bevor sie auch nur einen Blick auf die eingereichten Unterlagen werfen. Da sich natürlich alle SchülerInnen an mehreren Institutionen bewerben, um am Ende nicht ohne Studienplatz dazustehen, kann das dementsprechend teuer werden.

Ist die Bewerbungshürde dann genommen, ist man ein sogenannter »freshman«, wie die Studierenden im ersten Jahr genannt werden. Im zweiten Jahr heißen sie dann »sophomore«, gefolgt von »junior« und dem abschließenden »senior«. Trotz Wahlrecht und Führerschein sind die Studierenden vor Ende des 21. Lebensjahres in den USA vor dem Gesetz minderjährig und dürfen zum Beispiel noch keinen Alkohol trinken. Die kürzere Schulzeit und die spätere Volljährigkeit geben dem Undergrad-Studium einen etwas verschulten Charakter. Die Studierenden wohnen meist in Wohnheimen auf dem Campus, oft die erste eigene Wohnung. Zwischen besorgten Eltern, einer auf Skandalvermeidung bedachten Universitätsleitung und vergnügungssüchtigem akademischem Nachwuchs gibt es dann regelmäßig Spannungen über Hausordnungen, Alkoholverbote und andere Verhaltensregeln. Das Lebensgefühl scheint immer irgendwo zwischen Examensstress und Ferienlager zu oszillieren.

Das Studium selbst lässt sich, um deutsche Vergleiche zu bemühen, als eine Mischung aus Grundstudium und gymnasialer Oberstufe beschreiben. Die Studierenden bekommen eine interdisziplinäre Ausbildung in Naturwissenschaften, Sprachen und Sozialwissenschaften, wählen sich allerdings ein Schwerpunktfach für ihren Abschluss. Das bedeutet allerdings nicht, dass sie damit auf einen Lebenslauf festgelegt sind: ein Bachelor mit Schwerpunkt Mathematik bedeutet keinerlei formale Nachteile beim späteren Beginn eines Masterstudiengangs in Political Science. Für das Medizinstudium gibt es aber zum Beispiel spezielle Vorbereitungskurse.

Der Unterricht selbst wird von ProfessorInnen gegeben und sogenannte Teaching Assistents (TA's) moderieren Diskussions-Tutorien zu

den meisten Seminaren. Die TA's sind Graduate Students und erhalten für diesen Dienst in der Regel eine Befreiung von den Studiengebühren und ein existenzsicherndes Gehalt.

Ein Kurs beansprucht etwa drei volle Stunden pro Woche, verteilt auf zwei oder drei Sitzungen. Aufsätze zu vorgegebenen Fragen oder Examen, wie sie aus der Schule bekannt sind, begleiten die Kurse, längere wissenschaftliche Hausarbeiten müssen noch nicht geschrieben werden. Thematisch geht es darum, den Studierenden ein Grundwissen zu vermitteln, das sie zum späteren eigenständigen wissenschaftlichem Studium vorbereitet.

Studiengebühren werden mittlerweile überall verlangt, auch von staatlichen Institutionen. Sie variieren stark je nach Art der Uni, die niedrigsten Preisklassen etwa bei 2.000 Dollar im Jahr, und die Top-Institutionen zwischen 30.000 Dollar und 40.000 Dollar. So kassiert beispielsweise die Washington University in St Louis 31.000 Dollar, verpflichtet ihre Undergraduates zusätzlich zum Kauf eines jährlichen Mensa-Guthabens und zumindest im ersten Jahr müssen die Studierenden auch in den sehr kostspieligen Wohnheimen der Universität wohnen - die Gesamtkosten liegen somit eher bei 40.000 Dollar. Sowohl bei privaten Unis als auch bei staatlichen Institutionen sind die Preise in den letzten Jahren stark angestiegen und steigen weiter.



In jedem US-Bundesstaat gibt es allerdings mindestens eine renommierte State-University, die EinwohnerInnen des jeweiligen Staates ermäßigte Tarife anbietet – was natürlich bedeutet, dass die Hochschulwahl deutlich eingeschränkt ist, wenn die nötigen Finanzen nicht vorhanden sind.

Zudem ist es offensichtlich, dass die astronomischen Gebühren Studierenden aus finanzschwachen Familien den Zugang zur Uni grundsätzlich erschweren und in vielen Fällen verunmöglichen. Gibt es im Graduate-Bereich in der Regel eine Gebührenbefreiung und ein Gehalt als TA, so muss das Undergrad-Studium in der Regel selbst finanziert werden. Die erhältlichen staatlichen Darlehen und Förderungen decken keineswegs die vollen Kosten einer vierjährigen Bachelor-Ausbildung ab, und im Gegensatz zu in Deutschland verbreiteten Mythen gibt es auch keine überbordende Fülle von privaten Stipendien für alle – diese Leistungen sind begrenzt, und Studierende müssen hart da-

rum konkurrieren. Die Folge ist, dass sich die Studierenden oder ihre Familien durch Bankkredite enorm verschulden, um die Hochschulbildung zu finanzieren. Verschuldung meint hier Größenordnungen von mehreren zehntausend bis über hunderttausend Dollar.

#### **Workload, Credit-Points, Transcripts und Online-Noten.**

Ähnlich wie im deutschen Studium nicht das eigentliche Wissen, sondern nur die Ansammlung von Leistungsnachweisen zählt, so geht es in den USA um die Akkumulation von ausreichend »Credit Points«. Diese Punkte, zunehmend auch in Deutschland populär, sollen den Arbeitsaufwand der Studierenden repräsentieren (tun dies natürlich nur bedingt), und sind oft auch Maßstab für die Gebühren: wenn die Universität keinen allgemeinen Festsatz hat, muss für jeden Credit-Point einzeln bezahlt werden. Scheine im deutschen Sinne gibt es nicht, ein zentrales Computersystem verwaltet die Credits, alle No-

ten, die Rechnungen, die Uni-Emailadresse, den Mensaplan und alle anderen persönlichen Daten der Studierenden. Die Anmeldung für Kurse verläuft ebenfalls über dieses System.

In der Regel hat das System eine gewisse Flexibilität, so gibt es für GradStudents etwa Kurse die als »Independent work« oder »Readings« betitelt sind und eine eigene Kursgestaltung nach den Vorschlägen der Studierenden ermöglichen. Das ist dann tatsächlich eine eins zu eins Betreuung, etwas, dass angesichts des politisch gewollten Personalmangels an deutschen Unis unmöglich ist.

Auch bei zu spät abgegebenen Arbeiten exmatrikuliert das System nicht automatisch, allerdings sind solche »incompletes« sehr ungern gesehen und müssen nachgearbeitet werden. JedeR Studierende bekommt zudem eineN ProfessorIn als AdvisorIn zugeteilt, die/der sie/ihn bei der Kurswahl berät und diese letztendlich auch genehmigen muss. Zumindest im Graduate Bereich haben die Studierenden Einfluss auf die Wahl der/des AdvisorIn und lassen sich oft auch von mehreren ProfessorInnen beraten.

Da alle Hausarbeiten im Semester geschrieben werden müssen, und individuelle Fristverlängerungen als unfair empfunden würden, ist der letzte Monat eines jeden Semesters ein ziemlicher Horror, in denen die Studierenden verzweifelt versuchen, ihre drei bis vier Papiere in einer wenigstens halbwegs akzeptablen Qualität abzugeben, oder im Undergrad-Bereich von einem Examen zum Nächsten hecheln. Überforderung und Medikamentenmissbrauch zum Wachbleiben sind nicht selten die Folge, und selbstverständlich auch eine akademische Unzufriedenheit mit den in letzter Minute zusammengestoppelten Arbeiten.

Eine Lösung wäre, eher mit dem Schreiben anzufangen – allerdings wollen ja auch die Unmengen von Text gelesen werden, die im Kursplan stehen. Besonders im Graduate Bereich ist das Lesepensum enorm, hier etwa 200 Seiten und mehr pro Kurs in einer Woche bei einer Belegungsverpflichtung von mindestens drei Kursen. Hobbys und Privatleben leiden natürlich

enorm unter solchen Workloads. Allerdings wird nicht verlangt, jeden gelesenen Text hinterher referieren zu können – in der Regel reicht es, einen Überblick über die Thesen und generellen Ideen des Buches zu haben. Bei einer/einem ProfessorIn mit guter Didaktik kann man so tatsächlich eine Menge lernen, eine tiefere, notfalls auch mal Satz-für-Satz vorgehende Diskussion von Lehrstoff ist allerdings nicht möglich.

Selbstorganisiertes Lehren und Lernen ist hier wegen des sonstigen Arbeitsaufwandes mehr oder weniger unmöglich. Wenn Studierende lehren, dann lehren sie als TA's das Programm der/des jeweiligen ProfessorsIn, und auch die independent readings müssen in Kooperation mit einer/einem ProfessorIn durchgeführt werden. Die Kontrolle der Institution über das Individuum ist also definitiv höher als in Deutschland, und sich am Lehrplan vorbei eigene Inhalte zu erarbeiten ist schwierig bis unmöglich. Auch der Besuch von Kursen an benachbarten Unis ist in der Regel nicht möglich, da diese eben keine Partnerin in Sachen Bildung, sondern konkurrierende AnbieterInnen auf dem Markt sind.

#### **Graduate Studium**

Nach dem BA Abschluss muss man sich zum Weiterstudium komplett neu bewerben. In der Regel wird die Universität gewechselt, oft ist ein Umzug in eine andere Stadt fällig, denn die Plätze in den Graduate Programs der bekannteren Universitäten sind sehr hart umkämpft. Die Geschichtswissenschaft an der Washington University hat nur 40 Graduate Students insgesamt, Neuzulassungen nur etwa acht Leute einmal im Jahr. Das bedeutet für die Studierenden wieder teure Mehrfachbewerbungen und große Unsicherheit.

Aufgrund der Verschiedenheit der US-Undergraduate Programme wird von den meisten Unis die Ablegung des GRE, des Graduate Record Examination tests verlangt, um die Studierfähigkeit zu beweisen. Der Test besteht aus einer Mathematik Sektion und einem sprachlichen Teil. Bis auf zwei Kurzaufsätze ist der Test als Multiple Choice organisiert. Im mathematischen Teil



▲ Pleiteprojekt II: Der Lausitzring

werden unmögliche Dinge in viel zu kurzer Zeit verlangt, die sich größtenteils nur durch Raten »lösen« lassen. Der sprachliche Teil ist eine Beleidigung für jedeN, die/der nicht in einem angelsächsischen Universitätssystem studiert hat: man muss Synonyme für Worte wie »multifarious« suchen, die man auch nach zehn Jahren Schulenglisch nicht kennt. Selbst US-Bürger aus unterschiedlichen Milieus haben Probleme mit diesem Test. Dennoch glaubt man in den Vereinigten Staaten weiterhin daran, dass sich akademische Fähigkeiten in Testscores qualifizieren und objektivieren lassen und hält an dem System fest. Allerdings können gute Empfehlungsschreiben, Notendurchschnitt und andere Bewerbungsdokumente ein mieses Testergebnis durchaus ausgleichen. Der GRE wird von der Princeton University weltweit vermarktet und da jedeR Studierende etwa 140 Dollar dafür zahlen muss, verdient sich die Princeton University eine goldene Nase daran.

Hat man dann sein Programm gefunden und die Bewerbungshürden gemeistert, studiert man in der Regel ein Fach oder ein Interdisziplinäres Programm. Nebenfächer gibt es nicht, allerdings sind viele Kurse für Studierende verschiedener Programme offen. Die Finanzierung ist wie gesagt meist durch die Uni selbst garantiert, in Form des TA Gehalts, allerdings verlangen viele Unis von den Studierenden, sich auch um externe Stipendien zu bemühen.

Als Grad-StudentIn genießt man in der Regel eine etwas privilegierte Stellung, darf Bücher doppelt so lange ausleihen, wird nicht mehr gezwungen, den Mensaplan der Uni zu abonnieren, kann nettere Apartments von der Uni mieten und muss nicht im Wohnheim wohnen. Dadurch, dass man nur einem Department zugeordnet ist, und nicht mehr verschiedenen Fächer studiert, hat man zudem einen persönlicheren Kontakt zu den ProfessorInnen, die allerlei Ausnahmen machen, um das Studium den jeweiligen Interessen anzupassen, um das riesige Lesepensum kann man sich allerdings in der Re-

gel nicht drücken. Auf die individuelle Gestaltung des Studiums wird viel Wert gelegt, und die ProfessorInnen haben durchaus die Autorität, gewisse Vorschriften der Studienordnung außer Kraft zu setzen oder anzupassen. Allerdings gibt es kein einklagbares Recht darauf, und alles muss mit der/dem AdvisorIn abgesprochen sein. Das Lesepensum im Grad Studium ist wie gesagt deutlich intensiver als beim Bachelorstudium, und Graduate Student ist eine Vollzeitbeschäftigung, die außer dem Dasein als Teaching Assistents keine wirklichen Nebenjobs erlaubt.

Als besondere Veranstaltungen gibt es im Graduate Bereich Workshops in dem Mitstudierende ihre Doktorarbeiten vorstellen sowie Workshops zu Stipendien und zur Berufsfindung. Die Studierenden sind in der Regel älter, zwischen 25 und 30, oft schon verheiratet und teilweise mit Kindern. Das Studium selbst geht in kleinen Klassen vor sich, nie mehr als 20 Leute, manchmal Kurse mit nur vier TeilnehmerInnen oder gar eins zu eins Betreuung in »Independent Work« Kursen. Die Anforderungen sind nun forschungsorientiert, längere Hausarbeiten statt Examen werden verlangt.

### Uni Bubble

Die Uni-Blase ist jenes Phänomen, dass man bei uns den »Elfenbeinturm« nennt, eine Metapher für die Isolierung der Wissenschaft von der Gesellschaft. Bei aller Interdisziplinarität und akademischen Offenheit die ich in den USA erlebt habe, ist dieses Phänomen besonders an reichen Privatuniversitäten extrem ausgeprägt.

Eine Quelle ist das intensive Bedürfnis nach sozialer Kontrolle der Undergrads durch Seiten die Universitätsleitung. Der Zwang zum Leben im Wohnheim im ersten Jahr und die Pflicht zum Kauf des Mensaplans führt dazu, dass die Studierenden von Beginn ihrer Karriere mehr oder weniger unter sich bleiben: Leben, essen, lernen – alles findet direkt an der Uni statt und manch eineR erscheint in Jogginghosen zum Kurs als erweitertem Wohnzimmer. Durch dieses institutionelle Setting wird mehr oder weniger dazu erzogen, sich in der Uni einzuigeln.



◀ Pleiteprojekt III: Spacepark Bremen

Einen wichtigen Beitrag hierzu leistet auch der schlechte Zustand der öffentlichen Verkehrsnetze in den USA, die lokale Mobilität ohne Auto extrem erschweren (St Louis hat (nur!) eine U-Bahnlinie für zwei Millionen Einwohner). Hinzu kommt abschließend die weitverbreitete und extreme Angst vor VerbrecherInnen, die meines Erachtens die tatsächlichen Gefahren oft übertreibt. Abgeschreckt von Horrormeldungen aller Art in den Medien trauen sich einige Studierende nicht aus ihrer unmittelbaren Umgebung heraus. Die Washington University hat, um die Ängste der Studierenden zu beschwichtigen, um ihren Hilltop Campus herum einen eigenen Polizeibezirk und ein System von Notrufsäulen errichtet. Diese Polizei ist kein privater Sicherheitsdienst, sondern eine wirkliche Polizeikraft, ausgestattet mit staatlichem Gewaltmonopol, allerdings mit einem etwas kleineren Hoheitsgebiet als üblich und von der Universität teilfinanziert. Dieser Kauf von (vermeintlicher) Sicherheit löst natürlich in keiner Weise die sozialen Ursa-

chen von Kriminalität, sondern trägt nur mehr zur Fragmentierung der Gesellschaft in sichere und unsichere, privilegierte und benachteiligte Segmente bei.

Aufgrund der erwähnten Gebühren und der Selektionskriterien schafft es zudem nur ein bestimmtes Klientel in diese Form von Universität, üblicherweise Kinder aus den oberen Klassen oder Kinder von studierten Eltern, die Wert auf akademische Ausbildung legen und diese notfalls durch Kredit finanzieren. An preiswerteren öffentlichen Unis sieht das soziale Bild anders aus, aber da es unmöglich ist, Kurse an anderen Unis zu besuchen, gibt es zumindest in St Louis wenig bis gar keinen Kontakt zwischen den Studierenden öffentlicher und privater Unis. Und natürlich arbeiten die Studierenden hier in der Regel nicht neben dem Studium oder höchstens in Campus-Jobs die an Stipendien gebunden sind. Die verschiedenen Universitätstypen verstärken also Klassenbarrieren und Bildungsungleichheit. Die Eliteunis, die in Deutschland



so bewundert werden, sind also ganz eindeutig Institutionen einer begüterten upperclass, deren Mitglieder es sich zum Beispiel leisten können, fünf Millionen Dollar zu spenden, um ein Universitätsgebäude nach der Familie zu benennen. Natürlich ist es keineswegs unmöglich, an einer günstigen public University den Bachelor zu erwerben und danach gebührenfrei in Harvard zu promovieren – wahrscheinlich ist eine solche Karriere allerdings nicht.

Die soziale Isolierung des Ortes Universität, symbolisch verkörpert auch durch die neogotischen, feudal anmutenden Gebäude auf dem Hügel über der Stadt, schafft eine Trennung, die meiner Meinung nach nicht folgenlos für die Wissenschaft bleibt. Universitäten haben immer etwas Künstliches und Wissenschaft braucht auch Abstand von den Institutionen der Restgesellschaft, eine Freiheit von Staat und Kirche und den Verwertungsinteressen der Industrie ist Grundbedingung akademischer Freiheit.

Allerdings trägt die Isolierung die man am Beispiel einer US-Eliteuniversität beobachten kann, meiner Meinung nach dazu bei, dass hier in den Sozialwissenschaften geübte Gesellschaftskritik abgehoben und folgenlos bleibt, dass eine konservativ-technokratische Wirtschaftswissenschaft und Juristerei nie mit den Ergebnissen ihrer Theorien und Abstraktionen konfrontiert wird.

Der Eindruck aus einer Top US-Universität ist gemischt. Einerseits finden sich hier vorbildliche Lernbedingungen vor, die einen immer wieder Staunen machen – andererseits ist der kommerzielle und elitäre Charakter des Ortes immer wieder offensichtlich. Die Tatsache dass etwa die Washington University nur noch in rotem Granit bauen lässt, weil ihr Beton zu hässlich ist, während in der Innenstadt die öffentlichen Schulen so unterfinanziert sind, dass die Armee den Sportunterricht übernehmen muss, hinterlässt einen bitteren Beigeschmack beim Bildungsturm.

# »Die Strukturen an der FU sehen nicht gut aus!«

Ein Interview mit Frau Prof. Wehland-Rauschenbach

*Die Freie Universität bemüht sich händeringend, eine Elite-Universität zu werden. Fraglich ist, ob bei diesen Bemühungen nicht Wichtiges unter den Tisch fällt, etwa die Gleichberechtigung. Denn obwohl mittlerweile die Mehrzahl eines Abiturjahrgangs und mehr als die Hälfte der Studienanfänger weiblich sind, fehlen in der so genannten Elite die Frauen, auch hier an der FU. Ein Interview mit der Politikwissenschaftlerin Prof. Brigitte Wehland-Rauschenbach über den hiesigen Zustand der Gleichberechtigung. Sie ist Professorin für Politische Theorie und Geschlechterfragen am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.*

*Out-Of-Dahlem: Seit Jahren wird das Wort »Gleichberechtigung« hochgehalten und doch ändert sich kaum etwas. Was sind die Gründe für die männliche Dominanz in der »Elite«?*

Prof. Wehland-Rauschenbach: Ich würde mehrere Faktoren dafür verantwortlich machen. Das eine ist der subjektive Faktor. Gerade in Deutschland ist es besonders schwer, Karriereplanungen voranzutreiben, wenn gleichzeitig eine Familie geplant ist. Viele Frauen meiden dann den Stress. Das zweite ist die Tradition der Institutionen, also Rahmenbedingungen, die dazu führen, dass es die Frauen nicht so einfach haben. Das sind also auf der einen Seite fehlende Einrichtungen, wie Kindertagesstätten, etc., und auf der anderen Seite die festgefahrenen und stillstehenden Strukturen.

*OoD: Inwiefern wurden Sie als Frau bisher benachteiligt?*

W-R: Meine »Karriere« begann vergleichsweise spät. Ich habe promoviert und bekam dann zwei Kinder. Mir ist dann bei einer Bewerbung für

eine Hochschulassistentenstelle vom damaligen Senator gesagt worden, dass mein Lebenslauf zerstückelt sei, eben durch die Mutterschaft. Und deswegen sei die Stelle, für mich nicht geeignet, obwohl ich erstplaziert war. Ich habe also die Erfahrung gemacht, wie schwer es ist, unter den hiesigen Bedingungen Kinder und Karriere miteinander zu verknüpfen.

*OoD: Im Vergleich zu anderen Ländern ist Deutschland im Bereich der Frauenförderung ein Schlusslicht. Länder wie etwa Skandinavien sind viel fortgeschrittener. Was macht diesen Fortschritt aus?*

W-R: Das sind zum Teil historische Gründe. In Skandinavien hat früher ein egalitäres Denken eingesetzt. In Deutschland haben wir mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ein schlimmes Erbe, etwa den Mutterkult und die Verdrängung von Frauen aus dem Berufsleben. In Frankreich wirkt eine republikanische Kultur. Hier haben Frauen mehrere Kinder und sind dennoch berufstätig, da gibt es eine andere kulturelle Tradition. Der Staat reißt sehr früh die Erziehung an sich und schickt die Kinder in Ganztageschulen. Frauen haben dadurch die Chance, trotz einer Familie zu arbeiten, während bei uns Frauen aufgrund der fehlenden schulischen Strukturen die Möglichkeit nicht haben, selbst wenn sie es wollten.

*OoD: Sie veranstalten in diesem Semester ein Seminar zum Thema »Politische Philosophie und Geschlechterordnung«. Die antiken Denker waren ja, bis auf Platon, keinesfalls für die Gleichberechtigung der Frau.*

W-R: Ich gehe gern bis in die Antike zurück, denn Platon ist der erste große Philosoph, der



für die politische Philosophie relevant geworden ist. Und Platon hat im Gegensatz zu seiner Zeit und den späteren Philosophen die These aufgestellt, dass Frauen und Männer nur graduell verschieden sind. Und deswegen hat er es für ungerecht gehalten, dass Frauen sich nicht am Staatsleben beteiligen. Aristoteles und damit die nächste Generation hat die Gleichheit von Frau und Mann dann wieder zurückgewiesen.

Platon sagte jedoch auch, dass Frauen von sich aus gar nicht in die Öffentlichkeit wollen. Das hängt jedoch mit der Sozialisation und den Lebensumständen zusammen. Frauen trauen sich immer noch bestimmte Sachen selbst nicht zu und sie werden durch die Gesellschaft entmutigt. Man muss jedoch Vieles erst lernen, auch in die Öffentlichkeit zu gehen und das genau hat Platon erkannt. Wenn Frauen von der Öffentlichkeit

jahrhundertlang ferngehalten wurden, dann werden sie sich auch wehren, wenn sie plötzlich gegen ihre Gewohnheit zu etwas gedrängt werden.

*OoD: Karl Marx hat sich ebenfalls für die Emanzipation der Frau ausgesprochen, aber dennoch die im Verlauf der Geschichte der Frau zugeschriebene Arbeit, also die Hausarbeit und die Erziehung, nicht im ökonomischen Sinn betrachtet. Welche Konsequenzen hat dies bis in die heutige Zeit?*

W-R: Marx misst der traditionellen Frauenarbeit indirekt einen ganz großen Wert bei, aber eben nur indirekt. Er sagt, dass der Wert der Lohnarbeit sich nicht danach bemisst, was an Waren produziert wird, sondern daran, was für die Reproduktion der Arbeitskraft benötigt wird. Im Hintergrund dieser Reproduktion steht traditionell die »Frauenarbeit«. Aber obwohl die

Reproduktionsfrage für den Lohn der Ware Arbeitskraft so zentral ist, gibt Marx der Reproduktionsarbeit keinen eigenen Wert. Und deshalb gibt es einen blinden Fleck in der politischen Ökonomie. Bis heute wird diese Arbeit wertmäßig nicht berechnet. Es gibt einerseits immer wieder Überlegungen, dass der Hausarbeit finanziell ein Wert gegeben wird. Und es gibt die andere Erwartung, dass Hausarbeit (Kochen, Waschen, Konservieren etc) industriell verrichtet werden kann. Und das war ja auch die Vorstellung von Marx und Engels, dass die Arbeit, die privat geleistet wird, zu einer öffentlichen Arbeit wird, also professionalisiert wird.

*OoD: Wie wird die Gender-Forschung denn heute in der Politikwissenschaft akzeptiert?*

W-R: Wir haben hier in den Politikwissenschaften eine starke Frauenbeauftragte. Diese ist auch ständig präsent und weist darauf hin, wenn bestimmte Förderrichtlinien verletzt werden oder Unstimmigkeiten bestehen. Ich denke schon, dass die Gender-Forschung akzeptiert wird, aber nur auf der offiziellen Ebene. Inoffiziell ist es anders. Also wenn ich z. B. bei den Anhörungen eine Frage stelle, die sich auf Geschlechterverhältnisse bezieht, dann wird das eher indirekt belächelt. Niemand wird es offen ablehnen oder zurückweisen, aber innerlich denken die: »ach, auch so eine Feministin«. Es ist offiziell anerkannt, aber es durchdringt nicht die Institutionen und es durchdringt nicht die Köpfe. Und ich würde sagen, wenn Männer unter sich sind, spielt es leider gar keine Rolle.

*OoD: Denken Sie, dass sich Männer in ihren Positionen und ihrem Rollenbild bedroht fühlen?*

W-R: Auf der einen Seite haben die meisten Männer keine Ahnung von dem, was im Bereich der Frauenforschung oder der feministischen Forschung gemacht wird, insofern ist es ein Angriff auf das Selbstverständnis und das eigene Wissen. Zweitens ist es natürlich eine objektive Bedrohung. Wenn wir uns ansehen, dass es etwa 50 Prozent Studentinnen gibt, etwa 40

Prozent weibliche Promovierende und wir dann bei 10 Prozent weiblichen Professuren ankommen, müssen wir auch beachten, dass es dementsprechend 90 Prozent männliche Professuren gibt. Würde eine Parität existieren, dann hätten 40 Prozent der Professoren keine Professur bekommen. Daran kann gemessen werden, wie bedrohlich das ist.

*OoD: Wie schätzen sie die Entwicklungen an der Freien Universität im Hinblick der Gleichberechtigung ein?*

W-R: Die Entwicklung hin zur Elite-Universität läuft genau in die falsche Richtung. Durch die Eliteuniversitäten wird die Pyramide noch steiler erbaut. Ich habe hier am Institut nur eine halbe Professur, die darauf beruht, dass andere Hochschullehrer Teile ihrer Stelle zur Verfügung stellen. Peter Grottian hat das Modell der Teilzeitprofessur vor mehr als 20 Jahren geschaffen und dafür eine Hälfte seiner Stelle abgegeben. Ich finde dieses solidarische Modell gut und wegweisend für die Zukunft, es wird aber auslaufen. Das Ziel der Gleichstellung könnte eigentlich nur verbessert werden, wenn wir nicht im Sinn der Elite noch mehr alles zuspitzen und anspitzen, sondern die Chancen verbreitern würden. Es müsste Arbeitszeit umverteilt werden. Dadurch könnten mehr Frauen und Männer eingestellt werden, die dadurch eher in die Lage versetzt würden, Karriere und Familie zu verbinden.

In den Gender-Veranstaltungen sitzen ja auch immer einige Männer, wenn auch nicht ganz die Hälfte der Gruppen. Aber ich denke an die junge Generation und hoffe einfach, dass auf diesem Weg die jungen Frauen die jungen Männer zur Gleichberechtigung nötigen und die Männer auch umgekehrt ein gewisses Interesse und sogar Spaß an klassisch weiblichen Tätigkeiten finden und dass sich dann etwas an den Strukturen ändert. Denn momentan sehen die Strukturen an der FU gar nicht gut aus.

*Das Interview führte D. Krebs*



# rechte Bildungspolitik

## Die Veranstaltungen der Deutschen Burschenschaften.

von marian gold

Zur Zeit verteilen oder plakatieren Burschenschaften zunehmend Werbung für ihre Veranstaltungen in den Instituten der FU Berlin. Da nicht auf jedem Plakat oder Flyer zwangsläufig ein Hinweis auf den Veranstalter zu finden ist, lohnt sich ein Blick darauf zu werfen, wer mit vergleichsweise »unpolitischen« Referenten und mit »unpolitischen« Themen über Fragen etwas allgemeineren Interesses informiert. Dadurch senken nämlich die Kooperationen die Hemmschwelle an ihren Veranstaltungen teilzunehmen, gerade weil sie in der Öffentlichkeit ein vergleichsweise schlechtes Image besitzen.

Dass die hier erwähnte explizit politische Betätigung als Korporation lediglich Charakteristikum der Mitglieder des Dachverbandes der Deutschen Burschenschaft (DB) sei, ist ein Mythos, der auf der Vorstellung eines abgrenzbaren politischen Raumes beruht und gleichzeitig ignoriert, dass es Corps und andere Studentenverbindungen gibt, die ebenfalls offensiv politisch wirken. Der nach außen getragene Anspruch, eine in die Gesellschaft einwirkende Korporation zu sein, hebt sie aber tatsächlich von einem großen Teil der anderen Dachverbände ab, die sich auf ein »unpolitisches« Selbstverständnis berufen. Dabei ist die DB der Dachverband, welcher die engsten inhaltlichen und personellen Überschneidungen zu Neuer Rechter und Radikaler

*»Im Gegensatz zu anderen Korporationen und akademischen Dachverbänden in Deutschland, vertritt die Deutsche Burschenschaft einen politischen Anspruch und Auftrag. So war die Deutsche Burschenschaft eine der wenigen Organisationen, welche ohne Unterlass an der Deutschen Einheit festgehalten hat und für sie eingetreten ist. Auch heute richteten wir unser Augenmerk auf politische und gesellschaftliche Anliegen, welchen wir uns im Rahmen unserer Grundsätze verpflichtet fühlen.«*

(Homepage der Berliner Burschenschaft Gothia)

Rechter besitzt. Völkischer Nationalismus, Militarismus, radikaler Männlichkeitskult und Revisionismus sind hier hegemonial, auch wenn von Einzelpersonen gelegentlich Protest gegen diese Ausrichtung geäußert wird. Ein wichtiges Element der Betätigung stellen Vorträge dar, welche von Burschenschaften oder ihnen angeschlossenen Verbänden, wie der Vereinigung Alter Burschenschaftler Berlin (VAB), organisiert werden und oft auch interessierten Nicht-Korporierten offen stehen. Die Themen rekrutieren sich vor allem aus einem politischen oder historischen Spektrum, wobei die Fragestellungen meist schon den konservativen Charakter der Vorträge widerspiegeln. Themen, die nicht sonderlich viel mit Politik zu tun haben scheinen, sind oft eher intern. Ziel der Vorträge ist nicht nur Bildung und Schulung der eigenen Burschenschaftler, sondern auch die politische Agitation in interessierte Kreise hinein, die Etablierung der Burschenschaften als Teilhaber oder sogar Impulsgeber in gesellschaftlichen Diskursen und letztendlich der langfristige Versuch, eine elitäre Hegemonie rechtskonservativer und neurechter Kreise in Politik und Wissenschaft zu schaffen. Neben Mitgliedern der jeweiligen Burschenschaften werden vor allem Professoren und Politikexperten als Referenten<sup>1</sup> gewonnen. Akademischer Status und Nähe zu politischen Vorgängen vermitteln Wissenschaftlichkeit und Seriosität, zentral um in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen Autorität einfordern zu können. Die geladenen Referenten stammen dabei häufig aus einem rechtskonservativen Spektrum, müssen das aber keineswegs zwangsläufig.

Ein Beispiel hierfür ist der Vortrag von Prof. Dieter Großklaus zu Defiziten des gesundheitlichen Verbraucherschutzes am 17. Mai 2006 bei der Burschenschaft Obotritia<sup>2</sup> in Nikolassee. Großklaus, wie ein beträchtlicher Teil der Referenten bei Burschenschaften schon deutlich vorgeschrittenen Alters, ist nicht nur Zunftmeister einer Berlin-Brandenburger Feinschmecker Bruderschaft und Vorsitzender der Jury »Berliner Meisterköche«, sondern war Präsident des

1994 aufgelösten Bundesgesundheitsministeriums und ist ein international renommierter Lebensmittelhygieniker, also eine Person die bei einem Vortrag zu diesem Thema eine gewisse Seriosität zu symbolisieren vermag. Gleiches gilt für Prof. Hans-Peter Schwintowski, seit 1993 an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der HU Berlin, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates beim Bund der Versicherten und anerkannter Experte unter anderem in Versicherungs- und Bankenrecht. Er soll am 29. Juni 2006 ein Vortrag über den Berliner Bankenskandal bei der Burschenschaft Arminia halten. Seine Mitarbeit im Wissenschaftlichen Arbeitskreis zur Bankgesellschaft Berlin, der sich an der Krisenbewältigung versuchte, weist ihn, zumindest auf den ersten Blick, als Experten für das Vortragsthema aus. Mit rechten oder rechtskonservativen Kreisen scheinen weder die Referenten noch ihre Themen in engem Zusammenhang zu stehen. Zu kritisieren ist aber, dass sie durch ihre Tätigkeit Burschenschaften gesellschaftliche Akzeptanz verschaffen und sie als Gesprächspartner etablieren.

Zumindest die gleiche Blindheit dürfte auch dem emeritierten Berliner Professor Detlev Cramer vorzuwerfen sein, der mit einer Lesung über seine Kriegsgefangenschaft in sowjetischen Lagern zu Gast bei verschiedenen Institutionen ist. Neben dem Deutschen Historischen Museum und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand stattete er am 28. April 2006 der Berliner Gothia einen Besuch ab. Die Gothia ist für Berliner Verhältnisse vergleichsweise aktiv und hat eine offene Flanke zum Rechtsradikalismus. Sie warb jahrelang in der neurechten Jungen Freiheit und zeitweise auch in der NPD Zeitung Deutsche Stimme, Referent war bei ihr unter anderem Horst Mahler. Cramer betont in dem Buch über seine Zeit in der Kriegsgefangenschaft<sup>3</sup> auch die Hilfe, die ihm von sowjetischen Einzelpersonen zuteil wurde, ein Fokus den die extrem revisionistische Gothia so sicher nicht setzen würde. Die Etablierung dieses Themas ohne ausreichende historische Kontextualisierung

und vor allem der Frage, wie deutsche Soldaten überhaupt dazu kamen, in der Sowjetunion in Kriegsgefangenschaft geraten zu können, kann aber schon einen Erfolg für sie darstellen. Zu den Verbrechen des NS gab es, zumindest in den letzten Jahren, keine einzige Veranstaltung Berliner Burschenschaften, zu deutschen »Opfern« hingegen zahlreiche. So wird ein Geschichtsbild verschoben. Für die Propagierung ihres Geschichtsrevisionismus ist die Gothia nicht immer nur auf explizit rechte Referenten angewiesen.

Der größte Teil Redner auf burschenschaftlichen Veranstaltungen ist aber einer Grauzone zwischen Rechtskonservatismus und Neuer Rechter zuzuordnen. Beispiele sind hier Klaus Motschmann<sup>4</sup>, unter anderem Redakteur der rechten Zeitschrift Criticon, Autor der rechtsradikalen Zeitung Nation und Europa, bis 1987 Mitglied der Berliner CDU und Mitglied im »Förderkreis Gerhard Kaindl«, einer Unterorganisation der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH), Rainer Glagow und Wolfgang Seiffert. Rainer Glagow ist der ehemalige Leiter des Orient-Instituts in Hamburg und seit 1994 Berliner Leiter der rechtslastigen, CSU-nahen Hans-Seidel-Stiftung. Er war Autor in der Jungen Freiheit, veröffentlichte aber auch im Berliner Tagesspiegel. In seinen Beiträgen zum Islam arbeitet er mit rassistischen Kulturraum-Theorien, in diesem Kontext können auch Äußerungen von ihm gesehen werden, dass die Einwanderung eine Schicksalsfrage für die gefährdete Deutsche Nation sei. Zum 60. Jahrestag der Kapitulation Deutschlands im Zweiten Weltkrieg war er Erstunterzeichner eines revisionistischen Aufrufs, der ein gleichrangiges Gedenken auch an die deutschen »Opfer« forderte und sie mit den Opfern des NS gleichsetzte. Im Mai 2006 sprach er vor der Thuringia Berlin über »Deutsche Identität und islamische Herausforderung«, vorher war er bereits Referent bei der Gothia.

Prof. Wolfgang Seiffert war Direktor des Instituts für Osteuropäisches Recht an der Uni Kiel und Generalsekretär des Zentrums für Deutsches Recht am Institut für Staat und Recht der Russischen Akademie der Wissenschaften. Er

tritt regelmäßig vor Burschenschaften auf, unterstützt die Junge Freiheit in Kampagnen und als Interviewpartner, gibt auch der Deutschen Nationalzeitung des DVU-Chefs Gerhard Frey Interviews und ist Referent bei der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG) in Hamburg, einer Art Think-Tank Rechtskonservativer und Neurechter. Bei Wikipedia wird er als Teil einer deutschnationalen Professorenriege genannt. Er hielt am 12. Mai 2006 einen Vortrag zu den deutsch-russischen Beziehungen im Kontext der neuen Weltordnung vor der Gothia Berlin.

Die Liste an Referenten aus dem rechten Spektrum bei Berliner Burschenschaften könnte noch über einige Seiten weitergeführt werden. Schon diese kurze Abhandlung über aktuelle Referenten mag sich ermüdend lesen, letztendlich ist eine solche Übersicht aber nötig, um zu verdeutlichen, innerhalb welchen politischen Rahmen Veranstaltungen bei Berliner Burschenschaften stattfinden und dass auch relativ harmlos klingende Vorträge durchaus Teil einer rechten Bildungsarbeit sein können. Sie ist nicht der vom deutschnationalen und revisionistischen Ausrichtung der DB zu trennen. Es wäre schön, wenn Burschenschaften keine Chance haben, sich an der FU Berlin wieder zu etablieren und sie ihre dementsprechenden Versuche möglichst schnell wieder frustriert lassen würden. Also haltet die Augen offen!

Das Kommunikationsreferat des AstA hilft euch dabei gerne.

#### ■ Endnoten

- 1 *Es werden bei der DB fast ausschließlich Männer als Referierende geladen.*
- 2 *Die Burschenschaft Obotritia ist als einzige Berliner Burschenschaft Mitglied in der Neuen Deutschen Burschenschaft (NDB), in der sich einige Bünde versammeln, die sich in den 90er Jahren in von der zu rechten DB abgespalten hatten. In der Verbandszeitung der NDB finden sich dennoch massiv nationalistische Töne.*
- 3 *Das Buch wurde relativ breit und positiv rezensiert und verkauft sich gut.*
- 4 *Er hielt am 20.01.2006 einen Vortrag vor der Gothia.*



# Elite, Wettbewerb und das Rütli-Syndrom

Was läuft falsch an deutschen (Hoch-) Schulen?

## Deutschland im Wettbewerbsfieber

Wettbewerbe haben in der deutschen Universitätslandschaft eine gewisse Tradition. So startete schon die letzte Kohl-Regierung in Kooperation mit den Regierungen der Bundesländer einen sogenannten »Bio-Regio-Wettbewerb«, in dem die drei besten regional vernetzten biotechnologischen Forschungszusammenhänge definiert werden sollten und dann eine großzügige finanzielle Ausstattung erhielten. Ebenso suchte die zweite rot-grüne Regierung nach den zehn »Eliteuniversitäten« Deutschlands, um zu bestimmen, welche Universitäten für ihre »Exzellenzcluster« und »Graduiertenschulen« großzügig belohnt werden sollten. Mit dem Exzellenzwettbewerb haben es Bund und Länder erneut geschafft, in einem großen Teil der Medien Bildung mit der Elite-Thematik zu verknüpfen. Dies ist Anlass genug, einmal zu fragen, ob und wie sich der neue Trend zum Elitedenken auch in die Schulen fortsetzt.

Ein letzter Blick auf den derzeitigen Exzellenzwettbewerb verdeutlicht, wie sich Elite definiert: In Zeiten, in denen alle Hochschulen kontinuierlich in hohem Maße verlässliche Einnahmen verlieren, wird zehn deutschen Universitäten Geld versprochen, für ambitionierte Konzepte in Forschung und Lehre. Gut ausgestattete universitäre Bildung wird also in Zukunft noch weniger Studierenden zugänglich sein, während die große Mehrheit der Studierenden sich unter schlechten Bedingungen an unterfinanzierten Hochschulen drängelt.

## Elitenbildung an den Schulen...

Weil der Begriff »Elite« in der aktuellen schulpolitischen Diskussion selten explizit genannt wird, muss Elitedenken hier anhand struktureller Merkmale aufgedeckt werden. Diese Merkmale sind: Gute Bildung für wenige Ausgesuchte und Verschärfung der Situation für die übergroße Mehrheit.

Nehmen wir einmal das Beispiel der Rütli-Schule. Glauben wir der Berichterstattung, so waren die Bedingungen, unter denen Rütli-SchülerInnen lernten, denkbar schlecht - nicht einmal das Recht auf körperliche Unversehrtheit schien mehr verlässlich. Gleichzeitig gibt es einige wenige Gymnasien, bei denen SchülerInnen sich um eine zu kleine Zahl von Plätzen bewerben müssen, etwa das katholische Mädchengymnasium in Landau, das evangelische Gymnasium in Neuruppin oder die Europaschule in der Charlottenburger Schillerstraße. Offenbar muss es im deutschen Schulsystem in jedem Bundesland ein paar »alt-ehrwürdige« Gymnasien geben, von denen aus das ehrgeizige Bürgertum auf den Rest der Gesellschaft herabschauen kann. Diese »Notwendigkeit« scheint so tief im kollektiven Bewusstsein eingegraben, dass der Begriff »Elite« zurzeit nicht laut geäußert werden muss. Trotz der Bildungsreformen der 70er Jahre scheinen elitäre Konzepte und ständisches Denken in Deutschland allerdings niemals wirklich in Gefahr gewesen zu sein. Nicht einmal, als die Alliierten nach dem zweiten Weltkrieg dazu ansetzten, das viergliedrige Schulsystem

aus Gymnasien, Real-, Haupt-, und Sonderschulen durch eine Einheitsschule zu ersetzen. In der Elitenförmigkeit des deutschen Schulsystems sahen sie eine Entstehungsbedingung des Nationalsozialismus.

Die Rütli-Schule aber ist und bleibt formal eine Hauptschule, eine Schulart, die oft die letzte Station von Ausgrenzungen ist, denen die Jugendlichen ausgesetzt waren. Im Gegensatz zu den Institutionen, die beim universitären Exzellenzwettbewerb in Konkurrenz stehen, prämiiert ja das Schulsystem nicht die »besten« SchülerInnen, um ihnen bessere Möglichkeiten zu verschaffen, sondern es grenzt jedes Jahr die zwei bis drei »schwächsten« aus, als würde es einem Naturgesetz folgen. Allerdings heißt dieses »Naturgesetz«, das zur Begründung von derartigen Ausgrenzungen angeführt wird »Begabung«, und über die »Begabung« regiert wieder einmal der Schöpfergott in die Schule hinein: Er ist es offenbar, der jeden Menschen mit »Gaben« ausstattet, und die sollte man anerkennen, wenn man nicht gegen seine Natur leben möchte. Die offizielle Lehre von der Bewertung schulischer Leistungen definiert, dass die Begabung in ei-

nem Schülerkollektiv prinzipiell »normalverteilt« ist, das heißt: das Gros erreicht mehr oder weniger die Lernziele eines Faches, eine kleine Minderheit bringt die entsprechende »Gabe« einfach nicht mit, weshalb sich die LehrerInnen um sie auch nicht besonders bemühen müssen, und ein anderer kleiner Teil des Kollektivs besitzt diese Gabe im Übermaß. Aus Effizienzgründen müsse, so verstehen wir die Begabungsideologie, dann leider auf die Minderbegabten verzichtet werden, die ansonsten die Mehrheit in ihrem Lernprozess nur aufhalten würde. Die Argumentation werden elitebewusste Eltern und Politiker jetzt zur Verbesserung der Chancen ihrer »hochbegabten« Sprösslinge an: Auch die normal Begabten, so wird gesagt, halten die Hochbegabten auf. Was im Übrigen nicht überzeugend ist. Schließlich ist es eine Frage der sozialen Kompetenz in einer Gruppe von Schülerinnen und Schülern, ob sie Wissens- und Kompetenz-Unterschiede so nutzen, dass sie gemeinsam mehr können, als jedeR einzelne von ihnen.

Aber gut: In Bayern gibt es ein Maximilianum, das extra für die armen Hochbegabten eingerichtet ist, die ansonsten von ihren neidischen MitschülerInnen karnalisiert würden und ihre wahren Möglichkeiten niemals realisieren könnten. Und genau an dieser Stelle entfaltet sich auf wunderbare Weise der Zusammenhang zwischen Elitedenken und Neiddebatte: Es ist klar, dass die »Hochbegabten« auf »natürliche« Weise die zukünftigen Angehörigen der Leistungselite sind. Die weniger begabten merken das und sind neidisch darauf, dass ihre hochbegabten MitschülerInnen, die »Streber«, bald zu den Reichen und Schönen gehören werden, während sie sich ihr ganzes Leben für eine kleine Eigentumswohnung schufden sehen. Reiner »Sozialneid«. So weit also die symbolische Ebene des Elitedenkens. Sie soll uns sagen, dass unterschiedliche gesellschaftliche Status gottgegeben sind, und dass jedeR, der oder die das kritisiert, in Wahrheit niedrige Beweggründe dafür hat.

## ...abhängig vom sozialen Status

Ein Problem dieser Argumentation ist allerdings, dass sich in Deutschland künftiger sozialer Status in hohem Maße von der Herkunft und



weniger von Intelligenz oder »Begabung« herleitet. Das hat die letzte PISA-Studie so herausgefunden und glücklicherweise benannt. Wir zitieren nicht gerne die PISA-Studien, weil mit jedem Ergebnis, das sie präsentieren, auch gleichzeitig der Appell mitgeliefert wird, die Schulen marktförmiger zu organisieren. Trotzdem kommt es mitunter zu sehr interessanten Ergebnissen, die für sich selbst sprechen. Auch die Auswertung der PISA-Punktzahlen von Mitte Mai hatte solche Aspekte. Zum Beispiel die Tatsache, dass in Deutschland MigrantInnenkinder international am schlechtesten abschnitten (obwohl beispielsweise die Sonderschulen in den deutschen Ergebnissen gar nicht berücksichtigt wurden, wohin überproportional viele Kinder mit Migrationshintergrund abgeschoben werden). In Deutschland geborene Kinder mit Migrationshintergrund hatten sogar im Schnitt deutlich weniger Punkte, als im Ausland Geborene, die nur einen Teil ihrer Bildungslaufbahn in Deutschland verbrachten. Aus diesem Grund übertitelte die *taz* den Befund mit »Deutschland macht dumm«. Offenbar ist das deutsche Schulsystem dermaßen elitär, dass es Kinder aus den sozialen Unterschichten sogar noch weiter von ihren Zukunftsperspektiven fernhält, als dies bereits bei ihren Eltern der Fall war.

Ob sich aber mit Hilfe von PISA eine Aussage über die soziale Durchlässigkeit unserer Gesellschaft machen lässt, darf bezweifelt werden. PISA ist stark auf den Erwerb von Kompetenzen fixiert. Es steht aber in Zweifel, ob mit in schriftlichen Tests abfragbaren Kompetenzen überhaupt das ist, was es uns ermöglicht, unabhängig von unserer sozialen Herkunft jede mögliche gesellschaftliche Position einzunehmen. Der Soziologe Pierre Bourdieu vertritt die Auffassung, dass ausschlaggebend für die Akzeptanz in einer sozialen Schicht oder Gruppe der »Habitus« ist. Habitus sind all die Aspekte des Auftretens, die erkennen lassen, welcher sozialen Gruppe angehört wird: Also zum Beispiel Höflichkeitsformen, Kommunikationsstile oder die Frage, ob bei einem repräsentativen Essen die sieben verschiedenen Messer und fünf verschiedenen Gabeln ihrer kodierten Funktion entsprechend ver-

wendet werden. Beim Habitus handelt es sich also um Formen des Auftretens, an denen sich Menschen als Mitglieder gleicher oder unterschiedlicher Milieus erkennen. Denken wir an Bewerbungsgespräche oder mündliche Prüfungen, leuchtet es auch unmittelbar ein, dass Habitus einen erheblichen Einfluss auf Lebenschancen haben kann.

Für Bourdieu ist er sogar die entscheidende Hürde, die dazu führt, dass wir nur schwer über den sozialen Status unserer Eltern hinaus kommen. Da der Habitus bereits in der frühkindlichen Entwicklung entsteht, ist für Bourdieu die Schule auch der Ort, an dem die soziale Schichtung lediglich reproduziert wird. Das heißt: Selbst wenn sie wollten, könnten Schulen nur schwer dazu beitragen, ererbte soziale Positionen neu zu verteilen.

#### Frühe Förderung nötig

Wenn also wirklich etwas getan werden soll gegen die Reproduktion sozialer Schichtung, dann müsste das in frühem Lebensalter geschehen, und zwar durch Förderung von allen. Das ist das auch ein Grund, warum skandinavische Schulen egalitärer sind: In Dänemark und Schweden beispielsweise ist allgemein anerkannt, dass die jüngsten Kinder die besten PädagogInnen brauchen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

Außerdem scheint dort noch eine Einsicht den Schulerfolg vieler Kinder zu befördern: Dass Lernen eine aktive individuelle Angelegenheit ist, und dass man nicht immer alle Kinder über den gleichen Kamm scheren muss. In unsere Verhältnisse übersetzt heißt das:

Alle Kinder, so unterschiedlich sie sind, brauchen die Möglichkeit, nach unterschiedlichen Methoden und Rhythmen zu lernen. Sie sollen möglichst selten miteinander verglichen werden, aber möglichst oft ein Feedback über ihre Fähigkeiten und ihre Entwicklung erhalten. Kooperation und Selbstkompetenz sind die Schlagwörter für menschengerechtes Lernen, nicht Konkurrenz und Selektion. Nur dumm, dass dabei auch die Illusion von einer natürlichen Elite platzt.

*Dieser Text entstand auf der Grundlage einer Diskussion der Gruppe Kritische LehrerInnen*



#### ■ Freiräume für Exzellenz

Was braucht eine Universität, um sich für Exzellenz zu qualifizieren? Diese Frage hat sich das FU-Präsidium wegen der anstehenden Begehung des Instituts für Soziologie (IfS) und des Osteuropa-Instituts (OEI) durch die Auswahlkommission des sogenannten Exzellenzwettbewerbs wohl auch gestellt. Denn in diesen Räumen soll ja mal der Cluster »Global Governance« vor sich herumexzellieren. Aber durch was lässt sich diese Kommission nun überzeugen? Vielleicht leere Räume? Räume, so bar jeglichen Inhaltes, dass sie geradezu danach schreien, mit neuen Büromöbeln und Wissenschaftlern vollgestopft zu werden, dass besagte Kommission gar nicht anders kann, als voller Mitleid Millionen Euro nach Dahlem fließen zu lassen.

Aber woher nehmen, wenn nicht stehlen? Aber wieso eigentlich nicht? Es gibt da doch die Bibliothek dieses Fachbereiches, der ja eh abgewickelt wird: Soziologie. Die könnte doch einfach in den Keller umziehen. Am besten gleich noch den Zeitschriftenlesesaal der Politikwissenschaften dazu, welcher Studierende liest heutzutage schon Zeitschriften, googeln doch eh alle nur noch. Natürlich etwas ungünstig, dies während des Sommersemesters zu machen, sollte doch jemand ein Buch ausleihen wollen, anstatt sich auf der Wiese zu sonnen. Aber egal, Exzellenz fordert eben ihre Opfer.

Und tatsächlich, der Schildbürgerstreich wurde in die Tat umgesetzt: Anfang des Semesters sahen sich potentielle Benutzerinnen und Benutzer der soziologischen Bibliothek und des politikwissenschaftlichen Zeitschriftenlesesaals vor verschlossenen Türen, denn diese zog in den Keller, um besagte leere Räume zu schaffen.

Der Termin der Institutsbegehung stand leider zu Redaktionsschluss noch nicht fest. Studierende, die FU-Fahnen schwenkend den Vertreterinnen und Vertretern der Auswahlkommission gegenüber die bedingungslose Unterwerfung, äh: Unterstützung für die Exzellenzbestrebungen ihrer geliebten Alma Mater ausdrücken wollen, haben schlechte Karten. Wenigstens lässt sich so verhindern, dass etwaige Proteste frustrierter Bücher- und Zeitschriftenliebhaberinnen und -liebhaber die Begehung stören könnten.

#### VERANSTALTUNGSHINWEIS

##### Demokratische Öffentlichkeit: Geistige Standortpflege für schwere Zeiten

- Datum: 20. Juni 2006
- Zeit: 18.00 Uhr
- Ort: Hörsaal 1A (Silberlaube)

Eine Veranstaltung des Sozialreferats mit Prof. Dr. Margaret Wirth (Bremen)  
Weitere Informationen auf: [www.sozialreferat.com](http://www.sozialreferat.com)



# Die *Unterdrückung* der Kritik

von kristina tiek

Zur Geschichte des »(allgemein)politischen Mandats«

»Nicht jeder Tod eines Studenten ist hochschulbezogen«

(Zitat aus dem Urteil des Verwaltungsgericht Sigmaringen 1967 zum Tod von Benno Ohnesorg)

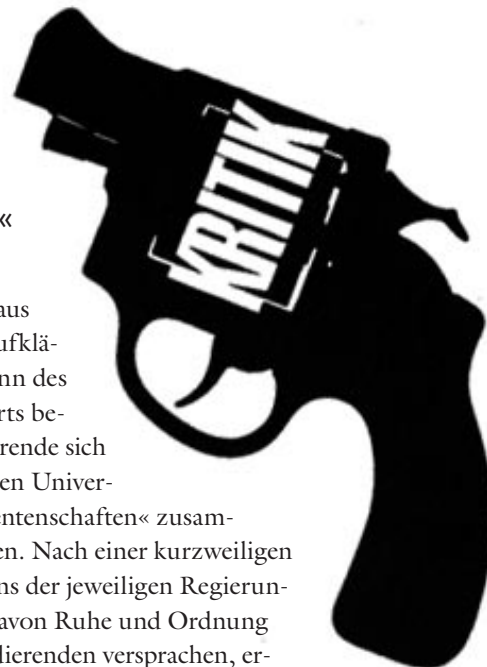
Der Streit um das so genannte politische Mandat des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) als gewählte Vertretung der Verfassten Studierendenschaft (VS) ist alt. Seit Anfang der 90er Jahre werden politisch aktive und gesellschaftskritische ASten von konservativen KommilitonInnen wegen Überschreitung des so genannten hochschulpolitischen Mandats verklagt und bei Verstoß von den Verwaltungsgerichten zur Zahlung von Ordnungsgeldern verurteilt. Im November 1997 erreichte die Klagewelle den AStA FU und somit Berlin. Zehn rechtskonservative Studenten und Studentinnen des RCDS, des DEFOs und der Jungen Union Zehlendorf zogen gegen den AStA FU vor Gericht während in Berlin und bundesweit die studentischen Proteste gegen die katastrophale Bildungspolitik über Wochen die Zeitungen füllten. Das Berliner Verwaltungsgericht folgte im Januar 1998 in weiten Teilen der Argumentation der KlägerInnen und verhängte im Juli 1998 ein Ordnungsgeld in Höhe von 5.000 Deutsche Mark gegen den AStA FU.

## Historie des politischen Mandats

Die Forderung nach einem Zusammenschluss von Studierenden zu einer gesellschaftlichen

Kraft stammt aus der Zeit der Aufklärung. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts begannen Studierende sich an der jeweiligen Universität zu »Studentenschaften« zusammenzuschließen. Nach einer kurzweiligen Duldung seitens der jeweiligen Regierungen, die sich davon Ruhe und Ordnung unter den Studierenden versprochen, erfolgte wiederum die Aufhebung der staatlichen Anerkennung.

In der Weimarer Republik wurde die Studierendenschaft als parlamentarische Institution mit Zwangsmitgliedschaft und Finanzhoheit eingerichtet, um eine studentische Beteiligung an der akademischen Selbstverwaltung zu ermöglichen. Mit einem Gesetz vom 22. April 1933 wurden die ASten aufgelöst und durch »Führer der Studentenschaft« ersetzt. 1934 begann die Selbstauflösung der studentischen Verbindungen, und schon im November 1934 wurde dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund vom Reichserziehungsministerium die »Führung und Richtungsgebung der gesamten studentischen Arbeit« zugewiesen<sup>1</sup>. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden in Westdeutschland Studierendenschaften im Rahmen des Reeducation-Programms als Selbstverwaltungsorgane installiert. Aufgabe der Studierendenschaft war die Vertretung der Gesamtheit der Studierenden. Gleichwohl ging es dabei auch um bis dahin wohl einmalige Rechte der Studierenden, die sich bei-



spielsweise im Gründungskontext der Freien Universität Berlin dagegen wehrten, sich als Objekte und nicht als Subjekte der Studienordnung bezeichnet zu sehen<sup>2</sup>. Bis in die 60er Jahre war es ganz selbstverständlich, dass sich die von rechten und konservativen Kräften dominierten ASten politisch äußerten. So erhob der AStA der FU Berlin die Forderung nach der Wiedervereinigung, konnte 1950 eine Befragung der Studierenden zur Unterstützung der Wiederaufrüstung der BRD unangefochten durchführen, protestierte gegen die »Niederschlagung des Arbeiteraufstandes« 1953, gegen die »Niederschlagung des Ungarnaufstandes« 1956, führte antikommunistische Demonstrationen durch und kommentierte und kritisierte die Tagespolitik der DDR. Solange die politischen Resolutionen mit der herrschenden Meinung der Mehrheit der Gesellschaft übereinstimmten, wurde das politische Mandat der Studierendenschaft niemals öffentlich angezweifelt. Im Gegenteil konnte sich diese meistens auf Unterstützung aus den Reihen der Professoren und der akademischen Verwaltung stützen. Alles in allem ging es um die aktive Förderung des *politischen* Mandats der Studierenden – das die Studierenden wahrnehmen *sollten*, solange sie es im Banne des kaltkriegerischen Antisozialismus wahrnahmen.

Zum offenen Konflikt kam es erstmals im November 1958, als der Rektor zum Festakt des zehnjährigen Bestehens der Freien Universität die geplante Rede des AStA-Vorsitzenden ihres politischen Inhalts wegen verbieten wollte. 1967 erhoben Mitglieder des studentischen Konvents (heute Studierendenparlament) der FU erstmals Klage gegen »allgemeinpolitische« Äußerungen anlässlich einer Resolution, in dem die Studierendenschaft ihre Solidarität mit dem Vietcong erklärte und die US-Regierung kritisierte.

Doch zu dieser Zeit entdeckten die Studierenden auch das *andere* Amerika: die Berkeley Free Speech Movement, die den Beginn der amerikanischen Studentenbewegung markierte. Von da an war das politische Mandat der Studierenden verdächtig, die Forderung der Wissenschaftsfreiheit wurde politisch brisant und die

FU geriet in den Strudel der Krise des Bildungssystems und der Geschichte der Studierendenbewegung. 1975 kommt es als Folge der Studierendunruhen in Bayern und 1977 auch in Baden-Württemberg zur Auflösung der Verfassten Studierendenschaft mittels der Bezeichnung als kriminelle Vereinigung gemäß § 129 Strafgesetzbuch, um den »kriminellen Sumpf an den Hochschulen lahm zulegen«, so der damalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg Filbinger. In der »Terrorismuswelle« des Herbst 1977 und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Hysterie wird den ASten vorgeworfen, als »logistische Basis« des Terrors zu fungieren und eine Gefahr für die innere Sicherheit darzustellen. Erst als die Organe der Verfassten Studierendenschaft im Zuge der Studierendenbewegung eine gesellschaftskritische Richtung einschlugen, wurde deren Politik nicht nur zum Politikum, sondern gleich zu einem Fall der politischen Justiz, indem ihr Recht auf freie Meinungsäußerung durch das in den 60er Jahren von Rechtslehre und Rechtsprechung konstruierte »allgemeinpolitische« Mandat, das der Verfassten Studierendenschaft im Gegensatz zu einem hochschulpolitischen Mandat nicht zustehe, eingeschränkt wurde.

## Die Klagen gegen den AStA der FU Berlin

Im Januar 1998 verhängte das Berliner Verwaltungsgericht in einer einstweiligen Anordnung gegen den AStA ein Verbot, in dem ihm »untersagt wird, allgemeinpolitische, nichthochschulbezogene Äußerungen abzugeben. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird ein Ordnungsgeld [...] bis zu 500.000 Deutsche Mark angedroht«. Anlass des Antrags waren mehrere Artikel aus der AStA-Zeitung Neues Dahlem, sowie dem Erstsemesterinfo der Wintersemester 1997/1998. Im Juli 1998 wird das erste Ordnungsgeld in Höhe von 5.000 Deutsche Mark aufgrund eines Ankündigungsflugblatts zu einer Veranstaltung mit dem Titel »Asyl und Abschiebung – rassistische Politik in dieser Gesellschaft« verhängt. Im März 1999 folgte der zweite Ordnungsgeldbeschluss des Verwaltungsgerichts in

Höhe von 10.000 Deutsche Mark, vor allem wegen der Veranstaltungsreihe »Kein Thema für die Hochschule? Doch.«, in welcher sich der AStA inhaltlich mit dem politischen Mandat auseinandersetzen und aufzeigen wollte, dass einige »zensierte« Themen sehr wohl einen Hochschulbezug aufweisen.

2003 änderte die rot-rote Koalition in Berlin auf Initiative der Grünen das Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) mit dem Ziel, eine weitgehende politische Tätigkeit der ASten zu ermöglichen. In § 18 Abs. 2 BerlHG heißt es nun: »Die Studierendenschaft hat die Belange der Studenten und Studentinnen in Hochschule und Gesellschaft wahrzunehmen [...]. In diesem Sinne nimmt sie im Namen ihrer Mitglieder ein politisches Mandat wahr.« Die RichterInnen am Verwaltungsgericht und Obergericht sehen dies jedoch anders: »Die Ausübung eines allgemeinpolitischen Mandats durch die Studentenschaft [überschreitet] die ihr in § 18 Abs. 2 BerlHG eingeräumte Kompetenz und verletzt die zwangsmitt-

Ordnungsgeldes damit, dass der AStA sich von den bisherigen Ordnungsgeldern »nicht hat beeindrucken lassen«. So rügte das Gericht eine Resolution des Studierendenparlaments auf das der AStA keinerlei Einfluss nehmen konnte, die Mitgliedschaft im freien Zusammenschluss von Studierendenschaften (fzs), einen Link in der Rubrik »Presseschau« auf der AStA-Webseite, sowie ein Terminhinweis ebenfalls auf der AStA-Webseite zu einer Veranstaltung unter dem Motto »Wir nehmen den Maulkorb ab« zur Erweiterung des Berliner Hochschulgesetzes um ein »allgemeinpolitisches Mandat« für die Studierendenschaft. Dabei hat das Verwaltungsgericht bei seiner Urteilsbegründung in keinsten Weise berücksichtigt, dass der AStA der FU seit den Klagen zum politischen Mandat seine Praxis bezüglich der Unterstützung so genannter allgemeinpolitischer Demonstrationen eingestellt hat und auch in den Publikationen des AStA keine nicht hochschulbezogenen Themen mehr behandelt werden.

#### Neuere Entscheidungen – Der Beschluss des VG Trier

Anders als an  
Berliner

gliedschaftlich  
korporierten Studie-  
renden in ihrem Grundrecht  
aus Art. 2 Abs. 1 Grund-  
gesetz«. Daran än-  
dere auch eine  
Erwei-  
rung

te-  
des § 18  
Abs. 2 BerlHG  
nichts. Am 2. Novem-  
ber 2004 verhängte das Ver-  
waltungsgericht Berlin das bis-  
her höchste Ordnungsgeld gegen den  
AStA FU in Höhe von 15.000 Euro. Das  
Gericht begründete die empfindliche Höhe des

Gerich-  
ten urteilte das Ver-  
waltungsgericht Trier am 04.

November 2004: Der grundsätzlich  
erforderlichen Hochschul- und Studienbezug  
»geht nicht dadurch verloren, dass die Studieren-  
denschaft bei der Verfolgung der ihr übertrage-  
nen studentischen Belange auch den weiteren ge-  
sellschaftlichen Zusammenhang mit in den Blick  
nimmt. Vielmehr ist bei der Behandlung hoch-  
schulpolitischer Themen ein »Brückenschlag«  
zu allgemeinpolitischen Fragestellungen erlaubt  
[...]«. Der Kläger, ein Mitglied der neofaschis-  
tischen NPD hatte »allgemeinpolitische« Ak-  
tivitäten des Trierer AStA moniert und wollte

Polizei, dein Freund und Helfer ▶

diese gerichtlich verbieten lassen, scheiterte je-  
doch mit seiner Beschwerde auch beim Ober-  
verwaltungsgericht Koblenz. So rügte er Veran-  
staltungen zu den Themen Europa, Frauen- und  
Menschenrechte, Antirassismus sowie »Rechts-  
extremismus und Standortnationalisierung im  
Zeichen der Globalisierung«. Das Gericht sah  
hierin keine Überschreitung des (hochschul-)po-  
litischen Mandats, sondern die Veranstaltun-  
gen stellen sich vielmehr als Ausdruck der dem  
AStA »übertragene Aufgabe dar, die politische  
Bildung und das staatsbürgerliche Verantwor-  
tungsbewusstsein der Studierenden zu fördern«. Insbesondere wurden Veranstaltungen und in-  
haltliche Arbeit zum Thema »Rassismus« vom  
Gericht in der Form gewertet, dass Antirassis-  
mus einen im Grundgesetz verankerten verfas-  
sungsrechtlichen Grundkonsens darstelle und als  
solcher ohnehin der politischen Auseinander-  
setzung entzogen sei. Des Weiteren machte das Ge-  
richt dem Kläger deutlich, dass die Auseinander-  
setzung über Aktivitäten politisch innerhalb der  
Studierendenschaft zu erfolgen habe und nicht  
auf juristischem Wege.

#### Fazit

Die unterschiedlichen landesgerichtlichen Ent-  
scheidungen zeigen auf, dass die Frage, ob die  
Verfasste Studierendenschaft selbst, ihre Hand-  
lungen und die Unterstützung Dritter im Rah-  
men ihrer Aufgabenerfüllung durch die in Art.  
5 Abs. 3 Grundgesetz verbürgte Wissenschafts-  
freiheit und insbesondere durch deren Ausprä-  
gung aus Lern- und Studierfreiheit, grund-  
sätzliche Bedeutung hat. Eine diesbezügliche  
Entscheidung seitens des Bundesverfassungsge-  
richts ist noch nicht erfolgt. Diese erscheint aber  
insbesondere durch die beeindruckende Viel-  
zahl von Streitigkeiten mit dem Hintergrund der  
Meinungäußerung von und durch die Studie-  
rendenschaften in der Bundesrepublik und noch  
anhängiger Verfahren in verschiedenen Städ-  
ten (z.B. Hamburg, Berlin und Duisburg) gebo-  
ten. Insbesondere kann sich nach der Änderung  
des Hochschulrahmengesetzes und der landes-  
rechtlichen Regelungen zur Aufgabe der Studie-



rendenschaft das Bundesverfassungsgericht nicht  
länger darauf berufen, dass die relevanten Fra-  
gen bereits durch ihre Entscheidung von 1979  
nicht klärungsbedürftig seien. Diese Entschei-  
dung liegt nunmehr 27 Jahre zurück und wird  
weder den tatsächlichen Verhältnissen, noch dem  
Bemühen des Gesetzgebers um eine Erweite-  
rung seitens der wissenschaftlichen Betätigung  
der Studierendenschaft gerecht. Daher bleibt nur  
zu hoffen, dass die vom ReferentInnenrat der  
Humboldt Universität im Jahr 2005 eingereichte  
Verfassungsbeschwerde (siehe dazu den Bericht  
auf Seite 56) bezüglich dieses Themengebiets  
Erfolg haben wird.

#### ■ Endnoten

- 1 Kiel, Sabine: *Studentische (Hochschul-) Politik. In: Kritischer Ratgeber Wissenschaft – Studium – Hochschulpolitik, S. 239.*
- 2 Markard, Morus: »*Politisches Mandat und wissenschaftliches Studium im Neoliberalismus. Bedeutungsanalytische Überlegungen.* In: *Forum Kritische Psychologie 46, 126*

# [Verfassungsjuristischer Exkurs]

von der pm-ag

1979 beendete das Bundesverfassungsgericht die lange Diskussion um die Rechtmäßigkeit des politischen Mandats mit einem Grundsatzurteil. Es entschied, dass »das allgemeinpolitische Mandat der Studentenschaft, verstanden als nachhaltige und uneingeschränkte Kundgabe nichthochschulbezogener, allgemeinpolitischer Meinungen und Forderungen« gegen die Verfassung verstoße. Ob diese Auffassung auch heute noch Bestand haben kann, erscheint äußerst fragwürdig. In diesem Exkurs sollen die rechtlichen Hintergründe des Streits um das politische Mandat näher beleuchtet werden.

## 1) Die Studierendenschaft in der herrschenden Rechtssprechung

Die Verfasste Studierendenschaft (VS) wurde nach dem 1. Weltkrieg als Institution mit Zwangsmitgliedschaft und Finanzhoheit eingerichtet. Insbesondere sollte über die institutionalisierte studentische Selbstverwaltung die soziale Lage der weniger begüterten KommilitonInnen verbessert werden. Sofern sich der Landesgesetzgeber dazu entscheidet, Studierende zwangsweise zu Mitgliedern einer VS zu machen, wird diese zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben per Gesetz als rechtsfähige Teilkörperschaft der Universität ins Leben gerufen und muss sich – wie jede andere Behörde auch – im Rahmen ihrer gesetzlich zugewiesenen Kompetenzen bewegen. Mit der Immatrikulation ist durch den Zwangsverband »Studierendenschaft« jedeR StudierendeR gezwungen einen Beitrag zu zahlen, das sind derzeit 7 Euro pro Semester. Da sich diesem Zwangsverband kein Studierender der jeweiligen Universität entziehen kann, muss dem/ der Studierenden gegen eben diesen aber ein grundrechtlich verbürgtes Abwehrrecht (aus dem Grundrecht der allgemeinen Handlungsfreiheit aus Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz) zumindest in soweit zustehen, dass der Zwangsverband dessen Mitglied er/ sie ist, seine gesetzlich zugewiesenen Kompetenzen nicht überschreitet. Nach Ansicht des Bundesverwaltungsgericht hat die VS die Aufgabe im »Umfang und [in den] Grenzen ihres möglichen Wirkungskreises in der Wahrnehmung studentischer Interessen« zu bestehen. Daraus ergibt sich zum einen die Trennung von hochschulpolitischem und allgemeinpolitischem Mandat, wobei der VS nur ein hochschulpolitisches Mandat zustehen soll, und zum anderen ein Unterlassungsanspruch der Mitglieder der Studierendenschaft aus Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz gegen eine »Kompetenzüberschreitung« der VS. Diese soll immer dann vorliegen, wenn ein Organ der VS (z.B. der AStA) eine »allgemeinpolitische« Äußerung macht. Dabei ist der Begriff der »studentischen Interessen« sowohl in der Rechtskonstruktion als auch in der medienwirksamen Argumentation der KlägerInnen ein zentraler Begriff. So zentral er ist, so undefiniert und widersprüchlich ist er auch. Denn wer definiert, was »die studentischen Interessen« sind? Dass diese Annahme an den real existierenden inhaltlich-politischen Gegensätzen und unterschiedlichen Interessen auch unter Studierenden vorbeigeht, zeigt allein die Auseinandersetzung zum Thema Studiengebühren.

## 2) Die Studierendenschaft als Bestandteil der Universität

Da Grundrechte primär Rechte des Einzelnen in der Gesellschaft gegen den Staat sind, kommt die VS grundsätzlich nicht als Grundrechtsberechtigte, sondern nur als Grundrechtsverpflichtete in Betracht. In der bisherigen Rechtsprechung wird der VS die Berechtigung abgesprochen, Grundrechte in Anspruch zu nehmen, wohl aber könne sie die Grundrechte ihrer Mitglieder verletzen. Das Verfassungsrecht kennt jedoch drei Arten öffentlich-rechtlicher Institutionen, welche nicht nur der Erfüllung staatlich- hoheitlicher Aufgaben, sondern auch der Ausübung grundrechtlicher Freiheiten dienen: die Kirchen (Religionsfreiheit), die Rundfunkanstalten (Rundfunkfreiheit) und die Hochschulen, die der Wissenschaftsfreiheit dienen. Die höchstrichterliche Rechtsprechung hat die Frage, ob die Studierendenschaft als (Teil-) Körperschaft des öffentlichen Rechts nach Art. 19 Abs. 3 Grundgesetz grundrechtsfähig ist, lange ausdrücklich offen gelassen. Die neueren landesrechtlichen Entscheidungen zeigen insoweit eine Wende an. So hat der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin mit Beschluss vom 21. Dezember 2000 erstmals anerkannt, dass auch die Studierendenschaft als Teilkörperschaft der Hochschule der Ausübung der Wissenschaftsfreiheit dient und somit vom Schutz des Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz erfasst ist.

### a) Die Aufgaben der Studierendenschaft

Zentrale Norm für die Bestimmung der Aufgaben der Studierendenschaft ist § 41 Hochschulrahmengesetz (HRG), die ihre Ausprägung in den jeweiligen landesgesetzlichen Regelungen findet. In Berlin bestimmt sich der Aufgabenbereich der Studierendenschaft nach § 18 Abs. 2 Berliner Hochschulgesetz (BerlHG). Danach kann die Studierendenschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben insbesondere auch zu solchen Fragen Stellung beziehen, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschulen sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und die Natur beschäftigen. Die Hochschulen und ihre Teilkörperschaften dienen demnach im Zusammenwirken aller ihrer Mitglieder der Pflege und der Entwicklung der Wissenschaft durch Forschung, Lehre und Studium im Bewusstsein ihrer Verantwortung vor der Gesellschaft in einem freiheitlich demokratischen und sozialen Rechtsstaat, § 2 HRG. Die Verwirklichung dieser Aufgabe zu fördern ist auch gerade Aufgabe der Studierendenschaft nach § 18 Abs. 2 BerlHG, denn das Bundesverfassungsgericht hat anerkannt, dass Studierende »nicht bloße Objekte der Wissensvermittlung, sondern [...] selbstständig mitarbeitende, an der wissenschaftlichen Erörterung beteiligte Mitglieder der Hochschule« sind (so die Entscheidung des Bundesverfassungsgericht in: Band 35, Seite 79). Somit stellt die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Bewusstseins eine zentrale Aufgabe seitens der Studierendenschaft dar (vergleiche dazu die Begründung der HRG- Novelle in: Bundestags- Drucksache 14/ 8361). Die Änderung des Hochschulrahmengesetzes zeigte sich als Symptom der Auffassung insbesondere der Landesverfassungsgerichte bezüglich einer weiten Auslegung der hochschulischen und wissenschaftlichen Belange der Studierendenschaft. So soll

die neu gefasste Aufgabenbeschreibung Ausdruck eines modernen Wissenschaftsverständnisses sein, welche als Abschied vom Elfenbeinturm »Hochschule« zu verstehen ist.

#### **b) Zur Definition von »Wissenschaft«**

Der Vorwurf an die sich artikulierende Studierendenschaft, dass ihre Äußerungen keinen wissenschaftlichen Charakter in sich trügen und folglich nicht durch die Wissenschaftsfreiheit geschützt sein könnten (so das Bundesverwaltungsgericht), höhlt das der Studierendenschaft zustehende Grundrecht aus Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz vollends aus. Denn Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz gewährt jedem, der im Bereich von Wissenschaft, Forschung und Lehre tätig ist, ein individuelles Freiheitsrecht, das als Abwehrrecht die wissenschaftliche Betätigung gegen staatliche Eingriffe schützt.

Die Wissenschaftsfreiheit schützt in ihrer Ausprägung der Lernfreiheit gerade auch solche Stellungnahmen und Handlungen, die sich besonders gegen politische und soziale Zustände wenden, welche tendenziell eine Bedrohung eben dieser Wissenschaftsfreiheit darstellen. Eine universitäre Wissenschaft, die darauf verzichten müsste, angesichts aktueller politischer Lagen, ihren Stand und ihre Zukunft zu vergewissern, kann dem Grundgedanken der streitbaren Demokratie, die im Grundgesetz verankert ist, nur Schaden zufügen und ist auch im Sinne der vom Bundesverfassungsgericht vertretenen Definition von Wissenschaft nicht akzeptabel. Eine Universität oder eine ihrer Teilkörperschaften, die die Auseinandersetzung auch mit nicht im mainstream liegenden Meinungen und Ergebnissen zu den Themen Nationalsozialismus, Krieg, Immigration und Fremdenfeindlichkeit nicht führen darf, verfehlt im Gegensatz dazu ihren Aufgabenbereich, denn eine wissenschaftliche Auseinandersetzung hat sich eben auch mit politischen Themen zu befassen. Das in der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung geübte Abstellen auf die reine Unterscheidung zwischen hochschulpolitischen und (allgemein-) politischen Fragen genügt diesen Vorgaben nicht. Es stellt sich als ein Scheingefecht dar. Denn es kann nicht darauf ankommen, ob Äußerungen wissenschaftlichen Charakter haben oder die Studierendenschaft überhaupt wissenschaftlich tätig ist.

Die Studierendenschaft ist als Grundrechtsträgerin mit Teilgrundrechtssubjektivität, objektiv- institutionell durch Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz geschützt. Sofern sie zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben »Meinungen äußert« ist dies einerseits Kompetenzausübung, andererseits grundrechtlich unmittelbar durch Art. 5 Abs. 1 Grundgesetz, mittelbar durch die objektivrechtliche Garantie der Wissenschaftsfreiheit geschützt. Das Grundrecht der Meinungsfreiheit wird insoweit in den Dienst der institutionell begriffenen Wissenschaftsfreiheit gestellt (aus der Verfassungsbeschwerde des ReferentInnenRates der HU vom 16.6.2005, S. 54 – nicht veröffentlicht).

#### **c) Die Kollision von Verfassungswerten**

Die Wissenschaftsfreiheit ist jedoch nicht schrankenlos gewahrt, denn sie unterliegt verfassungsimmanenten Schranken. Konflikte zwischen der Gewährleistung der Wissenschaftsfreiheit und dem Schutz anderer verfassungsrechtlich garantierter Rechtsgüter müssen nach

Maßgabe der verfassungsrechtlichen Wertordnung und unter Berücksichtigung der Einheit dieses Wertsystems durch Verfassungsauslegung gelöst werden. Eine Grenzziehung kann daher nicht generell, sondern nur im Einzelfall durch Güterabwägung vorgenommen werden. Eine Verhältnismäßigkeitsprüfung, in der für den Einzelfall geprüft worden ist, ob ein Eingriff vorliegt und dieser so unverhältnismäßig ist, dass er die allgemeine Handlungsfreiheit eines Mitglieds der Studierendenschaft aus Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz verletzt, hat jedoch durch die entsprechenden Gericht nie stattgefunden. Vielmehr wurde die Ansicht vertreten, dass das Freiheitsrecht des einzelnen Studierenden nur dann gewahrt sei, soweit die Studierendenschaft als Zwangsverband die ihm zugewiesene legitime Aufgabe erfülle, unter welche die Kundgabe von (allgemein-) politischen Erklärungen nicht fallen würde. Daher stelle jede Meinungsäußerung, die den hochschulpolitischen Rahmen verlasse, eine Kompetenzüberschreitung dar (grundlegend dazu das Bundesverwaltungsgericht in: Band 59, Seite 231). Vergessen wird dabei jedoch die Rolle der Studierendenschaft die sie in Bezug auf ihre grundgesetzlich verankerte Wissenschaftsfreiheit einzunehmen hat. Folglich könne es der Studierendenschaft nicht verwehrt sein, sich zu Fragen der gesellschaftlichen Anwendung und den Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse zu äußern und auch Stellung zu den gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen für eine freiheitliche Entwicklung der Wissenschaft zu beziehen (vergleiche: Denninger: »Das *politische Mandat* der Studentenschaft und andere Möglichkeiten studentischer Mitwirkung in der Hochschule«, 1993, 17f.).

#### **d) Zur Problematik der Zurechenbarkeit**

Die Frage, inwieweit Verbandsäußerungen dem einzelnen Verbandsmitglied zugerechnet werden können, müsste eigentlich im Zentrum des Streits um das (allgemein-) politische Mandat stehen. Die herrschende Meinung windet sich um die Frage der Zurechenbarkeit herum, indem sie behauptet, für den Unterlassungsanspruch aus Art. 2 Abs. 1 Grundgesetz käme es darauf nicht an (insbesondere Verwaltungsgerichtshof Kassel: Aktenzeichen 6 TG 4560/96). Zur Wahrnehmung der Aufgaben der Studierendenschaft, insbesondere die Studierfreiheit ihrer Mitglieder nach § 4 Abs. 4 HRG zu fördern und zu stärken, muss es ihr jedoch möglich sein, dazu Mittel zur Veröffentlichung und Diskussion der Erkenntnisse für die Studierenden bereit zu stellen. Daher kann beispielsweise eine Zurechnung der Artikel einzelner Studierender in Publikationen der Studierendenschaft als eigene Meinungsäußerung eben dieser nicht stattfinden, ohne das es verunmöglicht würde, dass die Studierendenschaft ihre gesetzlichen Aufgaben adäquat wahrnehmen kann. Im Ergebnis würde damit auch eine Beschränkung der Grundrechte ihrer Mitglieder stattfinden. Insbesondere mit Veröffentlichungen und Veranstaltungen gibt die Studierendenschaft gerade den Studierenden Foren und Podien, die der Ausübung der Studier- und Lernfreiheit im Sinne des Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz dienen.

# Letzte Station Karlsruhe?

von *micha plöse*

Der ReferentInnenrat der HU zieht vor  
das Bundesverfassungsgericht

*In der seit 1999 an der Humboldt-Universität währenden Auseinandersetzung um das Politische Mandat (PM) der Verfassten Studierendenschaft hat der ReferentInnenrat im Mai 2005 Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Karlsruhe erhoben.*

**A**ls 1997 die erste Klagewelle in Sachen Politisches Mandat (PM) über den AStA der Freien Universität rollte, wurden an der Humboldt-Universität politische Auseinandersetzungen noch in den gewählten Gremien der Verfassten Studierendenschaft und in dessen vielfältigen Publikationen und Veranstaltungen ausgetragen. Das änderte sich, nachdem sich das Verwaltungsgericht Berlin in Fragen des Politischen Mandats gegenüber dem AStA der FU als besonders restriktiv zeigte.

Als im März 1999 die NATO ihre Bombardements auf serbische Stellungen und Städte eröffnete, wurde auch die Studierendenschaft der HU von der zu diesem Zeitpunkt allgegenwärtigen Debatte um die Kosovo-Krise und die Zulässigkeit humanitärer Interventionen erfasst. Auf einer Sitzung des Studierendenparlaments (StuPa) wurde am 6. Mai 1999 eine Erklärung verabschiedet, die sich mit dem Angriffskrieg der NATO auf die Bundesrepublik Jugoslawien beschäftigte. An der Debatte lebhaft beteiligt war auch RCDS-Listenchef *Tim Peters*.

Vier Monate später hatte der Christdemokrat dann keine Lust mehr, sich mit einer linken Mehrheit politisch auseinandersetzen und be-

mühte statt dessen die Justiz. Mit einer Klageschrift vom 16. September 1999 beantragte er als einer von zehn KlägerInnen – neun StuPa-Parlamentariern und einer weiteren Studentin der HU aus den Reihen des Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) sowie der Liberalen Hochschulgruppe – vor dem Berliner Verwaltungsgericht (VG) im einstweiligen Rechtsschutzverfahren, den ReferentInnenrat (RefRat) zu verurteilen, »für die Dauer der Mitgliedschaft der KlägerInnen in der Verfassten Studierendenschaft der HU, allgemeinpolitische, nicht spezifische und nicht unmittelbar hochschulbezogene Äußerungen, Erklärungen, Forderungen oder Stellungnahmen zu unterlassen oder solche Tätigkeiten Dritter, insbesondere nicht finanziell sowie durch Wort und Schrift« zu unterstützen. Dem folgte das VG und drohte für den Fall der Zuwiderhandlung durch den RefRat ein Ordnungsgeld in Höhe von 5.000 bis 500.000 Deutsche Mark an.

In der Folgezeit kam es immer wieder zu Anträgen auf Ordnungsgeldfestsetzung durch die KlägerInnen, u.a. unter Verweis auf Artikel in der RefRat-Zeitung *HUch!*, der StuPa-Zeitung *UnAufgefordert* und der Zeitschrift des Arbeitskreises kritischer Juristinnen und Juristen (akj-berlin) *das freischüssler* sowie auf einige Flyer mit Veranstaltungsankündigungen.

Wie auch der AStA FU, sah sich der RefRat von vornherein mit einem so unbestimmten Verbotsinhalt konfrontiert, dass stets unklar und daher im weiteren Verfahren strittig blieb, welche

Äußerung nicht mehr hochschulbezogen, und damit schon allgemeinpolitisch und also verboten sein sollten. Bis zu einer ersten Sachentscheidung des VG über die Klage – am 15. Juli 2002 – waren die Ordnungsgeldfestsetzungen im einstweiligen Rechtsschutzverfahren über mehrere Stufen von 500 auf zuletzt nicht weniger als insgesamt 30.000 Deutsche Mark angehoben worden.

Die Lage änderte sich auch nicht, nachdem das Abgeordnetenhaus von Berlin in Umsetzung der Vorgaben des HRG die Definition des Politischen Mandats in § 18 BerlHG entsprechend weiter fasste. Das gegen die Entscheidung des VG angerufene Obergericht (OVG) ging vielmehr davon aus, dass durch die Gesetzesänderung keine Änderung der Rechtslage eingetreten sei, weil es dem Gesetzgeber schlichtweg nicht zustünde, die Befugnisse der Studierendenschaft zu erweitern. Mit dieser gegen den expliziten Gesetzeswortlaut gerichteten Begründung lehnte das OVG den Antrag des RefRat auf Zulassung der Berufung ohne jede weitere Prüfung, ob die jeweilig beanstandeten Äußerungen im Einzelnen allgemeinpolitisch und daher verboten waren, im Mai 2005 ab. Der Weg nach Karlsruhe war eröffnet.

Bereits zuvor hatte der AStA der FU vor dem Verfassungsgerichtshof Berlin einen wichtigen Beschluss erwirkt. Zwar wiesen die VerfassungsrichterInnen die Beschwerde des AStA ab, dennoch stellten sie erstmals die Grundrechtsfähigkeit der Verfassten Studierendenschaft in Bezug auf die Wissenschaftsfreiheit fest. Vom Bundesverfassungsgericht erhofft sich der RefRat nun eine Grundsatzentscheidung über die Verankerung des Politischen Mandats in der durch Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz mitgeschützten »Studierfreiheit«. Des Weiteren soll das Gericht darüber befinden, ob den Mitgliedern von Zwangsverbänden überhaupt die Äußerung der Studierendenschaft zugerechnet werden können.

Der Erfolg dieser Verfassungsbeschwerde hängt im Wesentlichen davon ab, ob sie überhaupt vom BVerfG zur Entscheidung angenommen wird. Das ist im Allgemeinen nur höchst

selten der Fall. Größte Hürde dabei ist die Frage, ob der Verfassungsbeschwerde grundsätzliche Bedeutung zukommt. Dafür spricht, dass es sich bei den vorgelegten Rechtsfragen um die Fortbildung des objektiven Verfassungsrechts handelt. So ist insbesondere über die Reichweite der Grundrechte aus Art. 5 Abs. 3 Grundgesetz, insbesondere die Studierfreiheit, noch nicht abschließend entschieden worden. Darüber hinaus sind bundesweit eine Reihe von Klagen zum Politischen Mandat anhängig, die ähnliche Rechtsfragen aufwerfen. Schon deswegen empfiehlt sich ein grundsätzliche Klärung. Das gilt umso mehr als die bisherige Verbotsformulierung so unbestimmt ist, dass es auch in Zukunft immer wieder Streit über die Reichweite eines »hochschulpolitischen Mandats« geben wird.

Sollte der Fall zur Entscheidung angenommen werden, besteht die nächste Hürde in der Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde. Nach vormaliger Rechtsauffassung können sich öffentlich-rechtliche Körperschaften nicht auf eigene Grundrechte berufen, weil sie als mittelbare Staatsverwaltung lediglich als Adressat, nicht jedoch als Inhaber, von Grundrechten gelten. Diese Rechtssprechung ist allerdings zugunsten der Kirchen, Gemeinden, Universitäten und ihrer Untergliederungen bereits aufgegeben worden, soweit sie Grundrechte geltend machen, die Tätigkeiten schützen, die diese Institutionen unabhängig vom Staat wahrnehmen. Im Falle der Studierendenschaft ist dies für die Wissenschaftsfreiheit anzunehmen. Zu dieser Frage wurde im Oktober 2005 ein ergänzendes Sachverständigengutachten von Prof. Rosemarie Will von der Juristischen Fakultät der HU erstellt.

Ob das BVerfG im Falle einer Entscheidung der Beschwerde des RefRats tatsächlich entsprechen wird, ist nicht abzusehen. Neue Entwicklungen in der Rechtssprechung lassen allerdings hoffen wie die Tatsache, dass Berichterstatter des zuständigen Ersten Senats Prof. Dr. Brun-Otto Bryde von der Universität Gießen sein wird, der von Bündnis 90/Die Grünen ins Bundesverfassungsgerichts entsandt wurde.

Sozialer Auftrag oder kommerzieller Erfolg?

# Das Berliner Studentenwerk

– ein Dienstleistungs-  
unternehmen? *von js*

**D**ie Deutschen Studentenwerke, nach wie vor Anstalten des öffentlichen Rechts, haben gegenüber den Studierenden einen sozialen Auftrag zu erfüllen: Sie sollen die wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Belange der Studierenden fördern und einen Betrag zur bekanntlich mangelnden Chancengleichheit im Bildungsbereich leisten. Seit kürzerem versteht sich das Berliner Studentenwerk allerdings als »modernes, effizient arbeitendes Dienstleistungsunternehmen«. Dies spiegelt eine Veränderung der Funktionslogik des Studentenwerkes wieder – mit weitreichenden Folgen für Studierende und Beschäftigte.

## Die Kommerzialisierung des Berliner Studentenwerks

Die Selbstbezeichnung des Berliner Studentenwerks als »Dienstleistungsunternehmen« verweist auf eine Unterordnung des sozialen Charakters des Studentenwerkes unter eine ökonomische Logik: der Kommerzialisierung.

Kommerzialisierung meint dabei einen Prozess, bei dem Marktmechanismen und ökonomische Logiken auf operationaler Ebene in die Entscheidungsabläufe eines zuvor nicht kommerzialisierten öffentlichen Bereichs übertragen werden. Hierzu gehören beispielsweise Effizienzorientierung, Kostenkontrolle und Senkung, Outsourcing und Profitmaximierung. Ein gängiges Beispiel der Kommerzialisierung öffentlicher Einrichtungen ist die Umwandlung staatlich organisierter Dienstleistungen zu »Geschäftseinheiten«, die nach marktorientierten Prinzipien geleitet werden – wie auch im Falle des Berliner Studentenwerkes geschehen.

## Sachzwänge

Diese Orientierung an ökonomischen Logiken der geschaffenen »Geschäftseinheiten« geht mit einer rückläufigen Finanzierung der Studentenwerke durch die Länder einher: Im Bundesdurchschnitt sank der öffentliche Finanzierungsanteil von 24 Prozent Anfang der 1990er Jahre auf aktuell etwa 14 Prozent. Als Folge sieht

sich das Berliner Studentenwerk zunehmend gezwungen, die ausbleibenden Gelder durch steigende Umsatzerlöse auszugleichen.

Dieser Umsatz soll beispielsweise durch die Vermietung des Studentenhauses am Steinplatz erwirtschaftet werden. Die unter Studierenden als »alte TU Mensa« bekannten Räume sollten eigentlich der Förderung studentischer Kultur und Kommunikation dienen. Die Höhe der Miete dieser Räume, etwa für Soli-Parties, ist mittlerweile allerdings so übersteuert, dass Studierende sich dies kaum leisten können und lieber auf alternative Veranstaltungsorte in der Stadt ausweichen. Als Folge wurde das Studentenhaus am Steinplatz aus dem sozialen Bereich des Studentenwerkes ausgegliedert und wird nun überwiegend für kommerzielle Veranstaltungen genutzt.

Die zunehmende Profitorientierung spiegelt sich auch in einer wachsenden Tendenz wider, nicht profitable Bereiche ganz zu schließen. So werden beispielsweise immer wieder Versuche unternommen, wenig rentable Studierendenwohnheime aufzugeben – auch wenn diese zu den beliebtesten unter den Studierenden gehören, wie etwa das Wohnheim am Nettelbeckplatz in Wedding. Eine Schließung dieses Wohnheims konnte bislang allerdings verhindert werden.

Neben den Versuchen nicht profitable Bereiche zu schließen und einem wachsenden Effizienzdruck auf die Beschäftigten ist bei wachsendem Profitdruck auch eine Prioritätensetzung auf Kernkompetenzen, also ein Aufgeben ganzer Betätigungsfelder, zu befürchten.

## König Kunde?

Die Kommerzialisierung des Studentenwerkes äußert sich parallel zur Selbstbezeichnung als »Unternehmen« in einer Betrachtung der Studierenden als »Kunden«. Kunden haben einer ökonomischen Verwertungslogik zu folge aber nicht über die Betriebsweise eines Unternehmens zu bestimmen.

Studentische Mitbestimmung wird demzufolge zunehmend als Störung der Umsatzmaximierung gesehen. Als sich studentische Mitglie-



der des Verwaltungsrates beispielsweise gegen eine Kürzung im Personaletat im BAföG-Bereich wehrten, wurde dies als verantwortungslose Handeln gegen die ökonomischen Interessen des Berliner Studentenwerkes bezeichnet und ein Primat wirtschaftlicher Belange gefordert.

Ein Kunde hat sich über das Zustandekommen einer Dienstleistung nicht zu beschweren – er kann kaufen oder es bleiben lassen.

#### Kunden-Werbung

Auch den studentischen Charakter haben die Studentenwerke auf ihrem Weg in die Verwertungslogik längst verloren. In den Räumlichkeiten des Berliner Studentenwerkes liegt der Eindruck in ein Kaufhaus geraten zu sein nicht mehr fern.

Werbespots von Microsoft, O2 und Siemens flackern über die Bildschirme in den Mensen. In Foyers und Fluren prangen Hochglanzplakate. Verkaufstische für Zeitungen und Notebooks scheinen mittlerweile selbstverständlich. War Werbung bis Mitte der 1990er Jahre in den Räumen des Studentenwerkes verboten, freut sich dies nun über eine neue Einnahmequelle.

Studierende, die Veranstaltungshinweise, Mitfahrangebote oder Nachhilfesuche aushängen wollen, müssen hingegen um Erlaubnis

fragen und werden nicht selten von kommerziellen Werbern verfolgt, belästigt und manchenorts sogar fotografiert. Studentisch organisierte politische Veranstaltungen, etwa gegen Sozialabbau oder Studiengebühren sind noch weniger durchsetzbar – die Flächen sind auf Monate im Voraus an kommerzielle Werber vermietet.

Eine Ablehnung dieses Werbebombardements durch Studierende wird im modernen Unternehmen Studentenwerk als nicht Zeitgemäß betrachtet – die Profitmaximierung soll nicht behindert werden.

#### Kein Kommerz!

Unter dem Deckmantel des ökonomischen Sachzwangs, der die politische Entscheidung über die gesellschaftliche Verteilung von Sachmitteln verdeckt, erfolgt also eine Vertriebswirtschaftlichung des Verständnisses der Erfüllung von sozialen Aufgaben gegenüber den Studierenden.

Anstatt sich über Werbetüten mit Gummibärchen und Kondomen zu freuen ist ein offenes Delegitimieren von Projekten zur Ökonomisierung des Studentenwerkes und ein Eintreten gegen Profitlogik und für die sozialen Belange der Studierenden notwendig.

Denn diese Schlaglichter auf die Folgen einer Kommerzialisierung des Berliner Studentenwerkes legen eines nahe: Nach der Lesart eines modernen Dienstleistungsunternehmens ist sozial, was Geld macht. Dies kann nicht im Interesse der Studierenden und ihrer sozialen Belange sein!

# Generation Praktikum

von ralf hutter

Das Wort »Prekarisierung« ist schon seit einiger Zeit in aller Munde. Die zu dem Begriff gehörigen Merkmale (wie beispielweise kurzzeitige Anstellungen, geringer Lohn, keine Einzahlung in die Sozialversicherung) können heute große Bevölkerungsteile mit den so genannten 1-Euro-Jobs assoziieren.

Nicht immer zur Sprache kommt beim Thema Prekarisierung aber, dass es massenhaft Leute gibt, die befristete Anstellungen ohne Sozialversicherung jahrelang mitmachen und dafür überhaupt keine Bezahlung bekommen. Das sind vor allem junge studierte Menschen verschiedener Fachrichtungen, die sich von Praktikum zu Praktikum hangeln, in der Hoffnung, dadurch in ein »reguläres« Lohnarbeitsverhältnis zu kommen.

#### Protest über Ländergrenzen hinweg

Nachdem vorher in diesem Zusammenhang nur von der Gruppe »Génération Précaire« in Frankreich Proteste organisiert worden waren, fand am 1. April 2006 unter dem gleichen Etikett ein dezentraler Aktionstag in mehreren Ländern statt. Es gab Kundgebungen in Brüssel, Wien, in Frankreich in Toulouse, Lille und Paris und in Deutschland in Stuttgart, Dresden und Berlin.

Seitdem gibt es auch die mehrsprachige Internetseite [www.generation-p.org](http://www.generation-p.org). Das Datum des Protesttages wurde mit dem dazugehörigen Motto abgestimmt: »Erst Praktikum, dann Job? April, April!«. Dieses bezieht sich darauf, dass in vielen Unternehmen mit in Aussicht gestellten Jobs, für

die erst einmal ein Praktikum absolviert werden muss, auf Fludernfang gegangen wird. Die »Fludern« rekrutieren sich hauptsächlich aus eben der »Generation P«. *Floundering period*

lautet nämlich ein geflügeltes Wort aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, mit dem darauf hingewiesen wird, dass immer mehr Menschen zwischen Ausbildung und (eventueller) Berufsausübung eine ganze Weile »herumzappeln«, wie Fludern auf dem Trockenen.

Gemäß einer ersten, nicht-repräsentativen Studie des Jugendverbandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB, die im Februar 2006 veröffentlicht wurde, sind solche Verhältnisse insbesondere in Großstädten anzutreffen. Betroffen sind dabei vor allem Fachrichtungen, die kein klares Berufsfeld vorgeben, aber auch Architektur und Wirtschaftswissenschaften. Das »Zappeln« spiegelt sich hier in dem Begriff der »berufsbiografischen Krise« wieder. Glücklicherweise geht die Analyse aber darüber hinaus

## »Selbstbewusst zum Nulltarif? Hauptsache fair!«

und thematisiert auch die psychischen Belastungen. Diese entstehen nicht nur im Arbeitsbetrieb selbst, wo sich ein großer Teil der Befragten Druck und Überstunden ausgesetzt sieht und die Verhältnisse als ausbeuterisch bezeichnet. Daneben machen sich Verunsicherung, Selbstzweifel und Minderwertigkeitskomplexe breit.

Die Tatsache, dass auch ein akademischer Abschluss nicht unbedingt zur Verheißung führt, wird auf höchster politischer Ebene erst allmählich zur Kenntnis genommen, beklagte sich Jessica Heyser von der Jugend-Abteilung im DGB-Bundesvorstand im Zuge der Vorbereitungen zum Aktionstag. Gleiches gelte für den Sachverhalt, dass ein unbezahltes Praktikum nur leisten kann, wer von woanders Geld bekommt, dass also oft staatliche Transferleistungen dafür sorgen, dass die Wirtschaft einen besseren Schnitt macht. Aus der SPD zum Beispiel habe es Stimmen gegeben, die der Ansicht waren, dass zur Lösung etwaiger Missstände die bestehende Rechtslage ausreiche. Die Grünen haben zuerst

Prekär beschäftigt 1: ▼



gar nur eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft ins Auge fassen wollen.

Nun gibt es tatsächlich gesetzliche Grundlagen, die für ein Praktikum festlegen, dass der Erwerb beruflicher Kenntnisse im Vordergrund stehen muss, dass also damit keine reguläre Arbeitsstelle ersetzt werden darf. Allerdings ist es oft im Nachhinein nicht so leicht, zu beweisen, dass die praktikantische Arbeitskraft Arbeiten verrichtete, für die eigentlich ein »Normalarbeitsverhältnis« angemessen gewesen wäre, spricht: dass im Praktikum nicht die Berufsorientierung oder das Anlernen im Vordergrund stand. Die Definition eines Praktikums ist also nicht hinreichend und muss nachgebessert werden.

Nicht überraschend ist, dass sich die Forderungen hierzulande mit denen von »Génération Précaire« in Frankreich stark überschneiden, wie zum Beispiel nach Anerkennung von Praktika als Berufserfahrung oder nach gesetzlicher Regelung von Entlohnungsstandards. Als sich dann noch eine kleine Gruppe Prekarisierter in Brüssel zusammenfand und die DGB-Jugend kontaktierte, kam es zur Planung einer Aktion. Die wandte sich explizit an »junge Leute«, da sie auf europäischer Ebene die Mehrzahl der Betroffenen stellen. Anders als in Deutschland ist die Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich besonders hoch, was mitverantwortlich für die massiven Proteste in diesem Frühjahr war. Auch in Italien rührt das Wohnen junger Erwachsener bei ihren Eltern von der extrem schlechten Bezahlung in der Berufsanzfangszeit her, der Auszubildende genau so ausgesetzt sind wie Prekarisierte mit Hochschuldiplom. In Deutschland, Österreich und Italien wird hauptsächlich im Umfeld der großen Gewerkschaften mobilisiert, also nicht wie in Frankreich und Brüssel, wo sich unabhängige Gruppen selbst organisieren. In Deutschland gibt es dabei sogar die besondere Doppelstruktur, dass neben der Kampagne des DGB auch der Verein *fairwork*, der sich als »erste Interessenvertretung von Hochschulabsolventen« bezeichnet, Lobbyarbeit macht. Alle zusammen wollen eine Petition an das EU-Parlament ver-



Prekär beschäftigt 2: ▲

fassen. Während für den deutschen Bundestag auch eine solche vorbereitet wird, gibt es auf dessen Homepage bereits die Möglichkeit, eine Petition zum gleichen Thema zu unterstützen (bislang gibt es über 22.000 Einträge).

Zu bedenken ist aber, dass selbst, wenn Praktika, gemäß den derzeitigen Forderungen, tariflich bezahlt oder auf die Lebensarbeitszeit angerechnet werden, damit nicht die Probleme verschwinden, die allgemein in der Arbeitswelt zunehmen und die auch im Ergebnis der DGB-Studie anklingen, nämlich Stress, Überstunden, Verunsicherung, Minderwertigkeitskomplexe etc.

#### Prekarisierte mit Privilegien?

Die Proteste, an denen sich beispielsweise in Berlin knapp hundert Personen beteiligten, waren als Performance angemeldet worden, damit alle Teilnehmende gemäß dem französischen Vorbild weiße Gesichtsmasken tragen konnten. Letztere drücken einerseits die Namenlosigkeit derjenigen aus, für die unbeständige Arbeitsverhältnisse Normalität sind, und sorgen andererseits für An-

onymität – schließlich soll ja nicht ein potentielles Jobangebot vergrault werden. Dieser Punkt bietet allerdings auch Anlass für Kritik.

Denn Praktika können sich nur diejenigen leisten, die aus einem finanzstarken Elternhaus kommen, die also zwischendurch immer mal wieder »zu Hause« wohnen können und ansonsten alle paar Monate oder gar Wochen mit ihrem Laptop und ein paar Gepäckstücken umziehen – dem nächsten Praktikum hinterher, der (erträumten) Karriere auf der Spur. Paradoxiere Weise sind PraktikantInnen also trotz ihrer offenkundigen Ausbeutung gar nicht wirklich die großen Benachteiligten. Sie müssen schon entweder aus einem privilegierten Milieu kommen oder eben so ein Milieu fest anstreben (und auch dazu gehören ja gewisse Voraussetzungen). Wie privilegiert aber selbst diejenigen sind, die mehr oder weniger vorübergehend ohne nennenswerten Lohn an die Wertschöpfungsmaschine angeschlossen sind, zeigt sich am Vergleich zum Beispiel mit demjenigen Klientel der Hauptschulen, das ohne jegliche Aussichten auf gesellschaftliche Anerkennung hin- und herverwaltet wird, und dann auch noch beim Ausleben der aufgestauten Aggressionen dämonisiert wird.

Das Privileg ist also, überhaupt eine Lobby beziehungsweise die Chance zu haben, die Interessen von studentische PraktikantInnen vertreten und durchsetzen zu können. Genauso, wie die Sichtweise durchsetzen zu können, dass es ungerecht ist, unbezahlte Arbeit in Form von Praktika zu verlangen, nur weil es ein Überangebot an entsprechend qualifizierten Arbeitskräften gibt.

Diese Privilegien haben Studierende als gesellschaftliche Gruppe, auch wenn die meisten von ihnen dies nicht begreifen wollen, beleidigt reagieren und sich unterdrückt fühlen, wenn bei ihnen gekürzt wird. So lange der universitär gebildete Bevölkerungsteil nichts weiter versucht, als die bestehenden Strukturen möglichst weiterzuführen und das Leben der VorgängerInnen-Generation zu leben, ist es nicht nur lächerlich, sondern auch verlogen, wenn dann das Geschrei von Gerechtigkeit beginnt.



# Summer of Resistance *reloaded* von ute gospodarek

Studierendenproteste weiten sich in Deutschland aus

**D**erzeit tragen zehntausende Studierende in der ganzen Bundesrepublik ihren Unmut gegen Studiengebühren auf die Straße. Vor allem in Nordrhein-Westfalen und Hessen, den Ländern in denen, nach dem Willen der Politiker die Einführung des durch Gebühren finanzierten Studiums unmittelbar bevorsteht, entwickeln sich die Proteste zunehmend zu einem Flächenbrand. In den genannten Bundesländern gibt es kaum eine Uni-Stadt, aus der noch keine Aktionen gegen das angestrebte »Studieren gegen Knete« vermeldet wurden. Auch in Hamburg und Bremen wurde der Widerstand gegen die als unsozial empfundene Politik spürbar.

## Verschiedene Protestformen

Die Studierenden greifen zu den unterschiedlichsten Protestformen, um ihrem Ärger über die Politik der sozialen Kälte Ausdruck zu verschaffen. Unter anderem in Köln, Mönchengladbach, Münster und Bremen wurden erfolgreich die Sitzungen des Uni-Senats »gesprengt«. Jeweils Hunderte Studentinnen und Studenten verhiinderten dadurch, dass die höchsten Beschlussgremien der Universitäten den Weg für das Gebühren-Studium frei machen. In anderen Städten wie Marburg und Frankfurt blockierten Studierende teilweise über Stunden Autobahnen und andere wichtige Straßen. Die StudentInnen in Bielefeld, Freiburg und anderen Städten wählten das Mittel der Rektoratsbesetzung um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. In fast allen Städten gab es neben gut besuchten Voll-

versammlungen und Kundgebungen auch Demonstrationen gegen die unsoziale Politik der politischen Mandatsträger. Insgesamt waren die Aktionen der vergangenen Wochen sehr kämpferisch und viele Male wurde auch durchaus über den studentischen Tellerrand hinweg geblickt und die geplante Einführung von Studiengebühren in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext gerückt. Dies kam jedoch nicht bei allen Beteiligten gut an.

## Die unrühmliche Rolle rechter ASten

In einigen Städten richteten sich sogar die eigenen Studierendenvertreter gegen die protestierenden Studierenden, für die sie eigentlich ein Sprachrohr darstellen sollten. Vor allem in Kassel und Frankfurt hetzten führende AStA-Vertreter teilweise öffentlich gegen die demonstrierenden StudentInnen und beklagten deren, ihrer Meinung nach zu weit gehenden Forderungen. Beliebtes Mittel um den Protest zu ersticken war dabei, die aktiven Protestler von einer Nutzung der AStA-Infrastruktur, wie Kopierer, PCs etc. auszuschließen. Bei den studierendenfeindlichen ASten handelt es sich keineswegs grundsätzlich um RCDS-dominierte oder sich selbst als »rechts« bezeichnende Studierendenvertretungen. Es waren vor allem auch von Jusos und den Grünen getragene ASten die in den letzten Wochen ihr wahres Gesicht zeigten und systematisch versuchten, linke Inhalte in den Protesten zu unterdrücken. Dadurch wurde wieder einmal deutlich, dass den Karrieristen von den parteipolitischen Hochschulgruppen keinesfalls das Feld

überlassen werden darf, da diese im Zweifelsfall den eigenen Studien-KollegInnen in den Rücken fallen und einer emanzipativen Politik im Interesse der Studierenden im Wege stehen.

## Repression gegen die Proteste

Die fast durchweg völlig friedlichen Proteste wurden immer wieder überschattet durch die als rücksichtslos empfundene Polizeigewalt. In Marburg wurden einige friedliche Studierende von Polizisten durch Reizgas und Knüppelschläge verletzt, ein Student wurde sogar von einem Polizeihund in den Arm gebissen. Auch in Frankfurt setzte die Ordnungsmacht massiv Pfefferspray gegen protestierende Studierende ein. In der Nordrhein-Westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf wurde eine Studentin von einem Polizeimotorrad angefahren und brach sich dabei ein Bein. Trauriger Höhepunkt war bisher jedoch ein schwer Verletzter bei einer Demon-

stration in Gießen. Der junge Student wurde von einem Zug erfasst und musste in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Augenzeugen geben hierfür der Polizei die Schuld, da sie den Zugverkehr nicht rechtzeitig gestoppt hätte. Einigkeit herrscht bei StudentInnen aus den meisten der Protest-Städten darüber, dass das Verhalten der Polizei als völlig überzogen und eskalierend empfunden wurde. So sei in vielen Fällen mit unverhältnismäßiger Härte und brutaler Gewalt gegen friedlich Demonstrierende vorgegangen worden. »Durch die ausufernden Repressionen«, so die Einschätzung eines Studenten aus Marburg, »soll offenbar versucht werden, unseren Protest zu kriminalisieren und ein Klima der Angst zu schüren«. Bleibt nur zu hoffen, dass sich die Studierenden Land auf, Land ab davon nicht einschüchtern lassen und weiter ihre Forderungen auf die Straße tragen.

▼ Sind die Studis noch zu stoppen?



# >SHORT NEWS

## ■ Kein Vertrieb der neuen KfW-Studienkrediten im Berliner Studentenwerk

Entgegen der Ankündigung in den Medien und den Presseerklärungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die neuen Studienkredite der KfW werden über die Studentenwerke vergeben, entschied der Verwaltungsrat des Berliner Studentenwerkes Anfang Mai nun ausdrücklich gegen den Vertrieb der KfW-Studienkredite. Bundesbildungsministerin Brigitte Schavan (CDU) hatte die kommerziellen Studienkredite im Februar diesen Jahres bei der KfW in Auftrag gegeben, um die »Erschließung eines funktionierenden Marktes der Bildungsfinanzierung« zu forcieren. Diesen Markt durch den Vertrieb eines bestimmten Produktes fördern, dass auch bei kommerziellen Banken erhältlich ist, steht nach Ansicht des Berliner Studentenwerkes der soziale Auftrag einer objektiven Beratung bezüglich der Studienfinanzierung entgegen.

Studentische VertreterInnen im Verwaltungsrat des Berliner Studentenwerkes kritisierten zudem die Konditionen des KfW-Kredits: Eine Bearbeitungsgebühr von ca. 250 Euro, marktregulierte Zinsen und ein Eintreiben der Schulden bis hin zur Zwangspfändung ungeachtet der finanziellen Situation der Studierenden seien nicht sozial und könnten Studierende in eine Schuldenfalle treiben. Auch eine Verdrängung des BAföGs und das Bereiten des Bodens für Studiengebühren durch die Verbreitung kommerziellen Kredite zur Studienfinanzierung sei zu befürchten.

## ■ Unkontrollierbar: Studentische Mitbestimmung in der Darlehenskasse abgeschafft

Die Studentische Darlehenskasse (Daka), ursprünglich entstanden als studentisch organisierter Selbsthilfeverein, soll Studierenden trotz finanzieller Notlage eine Beendigung ihres Studiums durch die Vergabe von Studienabschlussdarlehen ermöglichen.

Bereits in der Vergangenheit fiel die Daka durch Vereinsfilz, undurchsichtige Kreditvergabepraktiken und Geldgeschäfte sowie das Unterbinden studentischer Mitbestimmung und Kontrolle mit unseriösen Mitteln auf (vergleiche den Artikel „Klängelalarm in der Darlehenskasse“ in Out of Dahlem Nr. 4). Nun ist der studentische Einfluss auf die für Studierenden gedachten Gelder de facto endgültig abgeschafft.

Die zuvor paritätische Anzahl der stimmberechtigten Studierenden im zentralen Kontrollgremium der Daka, dem Verwaltungsrat, wurde deutlich reduziert. Zum einen wurde der Studierenden der FU wegen gesunkener Studierendenzahlen ein Sitz entzogen. Zum anderen sah das Studierendenparlament der HU, die im Gegensatz zur FU die Vereinsbeiträge in Höhe von ca. 26.000 Euro jährlich aus den Mitteln der Studierendenschaft zahlte, verständlicher Weise keinen Sinn mehr darin, die illustre Klügelrunde der Daka weiter zu finanzieren. Mit dem Austritt der HU aus der Darlehenskasse gingen auch die studentischen Stimmen im Verwaltungsrat verloren. Da die Anzahl der nicht studentischen Stimmen jedoch nicht angeglichen wird, verschieben sich so die Mehrheitsverhältnisse im Verwaltungsrat zu Ungunsten der Studierenden.

Studentische Mitbestimmung verkommt so zur Farce - ein Durchsetzen studentischer Interessen und Kontrolle ist im Verwaltungsrat der Darlehenskasse de facto nicht mehr möglich.

# ASTA Hoffest



**Donnerstag, 6.7.06 ab 16.00 Uhr**  
**Innenhof der Rost- /Silberlaube**

- Bands
- Film
- Vokü
- Infostände

**25 Jahre progressiver ASTA**



Ich mag wenn sich die Wut entfacht,  
und ich mag deine Zaubermacht.  
Ich mag die Tiere nachts im Wald,  
wenn sie flüstern, dass es schallt.  
Ich mag den Weg, ich mag das Ziel,  
den Exzeß, das Selbstexil.  
Ich mag erschauern und nicht zu knapp,  
ich gebe jedem etwas ab.

All das mag ich, all das mag ich.

**Aber hier leben, nein danke!**

[...]

Ich mag die Spiegelung der Luft,  
und wenn die Sehnsucht nie verpufft.  
Den Glanz des Lebens in einem Tag.  
Ich mag den Zweifel der an mir nagt.  
Wenn meine Angst mich schnell verläßt.  
Ich mag den Tanz, das Idiotenfest.  
Wenn wir irren nachts im Kreis,  
eine Bewegung gegen den Fleiß.

All das mag ich, all das mag ich.

**Aber hier leben, nein danke!**

[*Aber Hier Leben, Nein Danke* | Tocotronic]